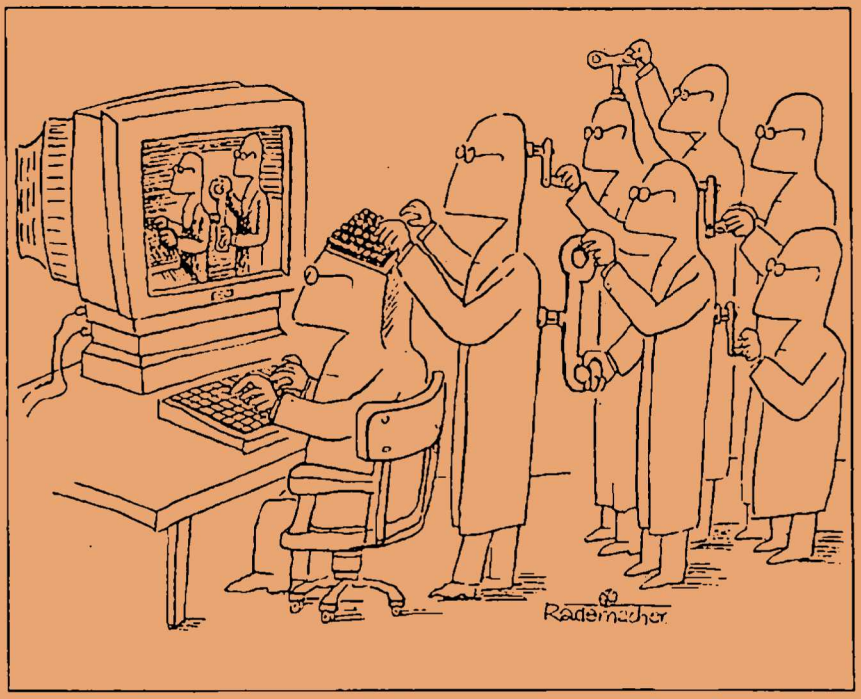
TEXTE ZUR POLITISCHEN BILDUNG Heft 24



DER OSTEN IM ÜBERGANG VOM INDUSTRIE- ZUM INFORMATIONSKAPITALISMUS

Kolloquium am 30. September 1995 in Dresden

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e. V.

TEXTE ZUR POLITISCHEN BILDUNG Heft 24

DER OSTEN IM ÜBERGANG VOM INDUSTRIE- ZUM INFORMATIONSKAPITALISMUS

Kolloquium am 30. September 1995 in Dresden

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e. V.

TEXTE ZUR POLITISCHEN BILDUNG

Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen
herausgegeben von
Lutz Höll und Manfred Neuhaus

Heft 24

ISBN 3-932725-23-9

© ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e.V. 1997
Sternwartenstr. 31
D-04103 Leipzig

Redaktion: Gerd Laudel
Korrektur: Ursula Albert
Satz: Gerd Laudel
Die Titelillustration ist der Hamburger Wochenzeitung
»Die Zeit« vom 3. Mai 1996 (S. 55) entnommen
Herstellung: GNN Verlag Sachsen GmbH
Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

Inhalt

1 Horst Kreschnak: Sachsen und der Übergang vom Industrie- zum Informationskapitalismus 5

2 Hans-Gert Gräbe: Arbeit und Wissen in der modernen Gesellschaft. Zur Kritik eines engen Arbeitsbegriffes 41

3 Jürgen Leibiger: Industrie- oder Informationskapitalismus? Beobachtungen zum Wandel der Wirtschafts- und Sozialstrukturen in der Gegenwart 57

4 Michael-Alexander Holzmüller/Reinhard Lauter: Neue Lebensweisen erfordern eine neue Mensch-Technik-Beziehung 71

5 Hans G. Helms: Electronic battlefields oder Die Einübung des imitativen Gehorsams 79

6 Johannes Gildemeister: Zur Desinformation in der »Informationsgesellschaft« 91

7 Heidrun Laudel/Elenor Volprich: Architektur und städtische Gemeinschaft im Informationszeitalter. Eine Zustandsbeschreibung 99

8 Konrad Haase: Demokratisierung als Bedingung des Übergangs zur Informationsgesellschaft 117

9 Jochen Gläser: Informationskapitalismus als Gegestand von Theorie und Politik 127

10 Joachim Bischoff: Krise des Fordismus oder Informationskapitalismus? 135

11 Zu den Autoren dieses Heftes 145

12 Weitere Veröffentlichungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung 147

HORST KRESCHNAK

Sachsen und der Übergang vom Industrie- zum Informationskapitalismus[1]

Einleitung

Erstens: Die gründlichste Analyse einer kapitalistischen Gesellschaft ist meines Erachtens die von Karl Marx. Diese Analyse hat zu grundlegenden Erkenntnissen geführt, die auch bei der Analyse des heutigen Kapitalismus nicht ignoriert werden sollten.

Zweitens: Die Ausbeutung wird von Marx nicht deshalb verurteilt, weil sie einer sogenannten gerechten Verteilung der erzeugten Werte widerspricht.[2] Für ihn besteht das Problem auch nicht darin, daß ein Teil des Mehrprodukts, das im Kapitalismus die Gestalt des Mehrwerts angenommen hat, zur erweiterten Reproduktion genutzt wird. Es besteht vielmehr darin, daß mit der Anhäufung des Kapitals in den Händen weniger auch die Entscheidungsgewalt bei den wenigen liegt und systembedingt dem weiteren Erzielen von Profit dient. Das Problem, um das es Marx letztlich ging, war eine Assoziation, in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.[3]

Drittens: Das muß am Beginn der folgenden Analyse betont werden, weil damit zugleich eine grundlegende Kritik an dem System verbunden ist, das unter Stalin in der Sowjetunion geschaffen wurde, und an dem

---

1 Die Ausarbeitung, die Diskussionsgrundlage für das Kolloquium war, umfaßt 90 Seiten. Sie wird hier in Thesenform verkürzt dargestellt.

2 Siehe Karl Marx: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei. In: MEW. Bd. 19. S. 15–32.

3 Siehe Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW. Bd. 4. S. 482.

System, das in der DDR unter starkem sowjetischen Einfluß entstand. Aus meiner Sicht begann die verhängnisvolle Entwicklung der Sowjetunion am Ende der zwanziger Jahre, als die Frage nach der Überwindung der Ausbeutung – die Ansichten von Marx simplifizierend und entstellend – auf die Eigentumsfrage reduziert wurde, ohne sie mit der Frage nach der Entscheidungsgewalt der Produzenten über sich selbst und über das gesellschaftliche Leben zu verbinden.

Viertens: Nach Marxens Ansicht war die erste Ausbeutergesellschaft die, in der – wie er sie nannte – die »asiatische Produktionsweise« herrschte. Das war eine auf Gemeineigentum beruhende Gesellschaft.[4] Unter Stalin wurden Philosophen und Ökonomen, die diese Ansichten teilten, zumindest mundtot gemacht[5]; denn sie waren eine zu große Gefahr für die konterrevolutionäre Politik, die eine Entstellung der Marxschen Auffassungen über mögliche Ausbeutung unter Bedingungen des Gemeineigentums erforderte.

Fünftens: Ich hebe das hervor, weil nicht selten Menschen, denen sozialistische Ansichten nach wie vor sympathisch erscheinen und die Marx nur eingeordnet in Denkschablonen Stalins kennengelernt haben, resignieren, statt in Rückbesinnung auf wirkliche sozialistische Traditionen die Frage nach der Alternative zum Kapitalismus zu stellen.

Sechstens: Der Kapitalismus, den wir heute vor uns haben, und noch mehr der sich immer stärker durchsetzende Kapitalismus von morgen unterscheiden sich stark von dem, der von Marx untersucht wurde. Darum sind auch die Folgerungen kritisch zu überdenken, die bei ihm Inhalt und Form des Kampfes zur Überwindung des Kapitalismus betrafen.

Siebentens: Wenn wir eine Gegenkonzeption zu den Plänen Biedenkopfs in Sachsen entwickeln wollen, muß von uns analysiert werden, worum es

---

4 Zur Frage der »asiatischen Produktionsweise« siehe Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW. Bd. 42. S. 383–421. – Karl Marx: Vorwort zu »Zur Kritik der politischen Ökonomie«. In: MEW. Bd. 13. S. 9. – Karl Marx: Das Kapital. Erster Band. In: MEW. Bd. 23. S. 93. – L. S. Wassiljew: Was ist die »asiatische« Produktionsweise? In: »Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge«. Berlin 42(1989)2. S. 158–170.

5 Siehe A. W. Gulyga: Die »asiatische« Produktionsweise. In: »Deutsche Zeitschrift für Philosophie«. Berlin 16(1968)12. S. 1504–1511.

sich bei dieser Gesellschaft handelt. Moralisieren allein hilft nicht. Statt dessen müssen wir nachweisen, wie Vollbeschäftigung sinnvoll möglich ist, wie die Umverteilung des Reichtums so vor sich gehen kann, daß dabei zugleich für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung mit hinreichendem Reichtum für alle gesorgt wird usw. usf.

Achtens: In den folgenden Untersuchungen gehe ich davon aus, daß die gegenwärtige Situation und die der nahen Zukunft in den neuen Bundesländern ein doppelter Umbruch ist. Den einen Umbruch, den Übergang von DDR zu BRD, haben wir noch nicht richtig hinter uns, da stehen wir im nächsten, im Übergang zum Informationskapitalismus.[6]

1. Worum handelt es sich bei dem Übergang vom Industrie- zum Informationskapitalismus?

Erstens: Es hat in diesem Jahrhundert bereits starke Wandlungen des Kapitalismus gegeben, die auf der einen Seite aus den krisenhaften Zuspitzungen dieses Wandlungsprozesses heraus zu furchtbaren Verwerfungen und Verbrechen besonders durch den deutschen Hitlerfaschismus führten. Auf der anderen Seite haben solche Wandlungen aber auch Lösungen hervorgebracht, durch die das kapitalistische System gestärkt wurde. Sichtbar wurde das in der Politik des New Deal unter Roosevelt.

Zweitens: In den sechziger Jahren setzte ein neuer Wandlungsprozeß ein. Dieser Prozeß ist nicht abgeschlossen, sondern nähert sich seinem Höhepunkt. Er ist aber so weit fortgeschritten, daß seine Konturen sichtbar werden. Dabei wird auch erkennbar: Diese Wandlung vom Industrie- zum Informationskapitalismus ist die radikalste Änderung des kapitalistischen Systems in dessen gesamter Geschichte. Seine Grundlage ist eine Umwälzung in der Entwicklung der Produktivkräfte.

---

6 Begriffe wie Industriekapitalismus und Informationskapitalismus werden hier so gebraucht wie von nordamerikanischen Linken in der Bewegung »Committees of Correspondence«. Vgl. dazu Carl Davidson/Ivan Handler/Jerry Harris: Verheißung und Gefahr der Dritten Welle: Sozialismus und Demokratie im 21. Jahrhundert. Dresden 1995. (Analyse & Vision. Schriftenreihe der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag. 01/1995.)

Drittens: An die Stelle der Werkzeugmaschine tritt ein neues Maschinensystem, die kybernetische Maschine, ein System, in dem Prozesse des Übertragens, Speicherns und Verarbeitens von Informationen ebenfalls vom Menschen auf die Maschine übergehen, so wie das bei der Werkzeugmaschine bereits mit der Energieübertragung und der unmittelbaren Steuerung des Werkzeugs geschehen war.[7] Sobald die kybernetischen gegenüber den Werkzeugmaschinen dominieren, hat sich nach meinem Verständnis der Informationskapitalismus durchgesetzt.

Viertens: »Es ist nicht mehr der Arbeiter, der modifizierten Naturgegenstand als Mittelglied zwischen das Objekt und sich einschiebt; sondern den Naturprozeß, den er in einen industriellen umwandelt, schiebt er als Mittel zwischen sich und die unorganische Natur, deren er sich bemeistert. Er tritt neben den Produktionsprozeß, statt sein Hauptagent zu sein.«[8] Dieser von Marx stammende Satz nimmt gedanklich das vorweg, was durch die heutige Umwälzung in der Entwicklung der Produktivkräfte Wirklichkeit wird.

Fünftens: So wie sich die auf den Einsatz kybernetischer Maschinen beruhende Gesellschaft durchzusetzen beginnt, so steigen die Möglichkeiten zur Überwindung der Massengesellschaft, die dem Industriekapitalismus entspricht. Die kybernetische Maschine muß keineswegs Maschine im System der herkömmlichen Massenproduktion sein. Ihre Potenzen werden vielmehr um so wirtschaftlicher genutzt, je leichter sie ein schnelles Umstellen auf andere Produkte ermöglichen und je mehr damit diese Produkte den individuellen Bedürfnissen der Menschen entsprechen.

Sechstens: Wachsende Möglichkeiten günstiger Informationsübertragung gestatten es, die Informationen, mit denen der Konsument seine individuellen Bedürfnisse zum Ausdruck bringt, von dessen Wohn- und Lebensstätte aus in diese oder jene Produktionsstätte zu übertragen. Die Befreiung vom Zwang zur extremen Arbeitsteilung bietet zugleich die Möglichkeit zur star-

---

7 Ich spreche von kybernetischen Maschinen einmal im Sinne des Wortes Kybernetik, wie es von Norbert Wiener aufgegriffen wurde (siehe Norbert Wiener: Kybernetik. Düsseldorf, Wien 1963). Zum anderen entspricht hier dieses Wort dem, was Norbert Wiener selbst »Menschmaschine« genannt hat (siehe Norbert Wiener: Mensch und Menschmaschine. Frankfurt am Main, Bonn 1964).

8 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW. Bd. 42. S. 601.

ken Verkürzung von Transportwegen. So können Produktion und Konsumtion näher aneinanderrücken, die Grenzen zwischen produzierenden und Dienstleistungsbereichen werden weniger scharf.

Siebentens: Der Arbeiter, der nicht mehr Agent im Produktionsprozeß ist, sondern neben diesen tritt, kann sich von der unterordnenden Arbeitsteilung lösen, bekommt Kopf und Hände frei, die er dazu benutzen kann, vieles, was bisher Management und Bürokratie erledigten, selbst zu tun.

Achtens: Dort, wo im Informationskapitalismus noch Massenproduktion anzutreffen sein wird, muß sie sich früher oder später von der des Industriekapitalismus dadurch unterscheiden, daß sie auf der Minimierung von Arbeitsaufwand, Energie- und Materialbedarf beruht und Ergebnis eines neuen Typs von Entscheidungen ist, des Typs wissensintensiver Entscheidungen.

Neuntens: Der Übergang zum Informationskapitalismus wird ein mit großen Gefahren verbundener Prozeß sein. Eben aus diesem Grunde ist die Frage berechtigt, welche Wege zur Abwendung solcher Gefahren bleiben. Eine scheinbare Patentlösung, die an die Stelle der Suche nach Möglichkeiten zur Einwirkung einfach die radikale und undemokratische Veränderung der Machtverhältnisse setzen wollte, wäre die Fortsetzung verhängnisvoller Fehler, durch die es zum Zusammenbruch des sogenannten realen Sozialismus kam.

2. *Der Übergang zum Informationskapitalismus und der Zusammenbruch der Systeme nach sowjetischem Muster*

Erstens: Auf dem Weg der sozialistischen Bewegung stoßen wir oft auf zu große Ungeduld der Vordenker des Sozialismus, durch die diese den Kapitalismus schon mehrfach kurz vor dem Zusammenbruch sahen. Auf einem anderen Blatt steht die Frage, wie es unter und nach Stalin zu starker Ignoranz gegenüber den Entwicklungen in kapitalistischen Ländern kommen konnte.

Zweitens: Bei der Konterrevolution von oben unter Stalin am Ende der zwanziger und in den dreißiger Jahren hat offensichtlich die Ansicht eine große Rolle gespielt, es sei möglich, von einem Zentrum aus, in dem die Macht konzentriert ist, selbst einem solchen Land, wie es die Sowjet-

union war, den Willen weniger und schließlich des einen an der Spitze aufzuzwingen. Eben das war Abkehr von sozialistisch-humanistischen Ideen. Diese Abkehr wurde mit dem Treiben von Klassenfeinden und Volksverrätern bei kapitalistischer Umkreisung begründet.

Drittens: Es ist zu fragen, wie trotz dieser Abkehr das sowjetische System so lange bestehen konnte. Es gab Faktoren, die die Fehlentwicklung begünstigten. Neben Traditionen zaristischer Herrschaft im alten Rußland war es der mit der industriellen Produktion verknüpfte Bürokratismus, durch den die negativen Seiten des Zentralismus weniger hervortraten. Besonders im Prozeß zur Überwindung des gewaltigen ökonomischen Rückstands gegenüber den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern und bei der Bündelung der ökonomischen Kräfte im Krieg gegen den Hitlerfaschismus traten die starken Seiten des Zentralismus hervor. Schließlich ist zu bedenken, daß der Mißbrauch der Hoffnungen vieler Menschen auf sozialistische Verhältnisse wenigstens in der Zukunft sowie der Einfluß dieser Hoffnungen auf die praktische Politik ein stabilisierender Faktor über längere Zeit war.

Viertens: Warum wurde aber der Zentralismus dann noch beibehalten, als mit dem Beginn des Übergangs zum Informationskapitalismus seine Unzulänglichkeiten sichtbar wurden? Weil übermäßige Machtkonzentration fast zwangsläufig zur Arroganz der Macht führt. Wer die uneingeschränkte Macht hat, kommt mehr oder weniger schnell zu dem Glauben, unfehlbar zu sein. Er kann von niemandem mehr daran gehindert werden, die Gründe für Fehlentwicklungen – eigene Fehler verdeckend – nur im Verrat, in der Gaunerei und Dummheit anderer zu sehen, blind zu werden gegenüber dem damit verbundenen eigenen geistigen Verfall. Diese Unfehlbaren in den Machtzentren brauchten keine Analyse der Veränderungen im Kapitalismus, da sie doch schon alles, worauf es wirklich ankam, zu wissen glaubten.

Fünftens: Es muß zum Nachdenken zwingen, daß die Systeme nach sowjetischem Muster an den Herausforderungen der Entwicklung der Produktivkräfte vorrangig von innen her zerbrochen sind, während sich die Fakten mehren, die für die weitere Wandlungsfähigkeit des kapitalistischen Systems sprechen. Zugleich vertrete ich die These, daß sich der Übergang zum Informationskapitalismus zur Vorbereitung sozialistischer Veränderungen nutzen läßt.

3. *Die Arbeiter als ihre eigenen Unternehmer – Kontra industriekapitalistischen Konzernen und Großbanken*

Erstens: In der Geschichte der menschlichen Gesellschaft hat – auf längere Zeitspannen bezogen – jeweils die Antwort auf die Eigentumsfrage die größte Chance, Wirklichkeit zu werden, durch die der Weg für diejenigen Entscheidungsmechanismen geebnet wird, die der Eigenart der effizientesten Produktionsinstrumente dieser Zeit am besten entsprechen.

*Zweitens:*Die Rückkehr zu staatlichem Eigentum an Produktionsmitteln, wie es in der DDR bestand, wäre falsch, weil sich im praktischen gesellschaftlichen Leben die Unvereinbarkeit dieser Eigentumsverhältnisse mit dem Niveau moderner Produktion erwiesen hat, besonders die Unvereinbarkeit mit den Produktionsinstrumenten, die bei der gegenwärtigen Umwälzung in der Entwicklung der Produktivkräfte zu den dominierenden werden. Versagt hat vor allem das hierarchische System, bei dem die wichtigen Entscheidungen auf der Grundlage staatlichen Eigentums an den Produktionsmitteln ganz oben getroffen wurden, während für die Ebenen unterhalb dieser Hierarchiespitze lediglich ein gewisser Spielraum zur Verwirklichung dieser Entscheidungen blieb, kein Recht auf deren Korrektur bestand. Extrem zentralisiertes Entscheiden und Planen gerät mehr und mehr in Gegensatz sowohl zur Unzulänglichkeit menschlichen Wissens und zur Unmöglichkeit, zum Entscheiden erforderliche Informationen zentralisiert zu speichern und zu verarbeiten, als auch zur Notwendigkeit der Beachtung verschiedener Bedürfnisse und Interessen.

Drittens: Das heutige Wissenschaftsverständnis besagt, daß es kein Natur oder Gesellschaft betreffendes wissenschaftliches Gesetz gibt, das in Zukunft nicht korrigiert werden könnte. Marxens Bekenntnis »De omnibus dubitandum«[9] – an allem ist zu zweifeln – ist heute das Bekenntnis aller, die sich ernsthaft mit Wissenschaft befassen. Jede Entscheidung jedoch, bei der einigermaßen rational verfahren wird, beruht auf der Nutzung von Erkenntnissen über Gesetze als Grundlage von Voraussicht. Wenn es keine völlig zuverlässigen Gesetzeserkenntnisse geben kann, dann erst recht keine Garantie für völlig richtige Entscheidungen. Die Möglichkeit für richtiges Entscheiden ist auch vielfach geringer als die Möglichkeit, daß ein

9 Karl Marx: Bekenntnisse. In: MEW. Bd. 31. S. 597.

Gesetz über Vorgänge in Natur oder Gesellschaft in absehbarer Zeit nicht korrigiert wird. Eine völlig richtige Entscheidung müßte nicht nur den Weg zu dem Ergebnis genau angeben. Es müßten auch alle Nebenwirkungen vorhergesehen und zutreffend bewertet werden. Das ist unmöglich.

Viertens: Einigermaßen rationales Entscheiden verlangt zugleich ein Bewertungssystem, durch das die möglichen Zustände, die beim Verwirklichen der verschiedenen Entscheidungsvarianten mit dieser oder jener Wahrscheinlichkeit auftreten können, durch Gewichten des Schadens oder Nutzens in eine Präferenzordnung zu bringen sind. Entscheidungen sind damit stets auch Bewertung von Angelegenheiten verschiedener Menschen und Menschengruppen. Dabei ist es ein gewaltiger Unterschied, ob ich erkenne, daß in der menschlichen Geschichte der Kampf der Klassen um ihre Interessen eine hervorragende Rolle gespielt hat und spielt, oder ob ich ernsthaft glaube: Es lassen sich alle mit dem Wirtschaftsleben einer Gesellschaft verknüpften Interessen auf Klasseninteressen reduzieren oder irgendwie zurückführen. Weiter gilt, daß nur so lange, wie alle relativ arm sind, eine gewisse Einförmigkeit des Konsums erträglich erscheint. In einem Lande, in dem auch nur ein bescheidener Wohlstand herrscht, können Veränderungen von Bedürfnissen nicht einmal über einen kurzen Zeitraum hinweg umfassend vorausgesehen werden. Es kann erst recht keine Rede von einer umfassenden Bewertung künftiger Bedürfnisse und einer langfristigen Wirtschaftsplanung zu deren Befriedigung sein.

Fünftens: Die gegenwärtige Umwälzung in der Entwicklung der Produktivkräfte führt zu wichtigen Voraussetzungen dafür, daß die Menschen künftig über ihre eigenen Angelegenheiten selbst und über Angelegenheiten, die sie mit betreffen, mit entscheiden können. Allerdings handelt es sich dabei erst einmal um Möglichkeiten, zu deren Verwirklichung unter anderem der freie Zugang zu allem Wissen und allen Informationen mit Hilfe von Informationsnetzen gehört. Es handelt sich damit um Möglichkeiten, die in langwierigen Auseinandersetzungen gegen Sonderinteressen mächtiger Minderheiten zu verwirklichen sind.

Sechstens: Große kapitalistische Industriebetriebe mit herkömmlicher Technologie und Leitungsstruktur sind zu unbeweglich, um die Möglichkeiten von Informationsnetzen und kybernetischen Maschinen umfassend nutzen zu können. Es spricht vieles dafür, daß beim Übergang zum

Informationskapitalismus nicht nur, so wie bisher, die Tendenz zur Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals und die Tendenz zu flexiblen Klein- und Mittelbetrieben sowie zu stark dezentralisierten Konzernstrukturen gegenüberstehen werden, sondern daß die an zweiter Stelle genannte Tendenz zu dominieren beginnt. Das wird vor allem dann geschehen, wenn politische Bewegungen in vielfältigen Formen die neue Tendenz unterstützen.

Siebentens: Die industriekapitalistische Gesellschaft und die Gesellschaft nach sowjetischem Muster waren bzw. sind extrem arbeitsteilig, so daß die Entfaltung der Individualität durch Einseitigkeit der Tätigkeiten zumindest im Arbeitsprozeß stark gehemmt, wenn nicht unmöglich gemacht wird. Die heutige Umwälzung in der Entwicklung der Produktivkräfte schafft Voraussetzungen, mit dieser verhängnisvoll einseitigen Teilung der Tätigkeiten brechen zu können. Was diese Teilung betrifft, so darf sie keineswegs nur auf den Arbeitsprozeß im engen Sinne bezogen werden. Die Entfaltung der Individualität des homo sapiens in der Geschichte ist keineswegs nur seine Entfaltung als homo faber, als Erzeuger von Gebrauchswerten mit Hilfe von Werkzeugen, sondern auch seine Entfaltung als homo oeconomicus und als homo ludens, also als Entscheidungen Treffender, der dabei genötigt ist, auch Risiken einzugehen.

Achtens: Da künftig nicht wenige der Tätigkeiten des homo faber auf kybernetische Maschinen übertragen werden, gewinnen die unternehmerisch-schöpferischen Tätigkeiten an Gewicht. Es ist zwar historisch verständlich, wenn in der Arbeiterbewegung diese Tätigkeiten zu wenig beachtet wurden. Heute aber ist es höchste Zeit, von diesem Irrtum Abschied zu nehmen. Der Weg in eine wirklich freie Gesellschaft ist ein Weg, auf dem das kapitalistische Unternehmertum nur dadurch zu überwinden ist, daß jeder – aus Sicht der tätigen Seite seines Lebens – selbst zumindest Teilunternehmer wird. Beim Übergang zum Informationskapitalismus wird dieser Weg vorbereitet, auch von denen, die das eigentlich gar nicht wollen, aber durch die immer stärkere Ausbreitung der Nutzung moderner Produktionsinstrumente dazu gezwungen werden.

Neuntens: Für demokratische Sozialisten sollten alle Prozesse positiv bewertet und unterstützt werden, die beim Übergang zum Informationskapitalismus Voraussetzungen für künftige sozialistische Verhältnisse schaffen. Dazu gehört die Verstärkung der Möglichkeit, unterordnende

Arbeitsteilung zurückzudrängen, und die Verstärkung der Möglichkeit zur Dezentralisierung von Entscheidungsstrukturen bis hin zur Stärkung der schöpferischen Entscheidungstätigkeit der unmittelbaren Produzenten. Hauptgegner dieser positiv zu bewertenden Prozesse sind heute die Großbanken und Konzerne, die den Weg der Konzentration und Zentralisation von Produktion und Kapital fortsetzen wollen.

Zehntens: Demokratische Sozialisten sollten zu den zu unterstützenden Prozessen beim Übergang zum Informationskapitalismus unter günstigen Umständen den Weg der Arbeiter zu Miteigentümern rechnen und generell den Weg zu genossenschaftlichem Eigentum.

4. Sozialistische Politik und Theorien des Sozialismus

Erstens: Nachdem ich die Kernhypothese meines theoretischen Konzepts vorgetragen habe, möchte ich weiter darlegen, wie von ihr aus Fragen nachhaltiger Wirtschaftentwicklung, Fragen der Beschäftigungspolitik, Fragen zu Staat, Demokratie und politischen Parteien sowie Fragen zur Globalisierung und Regionalisierung beantwortbar sind. Dieses Vorgehen berührt das Problem theoretischer Konzepte in der Politik.

Zweitens: Sozialistische Politik sollte sich unter anderem durch ständige Selbstkorrektur und durch möglichst umfassende bzw. ganzheitliche Herangehensweise auszeichnen. Der Hauptweg demokratischer Sozialisten, um das zu erreichen, sollte der Weg ständiger Überprüfung theoretischer Konzepte sein. Das setzt voraus, daß für verschiedenartige theoretische Konzepte gesorgt und die Trennung einzelner Politikfelder voneinander in diesen Konzepten vermieden wird.

5. Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung – Revolution im Entscheiden

Erstens: Dieser Abschnitt knüpft an die achte These im ersten Abschnitt an. Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung wird als diejenige Entwicklung der Wirtschaft verstanden, durch die für das Leben künftiger Generationen die Natur erhalten bleibt,

— weil der Verbrauch von Naturprodukten deren Zuwachs nicht übersteigt,

— weil nicht erneuerbare Ressourcen nur so weit abgebaut werden, wie Ersatz durch erneuerbare Materialien zur Verfügung steht,
— weil Luft, Wasser und Boden nur mit soviel Schadstoffen belastet werden, wie sie selbst reinigen können.[10]

Von einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung kann im Industriekapitalismus ganz sicher keine Rede sein; sind doch durch die Massengesellschaft, deren dominierende Variante der Industriekapitalismus war und ist, die ökologischen Probleme erst entstanden.

Zweitens: Es wäre eine naive Vorstellung zu glauben, einige profitsüchtige Kapitalisten hätten sich zur Zerstörung der Natur entschlossen, und danach habe diese Zerstörung begonnen. Tatsächlich hat das Streben nach immer mehr Profit in den fortgeschrittenen Industrieländern eine große Rolle bei Entstehung der ökologischen Krise gespielt. Diese Krise selbst war und ist jedoch die Nebenwirkung menschlicher Entscheidungen, ist nicht deren beabsichtigtes Ziel. Vergessen wir auch nicht, daß die Systeme nach sowjetischem Muster an dem Entstehen der ökologischen Krise beteiligt waren. Es wäre wiederum naiv, den Herrschenden in diesen Systemen zu unterstellen, diese Krise habe in ihrer Absicht gelegen. Warum halte ich diese Feststellungen für wichtig? Weil es falsch wäre zu glauben, jetzt, da die ökologische Krise deutlich sichtbar ist, brauchten nur einige richtige Entscheidungen getroffen zu werden, um sie wieder aus der Welt zu schaffen. Auch die vereinfachende Losung, es brauche nur das Streben nach Profit abgeschafft zu werden, so sei das Problem im Kern gelöst, ist falsch. Es kann jetzt nicht mehr nur die Frage nach dieser oder jener richtigen Entscheidung gestellt werden, sondern es ist nach einem neuen Entscheidungstyp zu fragen, der an die Stelle des Entscheidungstyps tritt, der bisher im Leben der Industriegesellschaft dominierte.

Drittens: Der sich in der Industriegesellschaft entfaltende Typ von Entscheidungen war und ist orientiert an möglichst riesigem Material- und Energieaufwand. Je größer, je weiter, je schneller, je höher, um so besser. Zugleich geht es um das Viele. Möglichst viel, wenn auch zwangsläufig einförmig, eben Massengesellschaft. Der Einförmigkeit des Vielen kann durch das nächste Viele begegnet werden, dazu ist nur ein geschickter

10 Siehe Öko-Bilanz '95. In: »SPIEGEL special«. Hamburg (1995)2.

Wechsel der Mode nötig. Das alte Viele kommt zu dem vielen Abfall. Dieser Entscheidungstyp stieß bereits während des Aufschwungs der Industriegesellschaft auf Grenzen und erlitt partielle Änderungen. Schon Marx hat den Übergang von der extensiven zur intensiven Ausbeutung des menschlichen Arbeitsvermögens studieren können. Aber die partiellen Änderungen dieses Entscheidungstyps haben ihn perfektioniert, statt gewandelt. An ihm sind zuerst die Systeme nach sowjetischem Muster gescheitert. Der Industriekapitalismus wird durch ihn ebenso scheitern und diesen Systemen nachfolgen.

Viertens: Der neue Entscheidungstyp kann sich unter dem Zwang der Umstände und bei heftiger Gegenwehr der Verteidiger des alten Typs früher oder später durchsetzen. Er ist nicht mehr arbeits-, material- und energieextensiv, sondern wissensintensiv. Während beim alten Entscheidungstyp zum Erreichen der Entscheidungsabsichten tiefe Eingriffe in Naturprozesse und in das gesellschaftliche Geschehen in Kauf genommen werden, ist der neue, wissensintensive auf die Minimierung solcher Eingriffe orientiert. Er ist nicht mehr mit partiellen Änderungen des alten Typs gleichzusetzen, sondern stellt etwas im Kern Neues dar, ist Paradigmenwechsel in der Geschichte menschlichen Entscheidens.

Fünftens: Negative Erfahrungen, für die Namen wie »Tschernobyl« oder »Ozonloch« stehen, zwingen zu neuen Einsichten: Bei jeder Entscheidung, die tief in Natur- oder Gesellschaftsvorgänge eingreift, muß vorher möglichst alles zum Gewinnen des unmittelbar oder mittelbar mit dieser Entscheidung in Beziehung stehenden Wissens und der Informationen über die Entscheidungssituation aufgeboten werden. Es geht besonders darum, mögliche Nebenwirkungen rechtzeitig zu erkennen und bei der endgültigen Entscheidung voll zu berücksichtigen. Wenn ich aber darauf bedacht bin, muß ich bei den großen Unzulänglichkeiten menschlichen Wissens ganz auf das direkte Erreichen weitgesteckter Ziele verzichten. Statt dessen muß ich den Gesamtweg gedanklich in kleine Teilstrecken zerlegen und nach dem Zurücklegen jeder Teilstrecke erneut kritisch den Gesamtweg unter Beachtung der letzten Erfahrungen überdenken. Dabei bieten sich durch die moderne Informationsverarbeitung und durch die in kybernetischen Maschinen realisierbaren Rückkopplungen Möglichkeiten, an die früher nicht zu denken war. Dem behutsamen Eingreifen in Naturvorgänge entsprechen die Wege zum Minimieren des Material- und Energieverbrauchs; denn sie tragen dazu bei, daß ohne Einschränkung

der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, vor allem ohne Einschränkung der Befriedigung dringender Bedürfnisse, nachhaltige Wirtschaftsentwicklung möglich wird. Interessanterweise sind die Vorgänge der Minimierung mit Vorgängen der Dezentralisierung eng verknüpft. Ein anschauliches Beispiel dafür ist die Entwicklung in der Computerbranche. Die gewaltigen Umwälzungen, die sich in dieser Branche vollzogen haben, stehen zum Beispiel auf dem Gebiet der Energieerzeugung noch bevor.

Sechstens: Der wissensintensive und sanfte Entscheidungstyp führt mehr und mehr auch zu einem Wandel in der Materialfrage. So ist interessant, daß zur Bewältigung des Informations- und Energieproblems im Sinne nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung, nämlich bei der Erzeugung von Mikrochips und der Erzeugung von – zur Nutzung der Sonnenenergie eingesetzten – Fotozellen, die Miniaturisierung auch ein Minimieren des Materialbedarfs ist und es sich bei dem verwendeten Silizium um ein solches Material handelt, das nach dem Sauerstoff das am weitesten verbreitete Element auf der Erde ist. Auch an Wasserstoff als Element zur Energiespeicherung ist auf der Erde kein Mangel, und es nimmt als Element nach seiner Nutzung zur Energiespeicherung seinen normalen Platz im Naturgeschehen auf der Erde wieder ein. Gerade die Sicherung eines sich selbst reproduzierenden Kreislaufs bei der Materialverwendung gehört als von der Natur »entliehene« Praxis fest zu den Entscheidungen vom wissensintensiven, sanften Typ. Ebenso setzt der gesteuerte Ablauf von Umwandlungsprozessen auf kleinstem Raum beispielsweise in der chemischen Industrie der Zukunft, wie er ebenfalls der Natur »entliehen« werden kann, im Havariefall die Gefahr von Katastrophen zumindest stark herab.

Siebentens: Es handelt sich beim Übergang zum wissensintensiven und sanften Entscheidungstyp ganz gewiß nicht um ein Versiegen der Springquellen des gesellschaftlichen Reichtums. Vielmehr werden diese Springquellen reichlich genug fließen können, so daß die Menschen alle diejenigen ihrer Bedürfnisse uneingeschränkt und kulturvoll zu befriedigen vermögen, die einer rationalen Verhaltensweise im Sinne des neuen Entscheidungstyps gemäß sind. Zugleich wird der Weg zur Beseitigung von Knechtung und Ausbeutung geebnet; denn:

— Dank hoher Produktivität menschlicher Arbeit wird der Reichtum der gesamten Gesellschaft so groß werden, daß er Reichtum für jede und jeden sein kann.
— Auf Grundlage der modernen Produktionsinstrumente und der ihnen

angemessenen Strukturen und Organisationsformen in den Produktionseinrichtungen und schließlich in allen gesellschaftlichen Einrichtungen haben Fremdentscheidungen keine Berechtigung mehr.

Natürlich sind diese Bedingungen heute nicht Wirklichkeit, sondern nur Möglichkeit. Wirklich werden sie allein durch energische Aktivitäten sehr vieler Menschen in langwierigen Auseinandersetzungen. Aber das Mögliche ist auch schon etwas, weil es Aktivitäten und Auseinandersetzungen erst Sinn gibt.

6. Vollbeschäftigung und frei verfügbare Zeit

Erstens: Während beim Übergang zum Informationskapitalismus in der Gegenwart für Probleme nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung bereits die Art ihrer Lösung als revolutionäre Veränderung hin zu wissensintensiven, sanften Entscheidungen deutlicher erkennbar wird, scheinen andere Probleme noch unlösbar zu sein, besonders die Probleme, die mit der Forderung nach Vollbeschäftigung verknüpft sind. Aber auch für sie werden Lösungsrichtungen erkennbar.

Zweitens: Die Suche nach ihnen beginnt mit der möglichst klaren Darstellung des zu lösenden Problems. Eine solche Darstellung hat meines Erachtens Norbert Wiener bereits im Jahre 1948 gegeben: »Ich kann vielleicht den historischen Hintergrund der gegenwärtigen Situation erläutern, wenn ich sage, daß die erste industrielle Revolution, die Revolution der ›finsteren satanischen Fabriken‹, die Entwertung des menschlichen Armes durch die Konkurrenz der Maschinerie war. Es gibt keinen Stundenlohn eines US-Erdarbeiters, der niedrig genug wäre, mit der Arbeit eines Dampfschaufelbaggers zu konkurrieren. Die moderne industrielle Revolution ist in ähnlicher Weise dazu bestimmt, das menschliche Gehirn zu entwerten, wenigstens in seinen einfacheren und mehr routinemäßigen Entscheidungen.

Natürlich, gerade wie der gelernte Zimmermann, der gelernte Mechaniker, der gelernte Schneider in gewissem Grade die erste industrielle Revolution überlebt haben, können der erfahrene Wissenschaftler und der erfahrene Verwaltungsbeamte die zweite überleben. Wenn man sich jedoch die zweite Revolution abgeschlossen denkt, hat das durchschnittliche menschliche Wesen mit mittelmäßigen oder noch geringeren Kenntnissen nichts zu verkaufen, was für irgend jemanden das Geld wert wäre.

Die Antwort ist natürlich, daß wir eine Gesellschaft haben müssen, die auf menschliche Werte gegründet ist und nicht auf Kaufen und Verkaufen. Um diese Gesellschaft zu erreichen, brauchen wir eine Menge von Planungen und Kämpfen, die, wenn es zum besten verläuft, sich auf der Ebene von Ideen abspielen, und wenn nicht – wer weiß, wie?«[11]

Drittens: Das Problem der Arbeitslosigkeit heute und hier in einem Land wie Sachsen mit Mitteln lösen zu wollen, die zur völligen oder weitgehenden Überwindung der Arbeitslosigkeit im Industriekapitalismus und in Systemen nach sowjetischem Muster geführt haben, ist aussichtslos, weil dabei das eigentliche Problem nicht erfaßt wird. Dieses Problem durch Rückkehr zu alten Produktionsinstrumenten und Organisationsformen der Produktion zu umgehen und so für mehr »Beschäftigung« zu sorgen, wäre zynisch.

Viertens: Konservative Politiker behaupten, durch die moderne Technik und durch die mit ihr verbundene Schlankheitskur für die Produktionsorganisation sei heute Vollbeschäftigung unmöglich. Um jedoch möglichst viele Arbeitsplätze erhalten und vielleicht noch neue schaffen zu können, sollten sich diejenigen mit einem Arbeitsplatz mit niedrigeren Löhnen abfinden. Auch die Lohnnebenkosten müßten unbedingt gesenkt werden, so daß ein Umbau des Sozialsystems nötig sei. Da mit diesem Umbau eine Senkung der Belastungen für die kapitalistischen Unternehmer erreicht werden soll, muß er in Wirklichkeit Abbau von Sozialleistungen sein. Als Begründung für das Niederhalten und teilweise Absenken von Lohn- und Sozialleistungen wird festgestellt, die Kosten für die lebendige Arbeit seien in Deutschland im Vergleich zu den konkurrierenden Ländern zu hoch. Diese Position enthält mehrere Ungereimtheiten.

Fünftens: Der Einsatz moderner Technik und der mit diesem Einsatz verbundene Abbau von Verwaltungs- und Managementleistungen führen zu neuen Proportionen zwischen lebendiger und vergegenständlichter Arbeit. Da der Anteil der Kosten für lebendige Arbeit am Gesamtaufwand geringer wird, fallen die Kosten für Lohn- und Sozialleistungen immer weniger ins Gewicht. Der Verweis auf niedrigere Löhne in anderen Ländern ist Heuchelei, wenn mit diesem Vergleich nicht sofort der

11 Norbert Wiener: Kybernetik. Düsseldorf, Wien 1963. S. 60f.

Vergleich verknüpft wird, der sich auf die organische Zusammensetzung des Kapitals hier und dort bezieht. Und wenn die Lohnkosten effektvoll in Deutsche Mark umgerechnet werden, muß das auch beim Kapitalaufwand für vergegenständlichte Arbeit geschehen.

Sechstens: Der wirkliche Grund für das Bemühen, zur Neuverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu kommen, bei der die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer werden, hängt mit dem Umstand zusammen, daß der Übergang zu modernsten technischen Lösungen einen sehr hohen Kapitalaufwand erfordert. Es dürfen aber die Widersprüche nicht ignoriert werden, in die der Kapitalismus damit unausweichlich gerät. Einerseits wird der Widerspruch größer, der zwischen weiterer Konzentration und Zentralisation des Kapitals und der für die wirksame Nutzung der modernen Technik nötigen Dezentralisation der Produktion besteht. Andererseits führt der Kampf der Konservativen, die Lohn- und Sozialkosten so niedrig wie möglich zu halten, bei dem durch den Einsatz moderner Technik bedingten gewaltigen Anwachsen der Produktivität dazu, daß steigende Produktion und stagnierende oder gar sinkende Kaufkraft letztlich hoffnungslos auseinanderdriften.

Siebentens: Aus meiner Sicht gibt es zwei eng miteinander verflochtene wirkliche Lösungsansätze. Der eine Ansatz geht von der Frage aus, welche Tätigkeiten des Menschen in absehbarer Zeit nicht von kybernetischen Maschinen übernommen werden. Sicher wäre es Illusion, die Beschränkung menschlichen Tuns auf diese Art von Tätigkeiten sei bald zu erwarten. Es ist aber sinnvoll, allen arbeitsfähigen Menschen die Möglichkeit zu eröffnen, in ihre Gesamttätigkeit gerade die Komponenten zu entfalten, die an ihrer Stelle kein Automat übernehmen könnte und übernehmen sollte. Nur dadurch wird für den einzelnen ein sinnerfülltes Leben gesichert. Der zweite Ansatz betrifft die Beziehungen zwischen Arbeitszeit und frei verfügbarer Zeit.

Achtens: Aus der Sicht der Geschichte der Produktionsinstrumente scheint das Leistungsvermögen kybernetischer Maschinen außerordentlich hoch zu sein. Aus der Sicht der Frage, wie weit diese Maschinen mit dem Menschen hinsichtlich der schöpferischen Leistungsfähigkeit konkurrieren könnten, ist dagegen eine negative Antwort zu geben. Diese negative Antwort hängt eng mit dem Umstand zusammen, daß Computer und andere technische Systeme für den Menschen wertvolle Hilfsmittel sind, aber selbst weder werten können noch werten sollten. Der Mensch ist keine Maschine –

auch keine kybernetische – und hat auf Maschinen nicht übertragbare Betätigungsfelder, zu denen unter anderen zu rechnen sind:

— das Entdecken gesetzesartiger Zusammenhänge, ohne die begründete Voraussagen und Entscheidungen nicht denkbar sind,
— das Treffen von Wertungen und das Stellen von Zielen,
— die ständige Vorvollkommnung von Wertungen, Zielen, Wegen und Mitteln, um zu einer immer besseren – das heißt vor allem kulturvolleren – Befriedigung menschlicher Bedürfnisse und Interessen gelangen zu können,
— das Überwachen beabsichtigter und nichtbeabsichtigter Prozesse, um in den Fällen, in denen diese zu Folgen führen können, die fraglich oder gefährlich erscheinen, Entscheidungen über Gegenwirkungen treffen zu können,
— das Überwachen speziell auch der Prozesse, die auf eigenen Entscheidungen beruhen, um bei nicht vorhergesehenen Zuständen oder Ereignissen Korrekturen einleiten zu können,
— das Abschätzen und Verantworten von Risiken, die mit den eigenen Entscheidungen verbunden sind.

Hier breche ich die Aufzählung ab, weil sie für den Schluß ausreicht, daß die Menschen in absehbarer Zeit genügend zu tun haben, um nachhaltige Wirtschaftsentwicklung und kulturvolle Befriedigung menschlicher Bedürfnisse zu sichern.

Neuntens: Der Übergang zum Informationskapitalismus ist einerseits ein Prozeß, in dem Voraussetzungen dafür entstehen, daß in Zukunft für faktisch alle Menschen unternehmerisch-schöpferische Arbeit möglich wird. Andererseits vollzieht sich dieser Übergang selbst in einer krisenhaften Situation, die mit einer gefährlichen Entwertung der herkömmlichen Lohnarbeit verbunden ist. Um den Reproduktions- und Akkumulationsprozeß zur Einführung der Technik des Informationskapitalismus zu beschleunigen, wird »Billiglohn«-Arbeit organisiert. Das künftige Schicksal der »Billiglohn«-Arbeiter interessiert dabei nicht. Diese Arbeiter sind nicht nur die ersten, die von modernen Maschinen verdrängt werden, sondern sie werden vor allem auch nicht auf den Übergang zur neuen Art von Arbeit vorbereitet, die völlig andere Forderungen an sie stellen wird als die »Billiglohn«-Arbeit. Sie werden nicht nur heute ausgebeutet, sondern werden durch diese heutige Ausbeutung morgen über kein für das Kapital verwertbares Arbeitsvermögen mehr verfügen und damit überflüssig.

Zehntens: In einer möglichen künftigen sozialistischen Gesellschaft wird das Problem der Arbeitslosigkeit nicht mehr bestehen. An erster Stelle unter den Bedingungen zu seiner Lösung stehen jährliche, wöchentliche und arbeitstägliche Arbeitszeiten, die beträchtlich unter den entsprechenden Arbeitszeiten im heutigen Kapitalismus liegen. Diese niedrigeren Arbeitszeiten werden nicht nur der Überwindung des Zustandes dienen, in dem wenige zu viel arbeiten und dafür immer mehr nicht mehr arbeiten können. Noch wichtiger ist, daß die enorme Senkung der genannten Arbeitszeiten zur entscheidenden Bedingung für ein reicheres Leben des einzelnen und der menschlichen Gesellschaft in ihrer Gesamtheit werden muß.

Elftens: In »Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie« kam Marx zu der Einsicht: Mit dem weiteren Fortschritt der Produktion »wird die Schöpfung des wirklichen Reichtums [...] weniger von der Arbeitszeit und dem Quantum angewandter Arbeit« abhängig, sondern mehr »von der Macht der Agentien, die während der Arbeitszeit in Bewegung gesetzt werden«. Von dieser Macht gilt, daß sie »in keinem Verhältnis steht zur unmittelbaren Arbeitszeit, die ihre Produktion kostet, [...] vielmehr abhängt vom allgemeinen Stand der Wissenschaft und dem Fortschritt der Technologie«. So »ist es weder die unmittelbare Arbeit, die der Mensch selbst verrichtet, noch die Zeit, die er arbeitet, sondern [...] die Entwicklung des gesellschaftlichen Individuums, die als der große Grundpfeiler der Produktion und des Reichtums erscheint.« Und da »der wirkliche Reichtum [...] die entwickelte Produktivkraft aller Individuen« ist, stellt »keineswegs mehr die Arbeitszeit, sondern die disposable time das Maß des Reichtums«[12] dar. Das, was Marx hier disposable time – frei verfügbare Zeit – nannte, wächst um so mehr, je stärker die Arbeitszeit auf ein Minimum beschränkt wird. Im dritten Band des »Kapitals« wurde weiter festgestellt, daß Mehrarbeit als Arbeit über das Maß der gegebenen Bedürfnisse hinaus immer bleiben muß, um Zufällen gegenüber gewappnet zu sein und um die progressive Ausdehnung des Reproduktionsprozesses zu sichern, die durch das Wachsen der Bedürfnisse und der Bevölkerung erforderlich ist. Arbeit und Mehrarbeit sollten sich mit dem geringsten Kraftaufwand und unter Bedingungen vollziehen, die für die menschliche Natur die würdigsten und adäquatesten sind. Aber auch dann

12 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW. Bd. 42. S. 600ff.

bleiben sie ein Reich der Notwendigkeit. »Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühn kann.«[13]

Zwölftens: Marx erkannte, daß es sich bei Wissen und dessen aktiver Anwendung und damit bei dem, was wir hier schöpferische und unternehmerische Leistung nennen, um etwas handelt, das sich stark von gewöhnlicher Arbeitsleistung unterscheidet. Während die zuletzt genannte stark durch Fremdentscheidungen gesteuerte Leistung meist rasch Vergehendes bewirkt, ist das bei schöpferischer und unternehmerischer Leistung anders. Erkenntnisse können durch moderne Informationsübertragung rasch überall auf der Erde genutzt werden. Auch wenn sie häufig nach relativ kurzer Zeit durch vollkommeneres Wissen abgelöst werden, haben sie zu diesem vollkommeneren Wissen beigetragen und existieren in ihm fort. Das ist deshalb beachtenswert, weil die durch Wissen erreichte Erhöhung der Produktivität menschlicher Arbeit nur auf dem Aufwand beim Gewinnen dieses Wissens und bei dessen Speicherung und Bereitstellung beruht. Wissen wird nicht wie Material, Energie oder Geld verbraucht, nicht wie handwerkliches Geschick verausgabt.

Dreizehntens: Je stärker die weitere Entwicklung der Produktivkräfte von Wissensfortschritten und deren Nutzung bewirkt wird, um so fraglicher wird nicht nur, daß der Tauschwert von Waren ganz oder vorrangig von der zu deren Herstellung benötigten gesellschaftlichen Arbeitszeit abhängt, sondern auch, daß Arbeitszeit einerseits und lediglich als Freizeit verstandene frei verfügbare Zeit andererseits einander entgegengesetzt werden. In einer möglichen sozialistischen Gesellschaft werden Arbeit und Mehrarbeit eine notwendige, möglichst auf alle gerecht verteilte Pflicht sein – mehr nicht. Die frei verfügbare Zeit wird zwar auch Erholung und Entspannung sein, vor allem aber freies Entfalten durch aktives künstlerisch-handwerkliches, technisches, politisches, erzieherisches und wissenschaftliches Tun und Genießen. Die unternehmerisch-schöpferische Tätigkeit als wichtiger Bestandteil künftiger Arbeit verlangt Kreativität, die sich zusammen mit der Genußfähigkeit und in ihr ausbildet. Marx sah das bereits, betonte, daß

13 Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band. In: MEW. Bd. 25. S. 828.

nicht Entsagen von Genuß, sondern die Fähigkeit zum Genuß Bedingung dafür ist, daß künftig die menschlichen Individuen ihre Produktivkraft so entwickeln können, wie das dann der Produktionsprozeß verlangt.[14]

Vierzehntens: Auf den Entwicklungsstand der Produktionsinstrumente bezogen gelangt der Informationskapitalismus bereits an den Punkt, an dem der Weg zur Verkürzung der Arbeitszeit frei wird. In Sachsen gibt es mehrere Gründe dafür, daß sich demokratische Sozialisten für diesen Weg einsetzen sollten: Die alte Industrie ist weitgehend zusammengebrochen. Daß bei Neuinvestitionen sofort auf modernste technische Lösungen zu orientieren ist, bedarf auch aus kapitalistischer Sicht keiner besonderen Begründung. Das Bildungssystem der DDR war nicht frei von ernsten Mängeln, besaß aber aus heutiger Sicht auch beachtliche Vorteile, die Sachsen wie den anderen neuen Bundesländern zugute kommen können: kein Bildungsprivileg, hohes Niveau der mathematischen und naturwissenschaftlichen Bildung, polytechnischer Unterricht, Bewahrung der guten Traditionen der Berufsbildung in Deutschland und anderes mehr. Das trägt dazu bei, daß durch das allgemeine Bildungsniveau in Sachsen eine der Bedingungen zur sinnvollen Nutzung von frei verfügbarer Zeit erfüllt ist. Unbestritten ist natürlich auch, daß der Weg einer immer stärkeren Herabsetzung der Arbeitszeit nur in harten sozialen Kämpfen erreicht werden kann.

7. Öffentliche Angelegenheiten – Demokratie – Staat

Erstens: Das Problem, daß beim Übergang zum Informationskapitalismus die Bedingungen heranreifen, unter denen der einzelne über die eigenen Angelegenheiten selbst entscheiden und in Angelegenheiten, die ihn mitbetreffen, mitentscheiden kann, ist, auf die öffentlichen Angelegenheiten bezogen, das Problem nach der Entwicklung der Demokratie bis zu dem Punkt, an dem Unterdrückungs- und Machtmechanismen herkömmlicher Art künftig völlig überwunden werden.

---

14 Siehe Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW. Bd. 42. S. 607.

Zweitens: Warum Sozialisten für radikale Demokratie eintreten, bedarf der Begründung; denn Demokratie ist kein Selbstzweck. Falsch wäre die Begründung, die Entscheidung der Mehrheit müsse anerkannt werden, weil sie die beste unter allen möglichen Entscheidungen sei. Auch Mehrheiten können sich irren und irren sich oft, können hinsichtlich der Einschätzung ihrer eigenen Bedürfnisse und Interessen zu kurzsichtig sein und sind das oft. Aber noch fehlerhafter wäre, irgend jemandem Entscheidungsprivilegien in öffentlichen Angelegenheiten zuzusprechen. In diesem Zusammenhang sei ausdrücklich festgestellt: Beim Entscheiden spielen in Klassengesellschaften Klasseninteressen eine wichtige Rolle. Menschliche Bewertungssysteme aber auf Klasseninteressen reduzieren zu wollen, wäre eine unhaltbare Vereinfachung. Auch vom durchgängigen Dominieren von Klasseninteressen kann nicht gesprochen werden. Betrachtungsweisen dieser Art haben als grundsätzlichen Mangel: Statt dem einzelnen die volle Freiheit zum Selbst- oder Mitentscheiden in Angelegenheiten zuzugestehen, die seine Angelegenheiten sind oder mit sind, werden ihm »höhere« Interessen, Klasseninteressen, nationale Interessen usw., als so vorherrschend eingeredet, daß seine anderen Bedürfnisse und Interessen zurücktreten müßten. An diese viel zu starke Vereinfachung schließt sich meist der Gedanke an, der einzelne müsse denen vertrauen, die Vertreter dieser seiner höheren Interessen seien. Im Gegensatz zu solchen Positionen bin ich der Meinung, daß jeder selbst einschätzen muß, welches Gewicht er bei seinen Entscheidungen den verschiedenen Bedürfnissen und Interessen gibt. Den Menschen diese oder jene Interessen als maßgebend einreden zu wollen, kann zeitweilig erfolgreich sein, führt aber früher oder später zu Korrekturen und unter Umständen sogar zu ernsten Konflikten.

Drittens: Indem der einzelne in öffentlichen Angelegenheiten mitentscheidet, kann er selbst Erfahrungen und Erkenntnisse gewinnen, wie er sich und anderen größtmögliche Freiheit sichert. Dabei steht ihm ebenso das Recht auf Irrtum wie auf Korrektur zu. Natürlich muß er zusammen mit seiner Entscheidungsfreiheit in öffentlichen Angelegenheiten auch die Verantwortung für diese Angelegenheiten mit übernehmen. Hat eine Mehrheitsentscheidung zu Folgen geführt, die auch mit den Bedürfnissen und Interessen derjenigen kollidieren, die an ihr durch Zustimmung beteiligt waren, so ist diese Entscheidung zu korrigieren. Es wird der Weg für eine neue Entscheidung frei. Über das Erfordernis der Korrektur können sich diejenigen nicht ereifern, von denen die alte Mehrheitsentscheidung mit zu verantworten ist, falls

ihnen die Korrekturmöglichkeit nicht versperrt wird. Diese Möglichkeit kann jetzt auch von denen genutzt werden, die sich bisher mit ihrer Meinung in der Minderheit befanden. So sind demokratische Entscheidungsmechanismen zwar relativ aufwendig, bieten dafür aber die Chance, die in der Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens immer wieder erforderlichen Neuerungen und Korrekturen in einer Weise vorzunehmen, die nicht mit übermäßiger Zuspitzung von Konflikten verbunden sein muß. Demokratische Verhältnisse sind anderen Verhältnissen unter anderem deshalb vorzuziehen, weil in ihnen ausgewogene Beziehungen zwischen Neuerungen und Korrekturen einerseits und Stabilität andererseits bestehen.

Viertens: Ein Vorteil des Kapitalismus des New Deal gegenüber den Systemen nach sowjetischem Muster waren die in ihm bestehenden demokratischen Verhältnisse. Als verhängnisvoller Nachteil erwiesen sich in den letztgenannten Systemen die Praktiken, selbst innerhalb der Staatsparteien das Aufkommen neuer Politikkonzepte als Fraktionsmacherei zu unterbinden. Rosa Luxemburgs Kritik an der Diktaturtheorie Lenins und Trotzkis erwies sich als richtig. Ihre Vorhersage wurde wahr, ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf werde das öffentliche Leben zum Scheinleben, entstehe eine Cliquenwirtschaft, die nicht Diktatur des Proletariats sei, sondern Diktatur einer Handvoll Politiker.[15]

Fünftens: Die Demokratie des Industriekapitalismus des New Deal hat sich in der Auseinandersetzung mit den Systemen nach sowjetischem Muster zwar überlegen gezeigt, ist aber dennoch halbherzig. Sie ging aus demokratiefeindlichen Herrschaftsverhältnissen hervor und übernahm dabei alte Formen. Diese Formen erhielten zum Teil neuen Inhalt, während sich andere Inhalte nicht änderten. Die Regierungsgeschäfte zum Beispiel wurden und werden so ausgeübt, daß von einer stärkeren Bewahrung alter Inhalte zu sprechen ist. Nachdem nach Wahlen diese oder jene Mehrheitsverhältnisse zur Regierungsbildung geführt haben, wird das Entscheidungsvermögen der Wähler über mehrere Jahre hinweg nicht mehr strapaziert. Die Entscheidungsgewalt ist in sehr starkem Maße bei den Regierenden konzentriert. Erst vor Neuwahlen wird wieder um die Gunst des Wählers mit Versprechungen

15 Siehe Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. In: Rosa Luxemburg. Gesammelte Werke. Bd. 4. Berlin 1974. S. 332–365.

gebuhlt, die nach der Wahl schnell vergessen sind. Beim Übergang zum Informationskapitalismus wird dieses Demokratieverständnis immer fraglicher, und es entstehen Bedingungen für eine radikalere Auffassung von Demokratie.

Sechstens: Zu diesen Bedingungen ist die zunehmende Sensibilisierung in Entscheidungssituationen zu rechnen. Sie läßt sich als Sensibilisierung gegenüber Widersprüchen auffassen, die im Aufeinandertreffen von Informationen über gegenwärtige Zustände bzw. Ereignisse oder von Erwartungen zukünftiger Zustände bzw. Ereignisse einerseits und Bedürfnissen, Interessen, Absichten des Entscheidungssubjekts andererseits bestehen. Sensibilisierungen, durch die vielen Menschen Entscheidungssituationen im öffentlichen Leben bewußt werden, sie zur Erkenntnis von Entscheidungsbedarf führen und sie schließlich dazu bewegen, auf Entscheidungsvorbereitung und Entscheidung zu drängen, sind von beiden Seiten her möglich.

Siebentens: Der eine Zugang ist der über Bürgerinitiativen, Vereine, Zweckverbände, Vereinigungen usw., die das eine Mal über längere Zeit bestehen und aktiv werden, das andere Mal nur der Bewältigung einer Aufgabe dienen. Immer aber sind das Bewegungen, von denen Bedürfnisse, Interessen, Proteste gegen heutige und kommende Zustände zum Ausdruck gebracht werden. Diese zivilgesellschaftlichen Aktivitäten und Organisationen sind für demokratische Sozialisten als Schulen aktiver Demokratie strategisch bedeutsam, weil sie die Menschen lehren, sich selbst zu regieren.

Achtens: Der andere Zugang ist sehr eng mit der Frage der Medien, der Presse usw. verknüpft. Für demokratische Sozialisten stellen Meinungsfreiheit, Freiheit der Berichterstattung, Freiheit von Kunst und Wissenschaft unbedingt zu sichernde Freiheiten dar. Sehr besorgniserregend sind die Gefahren, die von den Presse- und Medienkonzernen für diese Freiheiten ausgehen. Wer diesen Gefahren entgegenwirken will, sollte vor allem die Tendenzen im Blick haben und zu nutzen versuchen, die sich durch den Aufbau von Informationsnetzen über die ganze Erde hinweg ergeben. Es sind besonders zwei Tendenzen, mit deren Hilfe die übergroße Macht moderner Medienkonzerne erschüttert werden kann, obwohl diese Konzerne selbst wesentlichen Anteil an ihrer Durchsetzung haben: Die erste Tendenz möchte ich die Tendenz enormer Vielfalt nennen. Sie ist nicht nur daran zu erkennen, daß künftig die Anzahl der Programmangebote des Fernsehens stark

steigen wird, so daß für den Nutzer auch die Wahlmöglichkeiten über die Grenzen von Ländern und Erdteilen hinweg wachsen. Auch die technischen Möglichkeiten werden vielfältiger. Die andere Tendenz besteht in der Möglichkeit wachsender Aktivität derjenigen, die bisher vorwiegend Empfänger von Informationen sind. Sie brauchen künftig nicht nur passiv Informationen entgegenzunehmen, sondern können zunehmend auch gezielt Informationen abfordern und ebenso selbst erzeugen und verbreiten. Durch diese Tendenzen kann es für »Meinungsmacher« immer schwerer werden, Menschen, die selbst über entwickelte Entscheidungsfähigkeit verfügen, in dieser oder jener Weise zu manipulieren. Natürlich wird es Manipulierungsversuche noch lange geben. Es wachsen aber die Chancen derjenigen, die gegen solche Versuche kämpfen.

Neuntens: Wichtig werden vor allem auch Möglichkeiten moderner Informationsnetze zur Diskussion über Entscheidungsspielräume und Entscheidungsvarianten bei Bewältigung öffentlicher Angelegenheiten. Bisher sind die Rechte zum Mitentscheiden in solchen Angelegenheiten nicht zuletzt durch das starke Strapazieren sogenannter Expertenurteile immer wieder in gefährlicher Weise eingeschränkt worden. Das für diese oder jene Entscheidung erforderliche Expertenwissen ist gewöhnlich für den »Laien« so etwas wie das Orakel von Delphi. Das Dilemma vergrößert sich für ihn noch durch den Umstand, daß kaum eine unter den Entscheidungen in öffentlichen Angelegenheiten nur durch das Wissen von Experten einer wissenschaftlichen, technischen oder rechtlichen Disziplin lösbar ist. Fast stets sind Experten verschiedener Richtungen zu bemühen, die sich im Normalfall auch untereinander nicht richtig verstehen. Zu allem Überfluß profilieren sich dann, wenn das »Publikum« über die anstehenden Streitfragen doch noch unterrichtet wird, Politiker als von Fachleuten beratene Halbfachleute in Parlamentsdebatten und Talkshows oft so, daß eine schlechte Theaterveranstaltung herauskommt. Methoden der Simulation von Entscheidungsprozessen mit Hilfe von Computern werden im Gegensatz zu solch fraglichen Praktiken künftig Möglichkeiten bieten, den Streit um Entscheidungssituation und Entscheidungsvarianten nicht nur öffentlich, sondern auch für »Normalgebildete« nachvollziehbar und überprüfbar zu gestalten. Wiederum spielt dabei der freie Zugang zu Wissens- und Informationsspeichern eine wichtige Rolle.

Zehntens: Entscheidungen zur Regelung öffentlicher Angelegenheiten sind aus der Sicht demokratischer Sozialisten im Idealfall Entscheidungen,

durch die gleiche Rechte sowie mehr und mehr auch gleiche Möglichkeiten für die Entscheidungsfreiheit jedes einzelnen zu sichern sind. Damit sind sie eindeutig Entscheidungen, die nicht an die Stelle der Entscheidungen des einzelnen treten, sondern sind so etwas wie »Spielregeln« für die Entscheidungen, die einzelne Menschen oder Kollektive zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse und zum Erreichen ihrer Ziele treffen, und sind »Spielregeln« für die Gestaltung der Bedingungen, unter denen einzelne und Kollektive ihre Entscheidungen verwirklichen.

Elftens: Die Position, zu der heute nicht wenige Vertreter bürgerlicher Politik die Öffentlichkeit bringen möchten, besagt: Da die Regulierungsmaßnahmen der bürgerlichen Staaten im Sinne der Politik des New Deal auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet bei den Strukturveränderungen der Gegenwart versagten, müsse jetzt den Marktkräften freier Raum gelassen werden. Diese Position ist unhaltbar. Richtig ist zwar, daß mit den Regulierungsmaßnahmen für industriekapitalistische Verhältnisse die Probleme des Informationskapitalismus nicht mehr zu bewältigen sind. Sicher ist aber auch – und heute sogar mit mathematischen Methoden der Entscheidungstheorie nachweisbar –, daß Konflikte unvermeidlich sind, wenn ohne jede Einschränkung jeder nur auf den eigenen größtmöglichen Vorteil bedacht ist. Einerseits bietet das scheinbar freie Spiel der Kräfte in der Marktwirtschaft die durchaus positiv zu bewertende Möglichkeit, auf den eigenen Vorteil bedacht zu sein. Andererseits muß dieses scheinbar freie Spiel aber zwangsläufig nicht zu rechtfertigende Einschränkung von Freiheiten anderer sein, heute in besonderer Weise auch Einschränkung von Freiheiten künftiger Generationen.

Zwölftens: Die Lösung der Kernprobleme zur Regelung öffentlicher Angelegenheiten sollte darin bestehen, dafür zu sorgen, daß es durch Entscheidungen von einzelnen und Kollektiven zu keinen Beeinträchtigungen der Entscheidungsfreiheiten anderer Menschen sowohl heute als auch in der Zukunft kommen kann. Die Aufgaben des Staates sollten mehr und mehr darauf beschränkt werden, eben diese Regelungen zu treffen und ihre Einhaltung zu sichern. Welche gesetzlichen Regelungen in welcher Folge demokratische Sozialisten initiieren und zumindest vielfach gemeinsam mit anderen politischen Kräften und gestützt auf die demokratische Öffentlichkeit bei sich dazu bietenden Gelegenheiten durchsetzen sollten, muß jeweils abhängig von der Situation entschieden werden. Die folgenden Beispiele sollen lediglich der Erläuterung der Richtung dienen, in der

vorzugehen ist: Förderung durch finanzielle Unterstützung oder Steuervergünstigungen
— von Forschungen und Entwicklungen, die auf nachhaltige Wirtschaftsentwicklung gerichtet sind,
— für Betriebe, die zum Umweltschutz beitragen,
— für Zukunftsindustrien;
stärkere Steuerbelastungen für umweltbelastende Produktion, unter Umständen auch Enteignungen übereinstimmend mit Artikel 14 des Grundgesetzes, falls die Umweltbelastungen zu stark sind und gesetzliche Festlegungen nicht eingehalten werden, Förderung im oben genannten Sinne von Vermögensbildung bei »Arbeitnehmern«, von genossenschaftlicher Produktion, dagegen stärkere Belastungen in dem oben genannten Sinne für zu starke Kapitalkonzentrationen, eventuell Entflechtungen zu großer Unternehmungen usw. usf.

Dreizehntens: Sozialisten sollten darum bemüht sein, die Aufgaben des Staates auf Aufgaben der soeben genannten Art zu beschränken. Es sollte gelten: So wenig wie möglich Staat; denn dort, wo der Staat durch Entscheidungen Eigeninteressen vertritt oder Vorteile des einen Teils der Gesellschaft gegen andere Teile, statt den rechtlichen Rahmen der Entscheidungsfreiheit aller seiner Bürger in gleicher Weise zu sichern, werden meines Erachtens die Tore für Machtmißbrauch geöffnet. Unter dieser Sicht wende ich mich gegen die direkte Übernahme unternehmerischer Aufgaben durch den Staat.

Vierzehntens: Zur Entscheidungsfreiheit gehört unbedingt auch, Risiken tragen zu können. Durch die Unvollständigkeit allen Wissens, aller Informationen über Entscheidungssituationen, aller Voraussagen, die auf Nutzung statistischer Gesetze beruhen, müssen Risiken nicht etwas mit Fehlern Behaftetes sein, sind unvermeidlich. So ist Risikovorsorge eine Aufgabe, bei der sich der einzelne nur in seltenen Fällen auf sich selbst verlassen kann. Arbeiter, Selbständige, kleine oder mittlere Unternehmer können nicht sinnvoll solche Reservefonds für sich selbst bilden, durch die sie allen möglichen Unglücksfällen aus eigener Kraft gewachsen sind. Es gibt für die »Kleineren« nur einen sinnvoll begehbaren Weg, um Unglücksfällen oder einfach Unvorhersehbarem weitgehend trotzen zu können: den Zusammenschluß bei Bildung von Reservefonds. Darauf beruhen Kranken- und Rentenversicherung. Der einzige Weg auch für kleine und mittlere Unternehmer, selbständig Tätige, Genossenschaften, Arbeiter mit eigenem Kapitalvermögen, sich mit ihrem Vermögen aus der Umklammerung durch industrie-

kapitalistische Banken und Versicherungen zu befreien, ist Solidarfürsorge. Daß vor unverschuldeten Risiken nur die große Zahl wenigstens einigermaßen schützen kann, ist keine neue Weisheit. An sie muß aber gedacht werden, wenn sich Sozialisten mit solchen Versuchen, wie denen von Biedenkopf auseinandersetzen, zum Beispiel die Rentenversicherung stark zu reformieren. Es ist wichtig, die Einseitigkeit solcher Vorschläge zur Desolidarisierung bloßzulegen. Sozialisten sollten gewissenhaft prüfen, wie die Versicherungssysteme vor den entsolidarisierenden Forderungen nach Eigenfürsorge geschützt, ausgebaut und stärker unter die demokratische Kontrolle der Versicherten selbst gestellt werden können. Zu den Kernaufgaben des Staates sollte die Förderung, nicht das Hineinlangen in die Kassen und der Abbau dieser solidarischen Risikovorsorge gehören, weil sie wichtige Bedingung für die Freiheit des einzelnen ist.

Fünfzehntens: Zweifellos werden außer den bisher hier genannten noch viele andere Bemühungen erforderlich sein, um dies zu erreichen:
— Der Staat konzentriert seine gesamte Tätigkeit auf die oben genannten Kernaufgaben.
— Die Gefahren, daß er von einem Teil der Bürger zur Durchsetzung ihrer Sonderinteressen mißbraucht wird, sind überwunden.

Wenn das erreicht wäre, wäre dieser Staat kein Staat in dem Sinne mehr, den Marx und Bebel mit diesem Wort verbanden. Das wäre zugleich auch der Anfang vom Ende des Patriarchats.

8. *Regionalisierung als Chance für einen menschenwürdigen Wettbewerb um gangbare Wege zum globalen Sozialismus*

Erstens: Die Globalisierung schreitet immer weiter voran. Das Informationsnetz wird sich bald nahezu lückenlos über die ganze Erde ausbreiten. Ein Abschirmen dieses oder jenes Territoriums vom Weltmarkt über einen längeren Zeitraum hinweg ist unmöglich geworden. Eher werden einzelne Gebiete Afrikas oder Asiens durch die Macht des noch stark industriekapitalistisch orientierten Weltmarktes Abfallgebiete, deren menschliche Bewohner ebenfalls das Schicksal von Abfall erleiden. Das ist eine der Schattenseiten dieser Globalisierung. Daß es gerade das spekulative Kapital ist, an dem sich Transaktionen im Weltmaßstab gut demonstrieren lassen, ist ebenfalls nichts, woran sich Sozialisten erfreuen könnten. Es werden Milliardengeschäfte in Sekundenschnelle über Erdteile hinweg vollzogen. Das ist zugleich ein

weiteres Symptom für die Tendenz zu Turbulenzen, die mit dem Übergang vom Industrie- zum Informationskapitalismus verbunden ist.

Zweitens: Die Globalisierung ist untrennbar mit der Regionalisierung verknüpft. Beide Vorgänge können mit den zwei Seiten einer Medaille verglichen werden. Der Industriekapitalismus hat den Weltmarkt hervorgebracht und zugleich die nationalstaatlich strukturierten Volkswirtschaften. Im Prozeß der Herausbildung des Informationskapitalismus werden diese Volkswirtschaften zu größeren Einheiten zusammengeführt. Die nationalen Grenzen erweisen sich als zu stark einengend, werden durchlässiger und sind auf dem Weg, zu fallen. Das heißt nicht, die Globalisierung bringe strukturlose Erdteilwirtschaften und schließlich eine strukturlose Weltwirtschaft hervor. Indem sich im Informationskapitalismus Dezentralisierungstendenzen verstärken, werden die nationalstaatlichen Volkswirtschaften unterhöhlt, kleinere Regionalwirtschaften gestärkt. Das wirkt in Richtung nachhaltigen Wirtschaftens, indem beispielsweise die Transportwege für viele Güter beträchtlich verkürzt werden können. Mit diesen Regionalisierungstendenzen sind ebenfalls Gefahren verbunden. Die Weltwirtschaft hat sich äußerst ungleichmäßig entwickelt. Neben Regionen, in denen die landwirtschaftliche Produktion dominiert, gibt es Industrieregionen, aber auch Regionen, in denen sich bereits der Informationskapitalismus durchsetzt. Gegenwärtig führen solche Unterschiede zu Kämpfen, die zum Teil mit militärischer Gewalt ausgetragen werden und darauf gerichtet sind, territoriale Vorteile auf Kosten anderer Regionen für die eigene Wirtschaftsentwicklung zu nutzen. Für manche Regionen birgt das sogar die Gefahr in sich, daß selbst ihre bescheidene vorindustrielle Landwirtschaft auch noch ruiniert wird.

Drittens: Demokratische Sozialisten müssen durchaus die Gefahren von Globalisierung und Regionalisierung sehen und sich um Wege zu ihrer Abwendung sorgen. Aber ebenso wie bei anderen Trends ist es sehr wichtig, nach den Möglichkeiten zu fragen, die sich ihnen zur Verfolgung ihrer Absichten durch die Globalisierung und besonders durch die Regionalisierung bieten. So lassen sich beispielsweise regionale Strukturen bei demokratischer Vorbereitung von Entscheidungen zum Erreichen von mehr Übersichtlichkeit und damit zum Verstärken der Rationalität nutzen.

Viertens: Wer vorgibt, sehr detailliert zu wissen, wohin sich die menschliche Gesellschaft zwangsläufig entwickeln werde, so daß er genau sagen könne, was in der Politik zur Durchsetzung eherner Gesetze der Weltge-

schichte zu tun sei, verdient, daß wir ihm Mißtrauen entgegenbringen. Auch nach meiner Ansicht wirken in der geschichtlichen Entwicklung der Gesellschaft gesetzesartige Zusammenhänge, die diejenigen am Ende hart treffen, die ihnen zuwider handeln. Alles, was ich bisher dargelegt habe, verdeutlicht diese Ansicht. Gesetzesartige Zusammenhänge bieten aber auch in der Politik für Entscheidungen nur Möglichkeitsräume mit mehreren Dimensionen und mit beachtlichen Spannweiten. Wer die Grenzen dieser Möglichkeitsräume zu überschreiten versucht, wird scheitern. Innerhalb dieser Grenzen sind jedoch viele »Türen der Geschichte« geöffnet, so daß diejenigen Verdacht erwecken, die lediglich eine unter diesen Türen als die einzig begehbare und das Paradies oder die Hölle bringende oktroyieren. Wenn der Möglichkeitsraum für politische Entscheidungen auch Türen hat, von denen mehr Helle zu erwarten ist, und Türen, bei denen mehr Dunkles dahinter zu fürchten ist, so kann doch keiner von uns im voraus sagen, welche Folge von Türen die beste sei. Dazu wirken zu viele Umstände auf den Gang der Entwicklung ein, die mehr oder weniger zufallsbedingt sind, so daß die reale Welt völlig anders beschaffen sein müßte als sie ist, damit unfehlbare Götter wenigstens etwas rational Denkbares sein könnten.

Fünftens: In dieser Hinsicht war der Vereinfachungsschliff, den der historische Materialismus durch Stalin erhielt, eine schlimme Sache. Genau besehen hat es überall auf der Erde zwar einen Übergang von der Urgesellschaft zur ersten Ausbeutergesellschaft mit dem Staat als Ausbeuter gegeben. Aber nur in Europa kam es durch die Antike zu der einzigen geschichtlichen Ausnahme, durch die einerseits Unterdrückung und Knechtung nicht weniger hart waren, durch die aber andererseits durch nicht vom Staat völlig beherrschbares Privateigentum Entfaltungen von menschlicher Individualität und das Austragen von Interessengegensätzen durch Klassenkämpfe möglich wurden. Diese ursprünglich auf einem recht kleinen Territorium einsetzende Entwicklung konnte schließlich zum Kapitalismus führen, ohne den allein nur der Gedanke an einen auf freier Entfaltung der Individuen beruhenden Sozialismus unmöglich wäre. Die Gesellschaft, bei der Marx von asiatischer Produktionsweise sprach, war – wie auch schon Marx wußte – bis zur Starre stabil, ließ keine Persönlichkeitsentwicklung wenigstens bei einem Teil der Menschen zu, wurde nur von außen her durch den Kapitalismus gesprengt.

Sechstens: Das hier dargestellte Verständnis geschichtlicher Abläufe hat viel mit der Politik demokratischer Sozialisten in Regionalfragen zu tun. Sozialisten haben nur eine Möglichkeit, sich in die Richtung zu bewegen, die sich erst einmal als Absicht zur Sicherung der Freiheit jedes einzelnen fassen läßt: Sie müssen sich, die gegebenen Möglichkeiten beachtend, Schritt für Schritt vortasten. Dabei muß sich dieses Vortasten nach drei Seiten hin in besonderer Weise auszeichnen: Erstens ist es nur als zutiefst demokratischer Prozeß denkbar, der weit über die Massendemokratie des Industriekapitalismus hinausreicht. Die Menschen werden nicht zu freien Persönlichkeiten allein oder vorrangig durch Befreiung von außen, sondern nur, wenn sie sich durch die eigene Tat selbst befreien. Zweitens kann das Vortasten nur als Prozeß ununterbrochener und schonungloser Selbstprüfung und, wenn nötig, Selbstkritik verstanden werden. Sozialismus – das kann nur das Ergebnis ständiger Korrekturen sein. Drittens schließlich – und darauf kommt es mir hier an – kann verantwortungsvolles Vortasten nur Vortasten in den kleinsten Einheiten sein, eben in den Regionen. Für die demokratischen Sozialisten wird der ständige Lernprozeß, der über die schrittweise Umgestaltung des Informationskapitalismus zum Sozialismus führt, vor allem ein Prozeß sein, in dem die öffentlichen Angelegenheiten demokratisch und rational und damit wirklich menschenwürdig gestaltet werden. Das Beste, was geschehen könnte, wäre ein Wettbewerb der Regionen um die menschlichsten politischen Lösungen.

Siebentens: Wird mit dem Wettbewerb der Regionen auch den Interessen der in Armut und Elend lebenden Menschen in unterentwickelten Ländern entsprochen? Meine Auffassung dazu ist: Ob den Menschen in diesen Ländern möglichst rasch und nachhaltig geholfen werden kann, hängt nicht zuletzt von den Fortschritten entwickelter Länder auf einem solchen Weg zum Informationskapitalismus ab, bei dem demokratische und sozialistische Kräfte starke Positionen erringen.

Achtens: Traurige Erfahrungen besagen, wie unterentwickelten Ländern nicht geholfen werden kann: nicht durch Aufzwingen eines Wegs von außen – vielleicht sogar mit Waffengewalt –, nicht dadurch, daß auf der einen Seite Brot gebracht wird und auf der anderen Seite mit militärischen Mitteln »Frieden« hergestellt werden soll. Frühere sowjetische Versuche, Kräfte zu unterstützen, die zwar von nichtkapitalistischer Entwicklung reden, aber die Machtverhältnisse der geschichtlich ersten Ausbeutergesellschaft meinen, waren ebenfalls nicht erfolgreich. Vom

Schicksal der »Billiglohn«-Länder habe ich bereits gesprochen. Die Hilfe, die zu Schuldenbergen führt, so daß nicht einmal die Zinsen gezahlt werden können, ist ebenso in der Sackgasse. Kapital einfach nur zu schenken, würde aus mehreren Gründen ebenfalls nicht erfolgversprechend sein.

Neuntens: Wenn Transfer militärischer und staatlicher Macht sowie Transfer von Kapital für sich genommen nicht helfen, kann nur noch der Transfer der »Macht« helfen, die dank ihrer Sanftheit bereits keine Macht im eigentlichen Sinne des Wortes mehr ist: der Transfer von Wissen. Es muß sich dabei jedoch um Wissenstransfer handeln, der nicht dazu dienen kann, den einen Menschen zu staatlicher, ökonomischer und militärischer Macht über andere Menschen zu verhelfen. Hier handelt es sich gerade um den springenden Punkt, der besagt: Nur Regionen, die selbst eine sehr hohe Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung erreicht haben – das heißt in denen die Kraft des Wissens gegenüber herkömmlichen militärischen, staatlichen und ökonomischen Machtfaktoren immer mehr Gewicht erhält und in denen dadurch der Weg zur Aufhebung von Knechtung und Ausbeutung wenigstens unmittelbar vorbereitet, wenn nicht bereits beschritten wird –, können unterentwickelten Regionen auf Dauer wirksame Hilfe erweisen. Wissenstransfer ist kein Transfer von Waffen, bürokratischen Institutionen, Kapital und Waren, also kein Transfer irgendwelcher materieller Güter oder gesellschaftlicher Verhältnisse – abgesehen von den gegenständlichen Trägern von Wissen und Information –, sondern ist Hilfe für menschliche Individuen. Eine solche Hilfe ist nur denkbar als das Gemeinschaftswerk von Gruppen talentierter Menschen aus der helfenden Region und derjenigen Region, die dank ihrer eigenen Bereitschaft dazu diese Hilfe erhält. Die Überwindung der Zurückgebliebenheit ist demnach in besonderer Weise die Leistung der Menschen in der zurückgebliebenen Region selbst. Natürlich ist dann auch Hilfe durch zeitweilige Lieferungen geeigneter Produktionsinstrumente und anderer Güter durch die helfende Region angebracht, aber unbedingt nur solcher Güter, auf die von der anderen Region selbst Wert gelegt wird.

9. *Partei von neuem Typus: offen, sich selbst verändernd und so überflüssig machend*

Erstens: Eine Partei, die den Anspruch erhöbe, als Partei der Berufenen die Volksmassen erziehen und zum Sozialismus führen zu müssen, wäre

ein Rückfall in alte, verhängnisvolle Fehler. Ein solcher Anspruch stünde im eklatanten Widerspruch zur dritten Feuerbachthese von Marx, daß die Umstände von den Menschen verändert werden und der Erzieher selbst erzogen werden muß. Der Gedanke einer erziehenden und führenden Partei ist nach dieser These eine völlig ungerechtfertigte Spaltung der Gesellschaft in zwei Teile, von denen der eine derjenige sein müßte, der über die Gesellschaft und die in ihr bestehenden Umstände erhaben wäre. Da das Ändern der Umstände zusammenfällt mit der menschlichen Tätigkeit oder der Selbstveränderung der Menschen[16], kann die Freiheit des einzelnen letztlich nur dessen eigene Tat sein. Die Gesellschaft kann bestenfalls die Rechte und Möglichkeiten für die Freiheit jedes einzelnen sichern, mehr nicht, sonst schlägt das Sichern der Freiheit in Bevormundung um.

Zweitens: Diese Kritik betrifft nicht nur die Vergangenheit, sondern ist zugleich gegen das Selbstverständnis der Parteien in den Massendemokratien des Industriekapitalismus gerichtet; denn diese Parteien nehmen dem einzelnen mit der Abgabe seiner Stimme zu Wahlen für mehrere Jahre die Freiheit zum Mitentscheiden in öffentlichen Angelegenheiten ab, legen die Sache so aus, als habe er ihnen mit der Wahl diese seine Entscheidungsfreiheit über eine Wahlperiode hinweg bedingungslos geliehen.

Drittens: Ohne daß eine radikale Änderung des parlamentarischen Systems in absehbarer Zeit nötig wäre, ist heute schon nach Bewegungen und Parteien »von neuem Typus« zu fragen, die ihre Aufgabe weit umfassender als die jetzigen Parteien der Massendemokratie sehen, nämlich als Aufgabe, den Bürgern das Wahrnehmen ihrer Freiheit zum Mitentscheiden in öffentlichen Angelegenheiten durch Schaffung entsprechender Bedingungen in immer größerem Umfange zu ermöglichen. Nachdem diese Aufgabe künftig einmal erfüllt sein wird, sind alle Parteien überflüssig, auch die »von neuem Typus«. Da es noch längst nicht so weit ist, möchte ich mich der Frage zuwenden, wie sich eine sozialistische Partei von innen her zur Lösung dieser Aufgabe befähigen kann.

Viertens: Avantgardismus ist in der Hinsicht bedenklich, daß sich »Vorkämpfer« unversehens in »Führer« verwandeln, wie die Geschichte der

16 Siehe Karl Marx: Thesen über Feuerbach. In: MEW. Bd. 3. S. 5.

sozialistischen Weltbewegung lehrt. Und doch gibt es einen positiven Aspekt des Avantgardismus, der in dem Satz des Perikles von Athen enthalten ist: »Nur wenige sind fähig, eine politische Konzeption zu entwerfen und durchzuführen, aber wir sind alle fähig, sie zu beurteilen.«[17] Zuerst muß es um das Vordenken gehen – aber nicht so, daß die einen das Richtige vordenken, damit die anderen es tun. Die Entscheidung darüber, welchen vorgedachten Weg er mitgehen will, liegt bei jedem einzelnen selbst. Diese Entscheidung einschließlich der untrennbar mit ihr verbundenen Verantwortung darf dem einzelnen – bei Strafe der Aufgabe seiner Freiheit – von keinem anderen genommen werden, auch nicht von Parteien.

Fünftens: Wenn ich bejahe, daß das Vordenken ein zur Demokratie gehörender, unvermeidlicher Vorgang ist, so halte ich aber gar nichts von einer Art Vordenkerpartei als einer Partei mit dem Anspruch, die Vereinigung der auserwählten Vordenker sein zu wollen. Viel aber halte ich von Bewegungen und Parteien, deren Absicht auf demokratisch-sozialistische Verhältnisse und deren Vorbereitung gerichtet ist und die deshalb Versuche des Vordenkens in diese Richtung auf vielfältige Weise fördert. Ich verstehe die Förderung des Vordenkens durch Parteien des demokratischen Sozialismus so, daß sie die Entwicklung einer Vielfalt theoretischer Konzepte als Anregung für ihre praktische Politik und zu deren rationalen Begründung auffassen. Dabei kann es unmöglich Sache von Parteivorständen sein, Beschlüsse darüber zu fassen, welche theoretischen Konzepte als richtig oder als falsch anzusehen sind. Über Theorien läßt sich grundsätzlich nicht durch Vorstandsbeschlüsse oder Mehrheitsabstimmungen befinden. Über sie entscheiden vielmehr Argumente und Tatsachen des praktischen Lebens. Das Zusammenwerfen von politischen Aufgaben mit dem »richterlichen Befinden« über theoretische Konzepte hat in den »alten Parteien von neuem Typus« in hohem Maße zu dem Verhängnis geistiger Verarmung und geistigen Verfalls beigetragen. Auch die PDS ist mit diesem Problem offensichtlich noch nicht ganz zurecht gekommen.

Sechstens: Für eine linke Partei in ihrer Gesamtheit und für ihre demokratischen Gremien sehe ich zwei Aufgaben zur Förderung theoretischen Denkens: Erstens sind die Bedingungen für einen kultivierten Streit zwi-

17 Zitiert bei Karl R. Popper: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Bd. 1. Tübingen 1992. S. 9 und S. 222.

schen unterschiedlichen theoretischen Ansätzen zur praktischen sozialistischen Politik zu sichern. Zweitens muß versucht werden, über verschiedene theoretische Ansätze hinweg Konsens in den aktuellen Fragen praktischer Politik auf demokratischem Wege herzustellen. Beide Aufgaben erfordern unterschiedliche Methoden, die nicht vermengt werden dürfen. Unterschiede in theoretischen Auffassungen sollten ohne Umschweife und mit sachlicher Schärfe zutage gefördert werden. Versuche zur Kompromißbildung auf diesem Gebiet halte ich für gefährlich. Dabei könnten nur Allgemeinplätze herauskommen. Damit hätten aber – wie in den »alten Parteien von neuem Typus« – die Unempfindlichkeit scheinbarer theoretischer Ansätze gegenüber der Wirklichkeit und damit die Unfähigkeit, gemeinsam aus positiven und negativen Erfahrungen zu lernen, zum Schaden der praktischen Politik gesiegt. In den aktuellen Fragen praktischer Politik spielt im Gegensatz dazu Kompromißbildung zur Sicherung eines mehrheitsfähigen Konsenses eine hervorragende Rolle. Während bei theoretischen Auseinandersetzungen das größte Gewicht auf der Erklärungs- und Voraussagekraft von Argumenten liegt, muß in der praktischen Politik das Hauptgewicht darauf gelegt werden, möglichst viele Menschen – auch keineswegs nur Mitglieder der betreffenden Partei – zu Aktionen zu bewegen, die zur Veränderung gesellschaftlicher Zustände führen können. Damit sind auch in der praktischen Politik Argumente bedeutsam, aber nicht vorrangig unter dem Aspekt ihrer Erklärungs- und Voraussagekraft, sondern vorrangig unter dem Aspekt ihrer Wirkung auf Menschen und deren Handlungen. Nun ist zwar richtig, daß vom Zutreffen eines Arguments auch seine bewegende Kraft für menschliches Handeln mit abhängt. Das darf aber nicht zu der Meinung führen, beide Aspekte seien völlig identisch oder die Frage nach der bewegenden Kraft eines Arguments lasse sich auf die Frage seines Zutreffens reduzieren. Offenbar muß ein Argument die Menschen erst physisch und psychisch erreichen, bevor es sie zum Handeln zu bewegen vermag. Dabei macht auch ein zutreffendes Argument keine Ausnahme.

Siebentens: Die Glaubwürdigkeit von Argumenten hängt sowohl von deren Richtigkeit ab als auch von den Menschen, die diese Argumente vertreten. Ich habe mich bereits gegen Politiker ausgesprochen, für die »Massen« eigentlich nur zynisch als Stimmvieh interessant sind, denen gegenüber ehrliches Verhalten nur unnötiger Luxus ist. Dementsprechend brauchen die »Massen« gar nicht zu erfahren, worum es tatsächlich geht. Wollen demokratische Sozialisten dieses zynische Spiel entlarven, so

sollten sie auch Tendenzen einer braven Gläubigkeit gegenüber Politikern der eigenen Partei überwinden. Schon August Bebel erkannte, daß jede »Machtstellung in sich die Gefahr des Mißbrauchs enthält« und daß deshalb die Partei die Pflicht habe, »die Handlungen ihrer Führer unter scharfe Kontrolle zu nehmen«.[18] Von Rosa Luxemburgs Position, Gefahren von Cliquenwirtschaft seien durch demokratische Kontrolle unmöglich zu machen, sprach ich bereits. Politiker, die, anstatt daß sie erste Vertrauensleute ihrer Partei im Sinne Bebels sind, faktisch ungehindert nur die eigenen Machtpositionen zu festigen versuchen, können keine Politiker moderner sozialistischer Parteien sein. Durch sie wäre diese Partei nicht offen, weil sie an ihre Machtpositionen niemanden heranlassen möchten. Durch sie wäre diese Partei keine, die sich letztlich selbst überflüssig macht, weil sie zur Wahrung ihrer Machtpositionen dienen müßte. Moderne Parteien sollten sich durch ein mustergültiges demokratisches Regelwerk und dessen strikte Umsetzung vor derartigen Gefahren schützen.

10. Endlich für Vernunft agieren, statt nur auf Unvernunft reagieren

Die Anfänge moderner Gesellschaftsentwicklung liegen in der Antike. Von ihr sind uns auch Mythen aus dem Orient überliefert, so die Geschichte vom Vogel Phönix, der vor seinem Tod sein Nest auf einer Palme baut, die durch die Sonne entzündet wird. So wie der alte Phönix mit dem Baum verbrennt, so steigt er als junger Phönix aus der Asche. Laßt uns – wie der junge Phönix – die Vaterleiche des alten Lebens in den Tempel bringen, damit das neue Leben beginnen kann. Freuen wir uns darüber, daß der junge Phönix sehr dem ähnelt, was er einmal in seinem jüngeren Vaterleben darstellte, und nicht dem, was er in seinem unglücklichen späteren Vaterleben war. Ich glaube, es ist höchste Zeit, mit Selbstbewußtsein die Orientierungen auf einen zutiefst menschlichen Sozialismus eines Karl Marx, eines August Bebel, einer Rosa Luxemburg wiederaufzunehmen, um sie den kommenden Bedingungen entsprechend zu erneuern. Dann hatten auch die hinter uns liegenden Irrungen, Quälereien und unerfüllten Hoffnungen einen Sinn.

Die Waffe, mit der wir jetzt kämpfen müssen, das ist die sanfte »Waffe« der Vernunft. Wir glauben nicht an diese sanfte »Waffe«, wie

---

18 Siehe August Bebel: Aus meinem Leben. Zweiter Teil. Stuttgart 1914. S. 133f.

jemand an seinen guten Stern glaubt. Ebensowenig vertrauen wir auf abstrakte Vernunftappelle. Um ein bekanntes Wort aufzugreifen und umzumodeln: Indem das Großkapital – ob es will oder nicht – heute den Übergang zum Informationskapialismus selbst vorantreiben muß, so schmiedet es die Waffe, die, von der übergroßen Mehrheit der Menschen morgen genutzt, den Weg in eine freiere Welt ermöglicht. Allerdings wird die sanfte Gewalt der Vernunft nicht ohne unser aller Tun zu der den globalen Sozialismus Schritt für Schritt gestaltenden Kraft werden können.

HANS-GERT GRÄBE

Arbeit und Wissen in der modernen Gesellschaft Zur Kritik eines engen Arbeitsbegriffes

1. Einleitung

Man geht heute allgemein davon aus, daß wir uns mitten in einer technologischen Umwälzung befinden, die in ihren Auswirkungen, wenn überhaupt, nur mit der (ersten) industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts zu vergleichen ist. Wenn deren Effekt in der Potenzierung der menschlichen Muskelkraft durch den Einsatz von Kraft- und Werkzeugmaschinen lag, der mit der Ablösung der Manufaktur durch die Großindustrie auch vollkommen neue Formen der Produktionsorganisation mit sich brachte, so steht heute insbesondere mit der Anwendung der Mikroelektronik die *Potenzierung der menschlichen Geisteskraft* auf der Tagesordnung.

Diese neuen technischen Mittel schaffen die Basis dafür, materielle Produktionsprozesse in ganz neuen Größenordnungen geistig vorwegzunehmen und damit stärker zu flexibilisieren als das bisher möglich war. Flexible Produktion erlaubt es zunehmend, die *Bedingungen* für die Realisierung des künftigen Produkts vorzuhalten statt das Produkt selbst und damit maßgeschneiderte Lösungen erst dann zu produzieren, wenn sie benötigt werden. Damit rückt das Ende der Massenproduktion und der damit verbundenen fordistischen Produktionsweise in greifbare Nähe.

In einem solchen Kontext spielt nicht die Arbeitskraft schlechthin, sondern die *qualifizierte Arbeitskraft*, deren Kompetenz, materielle Produkte und Effekte geistig vorwegzunehmen und diese dann bei Bedarf zu materialisieren, die entscheidende Rolle. Es wird deutlich, daß zunehmend »die Schöpfung des wirklichen Reichtums abhängig weniger von der Arbeitszeit und dem Quantum angewandter Arbeit als von der Macht der Agentien, die während der Arbeitszeit in Bewegung gesetzt werden und die selbst wieder [...] in keinem Verhältnis steht zur unmittelbaren Arbeitszeit, die ihre Produktion kostet, sondern vielmehr abhängt vom allgemeinen Stand der Wissenschaft und dem Fortschritt der Technologie«[1].

---

1 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW. Bd. 42. S. 600.

Erwerb und Reproduktion von Kompetenz, die in allen bisherigen Gesellschaften außerhalb des geregelten materiellen Produktionsprozesses erfolgte, wird nunmehr zu einem Bereich des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, auf den in naher Zukunft vielleicht schon der entscheidende Teil der gesellschaftlichen Ressourcen zu konzentrieren ist. Dieser Übergang zu einer stärker kompetenzorientierten Produktionsweise spielte unter dem Schlagwort von der *wissenschaftlich-technischen Revolution* schon in der Vergangenheit in Überlegungen zur Ausgestaltung eines Sozialismuskonzepts eine wichtige Rolle. Insbesondere im Zusammenhang mit der Entwicklung des Neuen Ökonomischen Systems und in Reflexion der ersten Kybernetikwelle in den sechziger Jahren entstand eine Reihe interessanter Gedanken auf einem in dieser Komplexität später wohl nicht wieder erreichten Niveau.

Im folgenden wird deshalb der Versuch unternommen, damals formulierte Konsequenzen einer sich mit urwüchsiger Gewalt durchsetzenden Tendenz der Anpassung der Produktionsorganisation an einen neuen Stand der Produktivkräfte heute, dreißig Jahre danach, erneut aus der Schublade zu holen und, um die Erfahrungen eines gescheiterten Generationsentwurfs reicher, auf Kontinuität und Modifikationsbedarf hin abzuklopfen.

2. Arbeit als gesellschaftliches Phänomen

Arbeit als »ein Prozeß zwischen Mensch und Natur, [...] worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigne Tat vermittelt, regelt, kontrolliert«[2], als Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur – die Natur der menschlichen Gesellschaft eingeschlossen – ist die zentrale Konstituente menschlichen Seins und Werdens. Die im Mittelpunkt unseres Interesses stehende Produktivkraftentwicklung kann neue Dimensionen dieses Wechselverhältnisses zwischen Mensch und Natur eröffnen, Dimensionen, die oft genug auch einschneidende Veränderungen in der Sozialisation mit sich bringen und stets eine Intensivierung der Interdependenzen zwischen Mensch und Natur zur Folge hatten, diese aber niemals beenden, ohne damit die physische Existenz der Menschheit als solcher zugleich in Frage zu stellen. In diesem Sinne ist ein »Ende der Arbeitsgesellschaft«

2 Karl Marx: Das Kapital. In: MEW. Bd. 23. S. 192.

nicht abzusehen, die ständige Diskussion darum jedoch ein Indiz, daß eben eine solche neue Dimension dieses Wechselverhältnisses zwischen Mensch und Natur ins Haus steht.

Die zitierte Sicht auf die Arbeit impliziert die Existenz von wenigstens zwei interagierenden, aber doch grundlegend unterschiedlichen Komponenten menschlicher Arbeitstätigkeit: einer *aktorischen* und einer *reflektorischen*. Der Mensch tritt in diesem Arbeitsprozeß zugleich als Agent, als zielgerichtet Veränderungen induzierendes Subjekt, und als Rezipient auf, der die Folgen seiner eigenen und der Tätigkeit anderer beobachtet, analysiert und die daraus gewonnenen Erkenntnisse systematisiert. Die Analyse ist die Grundlage für die weitere Qualifizierung zukünftiger Aktionen, die ihrerseits neue Analysen auslösen usw.

Den Menschen als soziales Wesen zeichnet dabei die Fähigkeit aus, eigene Analyseergebnisse anderen Individuen verfügbar zu machen. Durch diese Sozialisation individueller Erfahrungen entsteht ein gesamtgesellschaftlicher Wissenspool, der in einem koordinierten, arbeitsteiligen Vorgehen verschiedener Individuen sein aktorisches Pendant findet. Die Reproduktion dieser für die menschliche Sozialisation *als Ganzes* entscheidenden Struktur erfolgt auf einem anderen räumlich-zeitlichen Abstraktionsniveau als jede Individualarbeit. Diese durch ihre Sozialisation gebrochene und koordinierte Summe individueller Arbeiten wird deshalb im folgenden als *Gesamtarbeiter* bezeichnet.

Im Ergebnis des beständig fortschreitenden Prozesses der Arbeitsteilung haben sich mittlerweile multifunktionale, in vielseitigen Teilzusammenhängen zusammenwirkende Gesellschaftsstrukturen herausgebildet. Die Gesellschaft teilt sich dadurch in eine Vielzahl relativ unabhängiger Bereiche, die weitestgehend autonom agieren und eigenverantwortlich gesamtgesellschaftlich notwendige Reproduktionsleistungen vollbringen. Eingebettet sind diese relativ stabilen Strukturen in einen gesamtgesellschaftlichen Abstimmungsprozeß, der Ressourcenallokation und Transferleistungen vermittelt. Im Spannungsfeld dieser Input-Output-Erwartungen findet die relative Autonomie der Teilstrukturen zugleich ihre Grenzen.

Arbeitsteilung und Kooperation dieser vielschichtigen, auch räumlich-zeitlich höchst unterschiedlich dimensionierten Prozesse und Strukturen sind für das Funktionieren des Gesamtwesens in seiner heutigen Ausprägung unentbehrlich. Insofern erscheint die Prognose von Horst Kreschnak, daß mit dem Einsatz »kybernetischer Maschinen« der Mensch, der nicht mehr Hauptagent des Produktionsprozesses sei, auch nicht mehr genötigt sei, »sich dem Zwang der Arbeitsteilung zu unterwerfen, durch den er zu

einem Rädchen im Massengetriebe wird«[3], direkt aberwitzig. Es ist vie mehr, historischer Erfahrung folgend, mit jedem Sprung in der Produkti kraftentwicklung eine weitere Ausprägung der Kompliziertheit dies arbeitsteiligen Zusammenwirkens auf neuem Niveau zu erwarten.

Dies wird noch deutlicher, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Strukturen und die von ihnen erzeugten Werkzeuge in ihrer Mehrzahl ei Vergegenständlichung von *Reflexionen vergangener Arbeit* sind. Ei solche Vergegenständlichung in neuen Produkten, Begriffen, Theorien us erlaubt es, diese Analyseleistung von gestern *heute* als einheitliches Ganze als Entitäten, in neue Analyse- und Reflexionsprozesse einzubringen, d wiederum morgen zu neuen Begrifflichkeiten und Produkten führen. Arb ist damit »kein gleichbleibender, sich auf gleicher Ebene wiederholend Prozeß, sondern ein Entwicklungsprozeß zu immer höheren Formen«[4].

Ein solch vielschichtiger Reflexionsprozeß, der aus vielen relat autonomen Teilprozessen mit oft unterschiedlicher Prioritätensetzu besteht, ist durch starke Zielkonflikte geprägt. Das bedeutendste Konfli feld bildet der Streit um die für den individuellen Arbeitsprozeß notwen gen Ressourcen, welcher bereits in einer sehr frühen Phase der Arbei teilung zur Entstehung von Privateigentum führte. Dort, wo sich aus dies Eigentumsrechten Rechte auf Delegierung von Verfügungsgewalt über Re sourcen zu einem definierten Arbeitsprozeß (und die nachfolgende Anei nung seines Ergebnisses durch den Eigentümer und nicht den Produzente ableiten lassen, beginnen Klassengesellschaften und der Entfremdung charakter (eines Teils) der Arbeit. Heyden beschreibt diese Arbeitsbedi gungen als solche, »in denen der arbeitende Mensch von den Produktion mitteln durch Eigentumsschranken getrennt ist, er also nur mit Erlaubn der Besitzenden arbeiten [...] kann, die Arbeit entfremdeten Charakt annimmt«[5]. Seine Schlußfolgerung, daß diese Form allerdings »historis vergänglich«[6] sei, ist aus heutiger Sicht – wenigstens den entfremdet Charakter der *Individualarbeit* betreffend – wohl zu relativiere

---

3 Horst Kreschnak: Sachsen und der Übergang vom Industrie- zum Informationskapit lismus. Dresden 1995. S. 7 (Analyse & Vision. Schriftenreihe der PDS-Fraktion i Sächsischen Landtag 4/1995).

4 Philosophisches Wörterbuch. Hrsg. von Georg Klaus und Manfred Buhr. 10., neubear und erw. Aufl. Leipzig 1974. S. 112.

5 Ebenda.

6 Ebenda.

Schließlich ist die Einordnung des Arbeitsvermögens des Individualarbeiters in einen umfassenderen Gesamtplan und die damit verbundene Fremdbestimmung eine Entäußerung des Konflikts zwischen dem Gesamtarbeiter und dem Individualarbeiter, der *jede* Arbeitsgesellschaft begleitet. Im Fall des Privateigentums geschieht dies als einfache Unterordnung unter einen fremden Willen, als Verkauf der eigenen Arbeitskraft an jemanden, der mit dieser auf Grund seiner gesellschaftlichen Stellung mehr anfangen kann. Aber auch eine nicht auf Privateigentum beruhende Gesellschaft benötigt Mechanismen für die Organisation koordinierten und arbeitsteiligen Zusammengehens im gesamtgesellschaftlichen Arbeitsprozeß und wird dabei um Formen fremdbestimmter Arbeit nicht herumkommen.

Mehr noch, die hohe Komplexität des heutigen und noch mehr des morgigen Arbeitsprozesses macht an vielen Stellen ein Zusammenwirken nach einem einheitlichen »Plan« dringender denn je erforderlich. Zweifellos sind dabei subtilere Abhängigkeitsverhältnisse als die rohe Kommandogewalt einer hierarchisch strukturierten Produktionsorganisation möglich und notwendig. Sicher werden solch neuartige, kreative Spielräume öffnende Abhängigkeitsverhältnisse den Charakter der Arbeit und auch deren Organisationsformen grundlegend verändern. Die damit verbundene *Unterordnung des Individualarbeiters unter den Gesamtarbeiter*, die soziale Determiniertheit der Inhalte von Individualarbeit – der Kern der Entfremdung der Arbeit – besteht aber fort. Selbst sehr erträgliche Arbeitsbedingungen mit einem hohen Grad an individuellen Entscheidungsspielräumen, wie sie als Folge des Übergangs zur Informationsgesellschaft prognostiziert werden[7], können diese Fremdbestimmung nur mystifizieren, aber nicht beseitigen.

Eine zentrale Rolle bei der Transformation gesamtgesellschaftlicher Erfordernisse in Individualarbeit spielt das Werte- und Bewertungssystem der jeweiligen Gesellschaft. Die im Kapitalismus dafür angelegte Stafette Gesamtarbeiter – Eigentümer – Individualarbeiter mit ihren Komponenten »Markt« und »privatkapitalistische Aneignung« hat entscheidende Defizite besonders in ihrem ersten Teil, in dem marktwirtschaftliche Mechanismen den Transmissionsriemen spielen sollen. Der Grund hierfür liegt in der

7 Siehe Horst Kreschnak: Sachsen und der Übergang vom Industrie- zum Informationskapitalismus. Dresden 1995. S. 20ff. (Analyse & Vision. Schriftenreihe der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag 4/1995).

herausgehobenen Stellung des Eigentümers, wodurch es außerordentlich schwierig wird, ihm gegenüber Fremdbestimmung durchzusetzen und damit andere als unmittelbar marktwirtschaftsadäquate räumlich-zeitliche Horizonte transparent werden zu lassen. Andererseits sind diese marktwirtschaftlichen Mechanismen, die sich im Laufe der Jahrhunderte »so ergeben« haben, gerade die vom *Gesamtarbeiter selbst installierten* Strukturen, die dem Eigentümer gegenüber Fremdbestimmung durchsetzen sollen. Diese Strukturen in neue, den gewachsenen räumlich-zeitlichen Dimensionen des Reproduktionsprozesses entsprechende *zivilgesellschaftliche* Strukturen *einzubetten*, ist die aktuelle Aufgabe, die der Gesamtarbeiter zu lösen hat, um die neue Dimension von Fremdbestimmung, die die *gesamtgesellschaftliche* Beherrschung des neuen Produktivkraftniveaus erfordert, zu vermitteln.

So wie sich marktwirtschaftliche Mechanismen auf die Regulierung eines Verhältnisses sehr bestimmter räumlich-zeitlicher Dimension beschränken und damit die Illusion der Freiheit des Eigentümers lassen werden sich diese notwendigen neuen Steuerungsinstrumente ebenfalls nur auf eine sehr indirekte Einflußnahme, ein Setzen (und Durchsetzen) von Rahmenbedingungen, beschränken. Die so weiter zu verlängernde Kette von Transmissionen entspricht der wachsenden Vielschichtigkeit des Gesamtarbeitsprozesses wesentlich besser als der Versuch der Abkürzung dieser Kette auf die Transmission »Gesamtarbeiter (= Volks-Eigentümer) – Individualarbeiter« in der »realsozialistischen Lösung«. Dasselbe gilt für *jede* etatistisch-kapitalistische Lösung, insbesondere für Lösungsauswege aus der ökologischen Krise, die den Weg in Richtung einer Ökodiktatur suchen.

3. Arbeit und Wissen

Die reflektierende Komponente bildet ein wichtiges Glied in der Kausalkette des Arbeitsprozesses. Bei der Betrachtung der Reproduktion dieser Komponente ist zwischen der für eine qualifizierte Zwecksetzung notwendigen Reproduktion von Individualerfahrung – der *Kompetenz des Individualarbeiters* – und der durch Sozialisation gebrochenen Summe heutiger und vergangener Individualerfahrungen – der *Kompetenz des Gesamtarbeiters* – zu unterscheiden. Beide sind natürlich eng miteinander verzahnt, da die individuell gebrochene Erfahrung des Gemeinwesens auch ein wesentlicher Bestandteil der Kompetenz des Individualarbeiters ist. Wir haben es dabei mit einem ähnlichen Wechselspiel von Sozialisation und

individueller Aneignung zu tun, wie wir es von der materiellen Produktion her kennen. Um die Unterschiede zu letzterer herauszuarbeiten, soll die sich durch Sozialisierung individueller Reflexionsleistungen reproduzierende gesellschaftliche Struktur, deren Bedeutung mit dem Einsatz von Werkzeugen zur Potenzierung der menschlichen Geisteskraft weiter zunehmen wird, im weiteren als *Informationsraum* bezeichnet werden.

Bis in die jüngste Vergangenheit hinein erfolgte die Reproduktion der Strukturen des Informationsraumes vor allem über Einzelpersonen und deren Interaktion in außerökonomischen Strukturen unter den Fittichen der jeweils herrschenden Klasse und dem Einsatz eines Teils des von ihr angeeigneten Mehrprodukts. Eine Kontrolle des Einsatzes dieser Mittel war dabei nur bedingt möglich, weil die Spezifik der betrachteten Sphäre eine *Zweckbestimmung*, eine ideelle Vorwegnahme des Arbeitsergebnisses, wie sie für den materiellen Produktionsprozeß charakteristisch ist, nur sehr beschränkt erlaubt. Entsprechend erfolgt die Ressourcenverteilung im Gegensatz zur aktorisch-produktiven Arbeitsleistung nicht über das Maß der (konkreten) Individualarbeit, sondern über das sich vor allem in gesellschaftlicher Reputation der »gelehrten Personen« ausdrückende Maß des Arbeits*vermögens*. Dies ist nur zu verständlich, hat doch eine aktuelle Reflexionsleistung die Subsumierung vergangener Reflexionsleistungen zur Voraussetzung, wozu nur ein enger dafür präpositionierter und präparierter Personenkreis überhaupt in der Lage war. Mit dieser Form der *Bezahlung nach Kompetenz* statt nach (mit einem Zeitmaß gemessener) Arbeits*leistung* wurde für diesen Personenkreis zugleich in gewissem Umfang die Reproduktion individueller Reflexionsfähigkeit als gesellschaftlich relevante Arbeit anerkannt. Dies stand ganz im Gegensatz zur großen Masse der körperlich arbeitenden Individuen, für die eine solche Vorbereitung auf die Individualarbeit nicht notwendig war bzw. einen derart geringen Umfang hatte, daß sie in den Reproduktionsprozeß der Großfamilie ausgelagert werden konnte.

Der qualitative Unterschied in der Bewertung von körperlicher und geistiger Arbeit setzt sich in modifizierter Form bis heute fort: Den in entsprechenden, zu großen Teilen staatlichen Institutionen zusammengefaßten Geistesarbeitern wird über ihr Gehalt und die Festlegung ihrer Arbeitsaufgaben die Reproduktion auch ihres Reflexionsvermögens alimentiert[8], während dies für den Muskelarbeiter, sofern es ihn in Rein-

8 Wobei selbst das dabei angewandte Tarif- bzw. Besoldungsrecht sich an dem unterstellten Arbeits*vermögen* und nicht der Arbeitsleistung orientiert.

kultur überhaupt noch gibt, ein selbst steuerlich nur beschränkt abziehba res Privatvergnügen darstellt. Zwei Veränderungen gibt es dennoch. Die ist zum einen die Herausnahme von Teilen der Reproduktion des Re flexionsvermögens des Muskelarbeiters aus dem familiären Reproduktı onsprozeß durch inzwischen generell staatlich alimentierte Grund- un partiell staatlich alimentierte Berufsbildung, die den immer komplexere Bedingungen der modernen Produktion geschuldet ist. Zum anderen har delt es sich um die deutliche Tendenz, die oben beschriebene indirekt Alimentierung der Wissens- und Wissensträgerreproduktion zunehmen aus marktwirtschaftlichen Zusammenhängen herauszuhalten und dei Gemeinwesen zu übertragen.[9]

Die bisherige Entwicklung des Gesamtarbeiters hin zur Beherrschun immer komplexerer Zusammenhänge ist dadurch gekennzeichnet, daß ei steigender Anteil desselben mit Reflexionsleistungen beschäftigt ist, wob eine ständige Verschiebung der relativen Gewichtung zwischen aktorisch produktiven und reflektorischen Leistungen zugunsten letzterer zu ve zeichnen ist. Es ergibt sich die Frage, ob der hier thematisierte Produktiv kraftschub sogar dazu führt, daß erstmals im Laufe der Entwicklung d menschlichen Gesellschaft die reflektorische Komponente des gesam gesellschaftlichen Arbeitsprozesses über die aktorisch-produktive dom niert. Dies würde implizieren, daß der Mensch *in entscheidenden Teile* neben den eigentlichen Prozeß der unmittelbaren materiellen Repr duktion seiner eigenen Lebensgrundlagen, den *Produktionsprozeß i engeren Sinne*, tritt und sich der Schwerpunkt seiner Arbeitstätigkeit a eine (zudem immer mittelbarere) reflektierende Begleitung und Steuerun desselben verschiebt. Dabei kann es sich allerdings nicht um die *Her schaft* der einen über die andere Komponente des Gesamtarbeiter handeln, da nur in deren Zusammenspiel die zu erbringende Reprodul tionsleistung möglich wird. Aber selbst eine Verschiebung der Gewicht des Zentrums des Gesamtarbeiters, in dessen reflektorische Komponen zwingt die Gesellschaft, über die Effektivität von Ressourcenallokation i diesem Bereich zu befinden, statt ihn wie bisher einfach zu alimentieren.

9 Besonders eindrucksvoll wird dies durch den fast vollständigen Zusammenbruch d ostdeutschen Industrieforschung demonstriert.

Die Bewertung von Reflexionsleistungen und Informationen allgemein erweist sich allerdings als schwieriges Problem, da ihr Nutzen im Gegensatz zum Produktionsprozeß im engeren Sinne auch gesamtgesellschaftlich nicht a priori bekannt ist. Für den kapitalistischen Produktionsprozeß hat Karl Marx den werttransportierenden Mechanismus in den von ihm betrachteten Dimensionen sehr detailliert und schlüssig herauspräpariert. Für das an dieser Stelle vor allem wichtige Verhältnis von lebendiger und vergegenständlichter Arbeit wird ein rekursives Bewertungsverfahren beschrieben: Der in einer früheren Bewertung gefundene Wert der vergegen- ständlichten Arbeit wird durch den aktuellen Produktionsprozeß ganz (Arbeitsgegenstand, capital circulant) bzw. teilweise (Arbeitsmittel, capital fixe) auf das Produkt übertragen, welches dann, einschließlich der zu seiner Herstellung aufgewendeten lebendigen Arbeit, einer neuen Bewertung auf dem Markt unterzogen wird. Wert in diesem Sinne mißt vor allem die gesellschaftlich notwendige Arbeits*zeit*. Als Optimierungsmaß führt diese Art der Bewertung zum Gesetz von der Ökonomie der Zeit.

Eine solche Bewertung hat zum einen Prozeßcharakter und ist damit an wohlbestimmte zeitliche Dimensionen gebunden. Für eine kapitalvermittelte Wertbestimmung wird diese ganz wesentlich durch die Zirkulationszeit von Kapital bestimmt, die, indirekt proportional in die Profitrate eingehend, mit der durchschnittlichen Zirkulationszeit einen Risikohorizont für Investitionen schafft, der nur durch fundierte Marktprognosen, also wiederum Reflexionsleistungen, aufgeweitet werden kann. Das Bestreben, jegliche menschliche Arbeitsleistung dem kapitalistischen Verwertungsprozeß zu unterwerfen, ist aus dieser Perspektive ebenso verständlich wie zum Scheitern verurteilt, sobald die zu bewertende Arbeitsleistung sich in anderen räumlich-zeitlichen Dimensionen bewegt.

Zum zweiten ist eine realistische Bewertung gesellschaftlich notwendiger Arbeit auf dem Markt nur in Anwesenheit einer genügenden Anzahl voneinander unabhängiger Anbieter möglich. Die mit der Monopolpreisbildung verbundene Möglichkeit der Eigenbewertung von Arbeit führt regelmäßig dazu, daß sich der Eigentümer über den Gesamtarbeiter stellt und dieser andere Mechanismen (zum Beispiel das Kartellrecht) einsetzen muß, um dem Eigentümer gegenüber seinen Bestimmungsanspruch durchzusetzen.

Und schließlich verlangt die marktwirtschaftliche Bewertung des geschaffenen Gebrauchswertes exklusive Verfügungsgewalt über das Produkt, um dessen Eingang als vergegenständlichter Wert in zukünftige

Bewertungsverfahren zu ermöglichen. Einen solchen Übergang von a
Eigentumsrechte gebundener Verfügungsgewalt kann man aber – wenig
stens in seiner klassischen Form – wohl nur für materielle Produkt
sichern. Dagegen kann es ein solches dingliches Eigentum an Wissen un
allgemeiner Information nicht geben. Wissen hat in diesem Verständn
höchstens als an einen materiellen Gegenstand gebundenes »nützliche
Wissen« die Chance bewertet zu werden und geht dann wie ein Arbeit
mittel in den Bewertungsprozeß ein. Genau wie das Maschinenprodukt m
jedem Exemplar ein Stück der (durchschnittlichen) Herstellungskosten d
Maschine selbst davonträgt, tritt hier Wissen als ein Stück *speziell*
Produktivkraft auf. Für eine solche Einbeziehung muß man aber sicher
daß anderen dieselben durchschnittlichen Kosten für dasselbe Wissen en
stehen: Man muß die Taube auf dem eigenen Dachboden gefangenhalte
statt sie in die freie Welt fliegen zu lassen, und damit den Charakter d
Wissens als *allgemeine* Produktivkraft, als gesamtgesellschaftliches Erei
nis, vergewaltigen. Immanente Voraussetzung für die Einbeziehung v
Wissen in eine marktwirtschaftliche Bewertung ist also die Kontrolle üb
dessen Weitergabe, sprich Duplikation, in den Händen des Erzeugers.
muß mit allen Mitteln verhindern, daß in Ansatz zu bringendes Wiss
Allgemeingut wird. Urheberrechte, Patente und Lizensierungsverfahr
sind die Folge, die Freizügigkeit von Wissen wesentlich einschränken u
insbesondere dessen kommunikative Komponente deformieren.

Marx hatte schon mit Blick auf die sich im Rahmen der (ersten) ind
striellen Revolution abzeichnenden Entwicklungen – wie die eingan
zitierte Textstelle verdeutlicht – die Bedeutung der strukturierenden Kra
die die »Macht der Agentien« für den Produktionsprozeß (im engere
Sinne) zähmt, hervorgehoben. Für die Bewertung der vergegenständlic
ten Reflexionsleistung läßt sich bei ihm aber kein Verfahren finden. D
von ihm selbst unmittelbar vorher betrachteten Mechanismen eines cap
tal fixe, die ja Arbeits*zeit*maß sind, scheinen ihm jedenfalls nicht ausz
reichen: »In dieser Umwandlung ist es weder die unmittelbare Arbeit, d
der Mensch selbst verrichtet, noch die Zeit, die er arbeitet, sondern d
Aneignung seiner eignen allgemeinen Produktivkraft, sein Verständnis d
Natur und die Beherrschung derselben durch sein Dasein als Gesel
schaftskörper – in einem Wort die Entwicklung des gesellschaftlichen I
dividuums, die als der große Grundpfeiler der Produktion und d
Reichtums erscheint.«[10]

10 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: MEW. Bd. 42. S. 601.

Als der entscheidende Grundpfeiler von Produktion (auch im weiteren Sinne) erscheint nunmehr das individuell gebrochen die reflexive Leistung des Gesamtarbeiters aufsaugende Arbeits*vermögen* des Individualarbeiters – allerdings eben nicht nur einer besonderen Spezies von Individualarbeitern, den »gelehrten Personen«, sondern im Unterschied zur Vergangenheit generell. Diese Aufwertung der reflektorischen Komponente des Gesamtarbeiters zu dessen *dominierender* Komponente erfordert auch eine Neudefinition von Bewertungsverfahren, die in der Lage sind, die bei Marx offen gebliebene Frage zu beantworten und ein Maß für die Effektivität reflektorischer Leistung bereitzustellen, um darauf aufbauend auch in diesem Bereich den Ressourceneinsatz zu optimieren. Dabei wird sicher ebenfalls das Gesetz der Ökonomie der Zeit durch ein allgemeineres zu ersetzen sein, das einen effektiv organisierten Reproduktionsprozeß im engeren Sinne in die Effektivierung des Produktionsprozesses im weiteren Sinne einzubetten vermag. Offen bleibt bisher, *wie* dieses neue, übergreifende Wirkprinzip denn nun aussehen soll.

Dies alles ist keineswegs die Vision einer kommunistischen Gesellschaft, sondern die Beschreibung, wie in einem gewissen Stadium der industriellen Revolution der bestimmende Teil des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses den räumlich-zeitlichen Rahmen des Produktionsprozesses im engeren Sinne sprengt. Gleichwohl gibt es viele Parallelen besonders zu den Vorstellungen über den Charakter der Arbeit. So formuliert Heyden: »Im Sozialismus und Kommunismus ist die Arbeit unmittelbar gesellschaftlich und nimmt in zunehmendem Maße wissenschaftlichen Charakter an, d. h., sie wandelt sich grundlegend, sie wird zur freien Arbeit freier Produzenten.«[11] Marx zitierend setzt er fort: »Die Arbeit der materiellen Produktion kann diesen Charakter nur erhalten dadurch, daß 1. ihr gesellschaftlicher Charakter gesetzt ist, 2. daß sie wissenschaftlichen Charakters, zugleich allgemeine Arbeit ist, nicht Anstrengung des Menschen als bestimmte dressierte Naturkraft, sondern als Subjekt, das in dem Produktionsprozeß nicht in bloß natürlicher, naturwüchsiger Form, sondern als alle Naturkräfte regelnde Tätigkeit erscheint.«[12]

---

11 Philosophisches Wörterbuch. Hrsg. von Georg Klaus und Manfred Buhr. 10., neubearb. und erw. Aufl. Leipzig 1974. S. 113.

12 Ebenda.

Die Frage der Vergesellschaftung der Produktion einmal außer acht gelassen[13], stimmt dieses Bild so genau mit den von uns mit Blick auf die Potenzierung menschlicher Geisteskraft primär aus dem Studium der Produktivkraftentwicklung gezogenen Schlußfolgerungen überein, daß sich sofort die Frage erhebt, ob nicht die im gesamtgesellschaftlichen Rahmen strukturelle Bewältigung dieses Produktivkraftschubs der eigentliche Kern einer sozialistischen Vision sein muß. Dies zeigt, daß die prognostizierten *Inhalte* dieser Vision durchaus ihre Berechtigung haben, während die daraus abgeleiteten *Formen* wohl gründlich zu überdenken sind.

Robert Kurz wird hier noch deutlicher: »Die Menschheit ist damit konfrontiert, daß sie durch die selbstgeschaffenen Produktivkräfte hinter ihrem Rücken auf der inhaltlich-stofflichen und ›technischen‹ Ebene *kommunistisch* vergesellschaftet wurde. Dieser objektive Zustand ist mit den konträren Subjektformen an der gesellschaftlichen Oberfläche unvereinbar. Der vermeintlich gescheiterte Kommunismus, mit dem die Zusammenbruchsgesellschaften nachholender Modernisierung verwechselt wurden, ist weder Utopie noch ein fernes, nie zu erreichendes Ziel weit jenseits der Realität, sondern *er ist schon da*, er ist das Allernächstliegende in der Wirklichkeit selbst, freilich in *verkehrter negativer Form* innerhalb der kapitalistischen Hülle des warenproduzierenden Weltsystems: nämlich als *verkehrter Kommunismus* der Sachen, als globale Vernetzung des Inhalts der menschlichen Reproduktion; gesteuert jedoch durch die blinde und tautologische Selbstbewegungsstruktur des Geldes, die keinerlei sinnlicher Bedürfnislogik folgen kann«[14].

4. Die zweite industrielle Revolution

Betrachten wir abschließend, wie sich diese Entwicklungen im Rahmen des gegenwärtig ablaufenden technologischen Umbruchs, der zweiten industriellen Revolution,[15] bemerkbar machen. Wesentliches Kennzeichen

---

13 Es ist allerdings fraglich, ob »gesellschaftlicher Charakter« von Arbeit automatisch Vergesellschaftung der Produktionsmittel im klassischen Sinne bedeutet oder nicht vielmehr nur auf den räumlich-zeitlichen Rahmen abzielt, in dem sich dabei Produktion als *Prozeß* abspielt.

14 Robert Kurz: Der Kollaps der Modernisierung. Leipzig 1994. S. 289.

15 Im Rahmen der Diskussion um die Informationsgesellschaft ist dies allerdings bereits die »dritte Welle«, denn sie wird in eine Reihe gestellt mit der landwirtschaftlichen

dieses Umbruchs ist die Mikroelektronik und die Miniaturisierung technischer Artefakte, wodurch es nicht nur möglich wird, Informationen auf eine vollkommen neue Art und Weise zu erschließen, festzuhalten und zu verarbeiten, sondern vor allem menschliche Reflexionsleistungen einer neuen räumlich-zeitlichen Dimension in Theorien, Produkten, Strukturen usw. zu vergegenständlichen und damit für den Alltag zur Verfügung zu stellen. Sinn dieser Vergegenständlichung von Reflexionsleistungen ist es, die aus der detaillierten Analyse in der Vergangenheit gewonnenen Erkenntnisse in komprimierter Form in den Informationsraum einzubringen und damit gesamtgesellschaftlich verfügbar zu machen, das heißt *jedermann*, auch dem, der gar nicht in der Lage ist, diese Analyse selbst vorzunehmen, zu erschließen. Allerdings muß der Nutzer wenigstens die Spezifikation des zu nutzenden Produkts begreifen (können). Er muß nicht nur wissen, wozu man das Produkt verwenden kann, sondern auch, wie dies zu geschehen hat. Erst vor diesem ebenfalls wachsenden gesamtgesellschaftlichen kommunikativen Hintergrund ist ein technologischer Durchbruch in eine neue Dimension möglich.

Kreschnak sieht in diesem Zusammenhang die Möglichkeiten zu optimistisch, wenn er schreibt: »Heute lassen sich Erkenntnisse und Mittel der modernen Logik und Mathematik so zum Modellieren von Entscheidungsprozessen und zur Entscheidungsvorbereitung mit Hilfe leistungsfähiger Computer nutzen, daß Menschen mit normaler Bildung und ohne sonderliche Spezialkenntnisse immer besser solche Mechanismen überblicken können«[16]. Er erliegt hier dem gefährlichen Trugschluß, den *gestrigen* Reflexionsbedarf mit der Elle *morgiger* Technik zu messen. Gerade die Diskussion zur Technologiefolgenabschätzung streicht den ungeheuer gewachsenen Kompetenzbedarf auch außerhalb enger Fach-

---

Revolution, da der Übergang zu Ackerbau und Viehzucht ebenfalls einen ungeheuren Produktivitätszuwachs mit sich gebracht hatte. Es gibt begründete Anzeichen, daß im Hinblick auf die Tiefe des Einschnitts in gesellschaftliche Strukturen die zweite industrielle Revolution in der Tat eher mit dieser als mit der ersten industriellen Revolution auf eine Stufe zu stellen ist. (Siehe Carl Davidson/Ivan Handler/Jerry Harris: Verheißung und Gefahr der Dritten Welle: Sozialismus und Demokratie im 21. Jahrhundert. Dresden 1995 (Analyse & Vision. Schriftenreihe der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag 1/1995).

16 Horst Kreschnak: Sachsen und der Übergang vom Industrie- zum Informationskapitalismus. Dresden 1995. S. 19 (Analyse & Vision. Schriftenreihe der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag 4/1995).

kreise heraus, um qualifiziert Entscheidungen entsprechend ihrer Tragweite fällen zu können. Dieser Kompetenzbedarf ist mittlerweile so groß daß zunehmend einzelne Menschen gar nicht mehr in der Lage sind diesen aufzubringen, und damit Sachentscheidungen entsprechenden Entscheidungs*strukturen* übertragen müssen. Der mit der ersten industriellen Revolution bereits sprunghaft gewachsene Allgemeinbildungsbedarf erfährt damit eine neue Dimension, auf die noch keine adäquate strukturelle Reaktion in Sicht ist.

Schließlich ändert sich auch das Berufsbild selbst klassischer »einfacher« Berufe grundlegend. Die Einbeziehung des aktorisch-produktiv tätigen »Normalarbeiters« in den modernen Produktionsprozeß hat heute die Aneignung vergangener Reflexionsleistungen in einem solchen Maß zur Voraussetzung, daß sich die Grenzen zwischen körperlicher und geistiger Arbeit zunehmend verwischen. Daß dieser neue, viel intensiver in einen stark enthierarchisierten Arbeitsprozeß einbezogene Arbeiter damit aufhört, »Agent im Produktionsprozeß zu sein«, statt dessen »neben diesen Prozeß tritt« und damit »Kopf und Hände frei«[17] bekommt, ist allerdings nur für den Produktionsprozeß im engeren Sinne zutreffend. Zugleich besteht ein zunehmender Druck auf den Arbeiter, zur Reproduktion seiner »Vernutzungsqualität« den freien Kopf mit Wissen vollzustopfen und sich so die reflektorische Leistung des Gesamtarbeiters stets von neuem anzueignen.

Da dies individuell sehr unterschiedlich geschieht, entsteht eine Vielzahl unterschiedlicher individueller Kompetenzen, die zu einer enorm wachsenden Individualisierung und Spezialisierung führt und die kommunikative Aspekte der Gesellschaft weit mehr als bisher in den Vordergrund rückt. Die steigende Unvergleichbarkeit der Individualarbeiter entzieht zugleich einer objektiven marktwirtschaftlichen Bewertung von Aufwand-Nutzen-Verhältnissen zunehmend die Grundlage.

Der massive Einsatz neuer vergegenständlichter Reflexionsleistungen führt zugleich zu einer sprunghaften Effektivierung des Reproduktionsprozesses in seinen bisherigen Dimensionen. Dies bezieht sich sowohl auf den Prozeß der materiellen Produktion selbst als auch auf seine Organisationsformen, wo mit »lean production«, »outsourcing« und »just in time« ver

17 Horst Kreschnak: Sachsen und der Übergang vom Industrie- zum Informationskapitalismus. Dresden 1995. S. 7 (Analyse & Vision. Schriftenreihe der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag 4/1995).

sucht wird, materielle durch organisatorische Reserven zu ersetzen und zu externalisieren. Dieser Entwicklung liegt das von Marx beschriebene tendenzielle Sinken der Profitrate zu Grunde. Und darin ist auch die Hauptursache für die steigende Massenarbeitslosigkeit zu sehen: Der mit der fordistischen Massenproduktion versuchte Ausgleich der tendenziell sinkenden Profitrate durch ein steigendes Produktionsvolumen hat ein Sättigungsniveau erreicht, das zu überschreiten sowohl aus ökologischer als auch innerkapitalistischer Räson nicht möglich sein wird.

Wir sind damit in der Tat am Ende der klassischen, marktwirtschaftlich regelbare räumlich-zeitliche Zusammenhänge erfassenden Arbeitsgesellschaft angekommen. Aber weder im Sinne ihrer Apologeten noch ihrer Fundamentalkritiker. Gegenstand der umfassenderen Reflexionsprozesse, auf deren Bewältigung ein bedeutender Teil der gesellschaftlichen Ressourcen konzentriert werden muß, sind unter anderem auch Fragen der weiteren Effektivierung des marktwirtschaftlich strukturierten Teils des materiellen Reproduktionsprozesses, der damit nicht abzuschaffen, sondern in umfassendere, *zivilgesellschaftliche* Strukturen einzubetten ist.

Robert Kurz beendet seine Analyse[18] mit der Prognose des unmittelbaren Zusammenbruchs der warenproduzierenden Gesellschaft auch in den Metropolen der ersten Welt. Es erhebt sich aber die Frage, ob nach dem (unter privatkapitalistischen Verhältnissen) endgültigen Scheitern der nachholenden Modernisierung in der Zweiten und Dritten Welt nicht die *Weiterentwicklung* menschlicher Sozialisationsstrukturen auf der Basis des in den führenden Industrienationen erreichten Produktivkraftniveaus als Initialzündung auch für den Rest der Welt als nunmehr *einzig denkbare Grundlage* für eine Bewältigung dieses sich mittlerweile zur Megakrise entwickelnden Umbruchs bleibt. Einer Bewältigung nicht primär als Zerbrechen der warenproduzierenden Grundlagen dieser Gesellschaft wie bei Robert Kurz, sondern eher in Form des Schmetterlings, der seinen eigenen Kokon *sprengt*, damit alles vorherige *positiv* aufhebend. Eine solche Lösung würde jedenfalls der Logik *unserer* Ausführungen mehr entsprechen.

Wenn es denn wirklich so sein sollte, daß dies die einzige und letzte Chance ist, aus der Megakrise der menschlichen Vergesellschaftung herauszukommen, dann hat die Linke des Westens hier eine spezifische Aufgabe zu erfüllen, die weit über die aktuell dominierenden Kämpfe zur Besitzstandswahrung hinausreicht.

---

18 Siehe Robert Kurz: Der Kollaps der Modernisierung. Leipzig 1994.

JÜRGEN LEIBIGER

Industrie- oder Informationskapitalismus? Beobachtungen zum Wandel der Wirtschafts- und Sozialstrukturen in der Gegenwart

Das Begriffs-Sammelsurium zur Kennzeichnung der heutigen Gesellschaft ist vielfältig: Dienstleistungsgesellschaft, postindustrielle Gesellschaft, Postmoderne, Informationsgesellschaft. Da wird über die Zivilgesellschaft philosophiert, vom Ende der Arbeitsgesellschaft gesprochen, und auch dieses Kolloquium wählt einen solchen Begriff zum Ausgangspunkt: nun also Informationskapitalismus. Es wäre schon eine lohnende Aufgabe, Ordnung in diese Welt zu bringen, und ich wünschte mir, die Verständigung über die Unterschiede in Inhalt, Bezugspunkt und Leistungsfähigkeit dieser Begriffe geriete uns nicht aus dem Blickfeld. Bedingung dafür ist unter anderem die zunächst empirische Beantwortung der Frage, ob der Wandel in der Wirtschafts- und Sozialstruktur der Gesellschaft Grund genug für die gänzlich neue Charakterisierung der heutigen Produktionsweise als *Informationskapitalismus* ist.

1. Industrie und Information

Bevor auf die wichtigsten Strukturveränderungen in der Gegenwart eingegangen werden soll, sind einige Bemerkungen zur Rolle der Information in der Produktion angebracht. Häufig liest es sich, als sei Information an sich das neue Kennzeichen von Produktion und Gesellschaft. Aber jede Produktion ist immer auch Erzeugung, Verarbeitung, Speicherung und Übertragung von *Information* (Information = Zeichenfolge, über welche die Wechselbeziehungen zwischen Systemen und Elementen der objektiven Realität realisiert werden). In der Industriellen Revolution ermöglicht die Werkzeugmaschine die Lösung der Produktion aus den Grenzen des manuellen Geschicks des Arbeiters und seiner energetischen Potenzen. Das heißt, die Werkzeugmaschine ist natürlich auch eine »Informations-Maschine«,

die Verarbeitung, Speicherung und Produktion von Informationen auf vorwiegend mechanischem Wege bewerkstelligt. Ihre Grenzen offenbarte diese Maschinerie erstmals beim Übergang zur Massenproduktion in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Bislang mechanische Prozesse wurden nun auf elektrotechnischem Weg realisiert, Tempo und Umfang der Informationsprozesse konnten so gesteigert werden. Im zwanzigsten Jahrhundert stieß jedoch im Zuge des beträchtlichen Wirtschaftswachstums auch diese Technik an die Grenze ihres Entwicklungspotentials. Erstens waren Tempo und Kapazität der Informationsverarbeitung in der herkömmlichen Maschinerie nicht weiter steigerbar, und zweitens wurde die Kopplung zum langsamen Menschen und dessen eigener informationsverarbeitender Kapazität problematisch.

Die Lösung bieten elektronische Informationsprozesse, die Übertragung der informationellen Prozesse an Automaten und Spezialmaschinen, das heißt, die *Industrialisierung* dieser Prozesse. Das Prinzip dieser Lösung ist seit mehreren Jahrzehnten als Automatisierung bekannt; die eigentliche stoffliche Basis, welche ihre massenhafte Verbreitung ermöglichte, erhielt sie jedoch erst mit dem Mikrochip. Die von der lebendigen Arbeit vollzogenen Informationsprozesse werden in hohem Maße vergegenständlicht und außerhalb von ihr vollzogen. Der Bedeutungswandel und die Vergegenständlichung der Informationsprozesse haben tiefgreifende Auswirkungen auf die gesamte Produktions- und Konsumtionsweise der Gesellschaft. Die industrialisierten Informationsprozesse werden außerhalb der lebendigen Arbeit kontrollierbar und beherrschbar. Die Möglichkeit der Entfremdung der Arbeit, der reellen Subsumtion der lebendigen unter die vergegenständlichte Arbeit, wird potenziert. Weite Bereiche der Konsumtions- und Freizeitwelt der Menschen werden in neuer Weise fremd beherrschbar gemacht.

Als Indikatoren für den Bedeutungszuwachs der vergegenständlichten Informationsprozesse mögen Produktion und Verbreitung solcher Ausrüstungen zur maschinellen Informationsverarbeitung wie PC, FAX, ISDN usw. und ihr technologisches Kernstück, die Halbleiterproduktion, dienen. Der Halbleiterweltmarkt wächst jährlich um etwa 15 % und wird sich in zehn Jahren von 1989 bis 1999 von 49 Mrd. $ auf 195 Mrd. $ vervierfachen.[1] Der Anteil der sogenannten Informationsberufe steigt in Deutschland von 40 % in 1980 auf 55 % im Jahr 2000. Der Weltmarkt der Informationsbranche

1 Siehe Halbleiterweltmarkt. In: »Handelsblatt« vom 25. Oktober 1995. S. 11.

(Informationstechnik, Kommunikation, Medien) wird sich von gegenwärtig 3 000 Mrd. $ bis zur Jahrtausendwende verdoppelt haben. Die Zahl der Medien, Infokanäle und Datenbanken wächst, von den Konjunktureinbrüchen der letzten Jahre völlig unbeeindruckt, mit jährlich etwa 8 % deutlich rascher als die übrige Wirtschaft.

Eine Entgegenstellung von Industrie und Information verbietet sich. Die von der automatisierten Informationsverarbeitung bewirkten Veränderungen sind Industrialisierungsprozesse und betreffen die Industrie und andere Bereiche der Produktion, verbunden mit weitreichenden Auswirkungen in der gesamten Gesellschaft:

— Inhalt und Charakter der Arbeit und der Arbeitsbeziehungen sowie in der Beziehung von Produktion/Arbeit und Konsumtion erfahren gravierende Veränderungen.
— Die Produktivität der Arbeit wird potenziert; es wächst die *disposable time* mit entsprechenden Wirkungen auf die Strukturen der Wirtschaft.
— Ökonomische und gesellschaftliche Macht verbindet sich heute nicht mehr allein mit dem Eigentum an vergegenständlichter Arbeit in Gestalt von Werkzeugmaschinen oder der Verfügung über Geldkapital, sondern eben immer stärker auch mit der Verfügung über Informationsmassive und Kapazitäten zu ihrer Verarbeitung, Speicherung und Übertragung. Eine neue Entfremdungs- und Enteignungswelle greift Raum.

2. *Strukturveränderungen in der Wirtschaft der Bundesrepublik*

Die mit diesen und anderen Prozessen verbundenen Strukturveränderungen in der Wirtschaft vollziehen sich auf den verschiedensten Ebenen: zwischen den Branchen und Regionen sowie innerhalb der Branchen. Häufig sind die verfügbaren statistisch-empirischen Daten, Verfahren und Abgrenzungen zur Messung dieser Veränderungen noch nicht vorhanden.

Eine der auffälligsten Entwicklungen, gut belegt und mit der Informatisierung der Gesellschaft eng verbunden, ist das *rasche Wachstum der Dienstleistungen*. Dieses Wachstum führt ja zu dem Begriff der Dienstleistungsgesellschaft und auch dazu, daß vom Ende der Arbeitsgesellschaft gesprochen wird.

In der Tat ist die Bedeutung des tertiären Sektors, das heißt, des Sektors außerhalb von Forstwirtschaft, Landwirtschaft und Fischerei (primär) und dem warenproduzierenden Gewerbe (sekundär) rapid gewachsen: In den OECD-Ländern hat sich seit 1971 der Anteil des produzierenden Gewerbes

von 37 % auf 29 % vermindert, der der Dienstleistungen im weitesten Sinne von 49 % auf 63 % erhöht.[2] Dienstleistungen sind der einzige Bereich, der auch während der krisenhaften Produktionsrückgänge in den vergangenen Jahren weiter gewachsen ist. Auch für Deutschland, traditionell ein hervorgehobener Industriestandort, ist die in Tabelle 1 dargestellte Entwicklung beeindruckend.[3]

Der Aufstieg des tertiären Sektors vollzog sich in den vergangenen einhundert Jahren zwar weitgehend kontinuierlich, aber in den sechziger Jahren war doch ein Wendepunkt erreicht: Der Anteil des warenproduzierenden Gewerbes in Produktion und Beschäftigung begann zu sinken und wurde vom Dienstleistungsbereich übertroffen. Während die Produktion des warenproduzierenden Gewerbes weiter wächst, sinkt in diesem Bereich inzwischen auch die absolute Zahl der Erwerbstätigen. Um die Ursachen dieser Entwicklung genauer bestimmen zu können, sollen die Dienstleistungsbereiche in Tabelle 2 im einzelnen betrachtet werden.[4]

Basis dieser Entwicklung ist die enorme Steigerung der *Produktivität im produzierenden Bereich*. Sie bewirkte die Ausdehnung der disposablen time in drei Formen: Entstehung neuer Zweige der gesellschaftlichen Produktion, Ausweitung der Zeit für Produktionsvorbereitung im weitesten Sinne sowie Arbeitszeitverkürzungen (teils in Form von Arbeitszeitverkürzung, teils als Arbeitslosigkeit). Der Produktions- und Produktivitätsschub in diesem Bereich ging mit den folgenden vier Entwicklungen einher:

Erstens: Der Wandel im produzierenden Gewerbe selbst bedingt die Ausweitung tertiärer Funktionen. Die enorm gewachsenen Dimensionen der Produktion (auch territorial) und die neuen Technologien erfordern Anwendungsarten, die gemeinhin zum tertiären Bereich gezählt werden: Forschung und Entwicklung, Beratungstätigkeit, Werbung, Handelsvermittlung usw. Diese Tätigkeitsbereiche werden teilweise innerhalb der Unternehmen realisiert, treten also insofern in der obigen Statistik überhaupt nicht in Erscheinung. Industriebereiche mit hohem Dienstleistungsanteil sind deshalb auch weit weniger vom Beschäftigungsabbau betroffen als »reine« Industrieunternehmen. Zunehmend wird jedoch auch hier outsourcing betrieben, da

---

2 Siehe Institut der deutschen Wirtschaft: International Economic Indicators 1994. Tabelle 42.

3 Siehe Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 1994. Bonn 1994. S. 83.

4 Siehe Institut der deutschen Wirtschaft: Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland 1994. Köln 1994. Tabelle 21.

Wirtschaftsbereich	Anteil der Erwerbstätigen in %				
	Deutsches Reich		Bundesrepublik (alt)		Neue Bundesländer
	1882	1925	1950	1993	1993
Primärer Sektor	43,4	30,5	22,1	3,3	4,2
Sekundärer Sektor	33,7	41,4	44,7	39,1	37,6
Tertiärer Sektor	22,8	28,1	33,2	57,6	58,2

Tabelle 1: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen im historischen Vergleich

Bereich	Anteil der Erwerbstätigen in %	
	1960	1992
Handel und Verkehr	18,3	19,3
Kreditinstitute, Versicherungen	1,5	3,2
Dienstleistungen von Unternehmen, freie Berufe	7,6	16,7
Staat	8,1	14,7
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	2,9	4,7

Tabelle 2: Entwicklung der Bereiche des tertiären Sektors in West-Deutschland

heißt, diese Funktionen werden darauf spezialisierten Unternehmen, teilweise auch dem Staat, übertragen. In den verschiedenen Zweigen des produzierenden Gewerbes stammen inzwischen 14 % bis 46 % aller Vorleistungen aus dem Bereich der Dienstleistungen. Seit 1976 wuchs die Erwerbstätigenzahl der sogenannten wirtschaftsbezogenen Dienstleistungen um über 1,1 Millionen.[5]

Zweitens: Seit den sechziger Jahren zeichnen sich in den hochindustrialisierten Ländern Sättigungstendenzen bei der Nachfrage nach be-

5 Siehe Neues Leitbild. In: Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft. Köln (1995)37. S. 4.

stimmten materiellen Gütern ab. Die Folge dieser Entwicklungen zeigt sich unter anderem im wachsenden Stellenwert materieller und nichtmaterieller Freizeitgüter (Medien, Kultur, Tourismus usw.) und damit wiederum im Bedeutungszuwachs des tertiären Bereichs; insbesondere die freien Berufe, der Staat und die privaten Organisationen ohne Erwerbszweck profitieren davon.

Drittens: Die gigantische Einkommens- und Vermögensmasse produziert einen ebenso gigantischen Umverteilungsmechanismus (Banken, Versicherungen, Finanzberatung, Staat, Anwälte usw.). Dieser ist natürlich nicht technologisch, sondern durch die spezifisch gesellschaftliche Form der marktwirtschaftlichen, speziell kapitalistischen Produktion bedingt. Allein das Ausmaß internationaler Finanztransaktionen übersteigt das Welthandelsvolumen beträchtlich. Auch wenn der Beschäftigungseffekt vergleichsweise gering ausfällt, so hat sich der Anteil des Kredit- und Versicherungsgewerbes an den Gesamtbeschäftigten immerhin verdoppelt.

Viertens: Der Staat hat eine wachsende Rolle im Reproduktionsgefüge der Gesellschaft zu spielen und weist eine hohe Eigendynamik allein deshalb auf, weil in ihm relativ selbständige Machtpositionen realisierbar sind. Die nationalen und internationalen Regelungserfordernisse der modernen Wirtschaft wachsen – entgegen aller Deregulierung – objektiv. Hinzu kommt das Wachstum der inneren und äußeren Sicherheitsstrukturen (Justiz, Polizei, Armee usw.).

Innerhalb des tertiären Bereiches verläuft die Entwicklung durchaus differenziert. Am stärksten wachsen sogenannte gesellschaftsbezogene Dienste (gemeinschafts-, personenbezogene und soziale Dienste) und wirtschaftsbezogene Dienste (Finanz-, Versicherungs-, Immobilien- und Unternehmensdienste), während distributive Dienste (Transport, Lagerhaltung und Kommunikation) und haushaltsbezogene Dienste (Handel, Gaststätten und Hotels) in der Beschäftigung eher stagnierten oder sogar abbauten.[6]

Obwohl also der Aufstieg des tertiären Sektors im einzelnen unterschiedliche Ursachen hat, so ist doch erkennbar, daß er im Kern eine Folge der Produktivkraftentwicklung ist und damit eine enge Beziehung zur neuen Bedeutung der Informationsprozesse aufweisen muß. Deutlich wird auch die spezifische Verquickung von Industrie und Dienstleistung, die eine verein-

6 Siehe Ohne Industrie weniger Dienste-Jobs. In: Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft. Köln (1995)46 vom 16. November 1995. S. 4.

fachende Gegenüberstellung dieser beiden Wirtschaftssektoren problematisch erscheinen läßt. Auf weiterführende Fragestellungen sei nur andeutungsweise hingewiesen: die Konsequenzen für die Bestimmung der Begriffe der produktiven und der wertschaffenden Arbeit.

Vielfach wird der Deindustrialisierungsprozeß in Ostdeutschland, der mit einem raschen Anstieg des Anteils der Dienstleistungsbereiche an der Wirtschaft verbunden ist, als eine Art »nachholende Modernisierung« oder gar als ein »Überholen ohne Einzuholen« ausgegeben. Für bestimmte Aspekte der ostdeutschen Strukturumbrüche trifft dies zweifellos zu, war doch die Veralterung und die Autarkietendenz der DDR-Wirtschaft mit beträchtlichen Fehlentwicklungen verbunden, die sich nun unter den Bedingungen der Marktöffnung korrigieren.

Das Wachstum des Anteils tertiärer Bereiche an der Gesamtbeschäftigung in Ostdeutschland ist zum einen auf die schweren Einbrüche in der Landwirtschaft, in Energie- und Bergbau sowie im verarbeitenden Gewerbe zurückzuführen. Selbst in Handel und Verkehr und im Bereich des Staates, tertiären Bereichen also, ist – obwohl der prozentuale Anteil stieg – die Gesamtbeschäftigung gesunken. Tabelle 3 zeigt, daß sich lediglich in den Dienstleistungen im engeren Sinne die Erwerbstätigenzahl verdoppelte und der Erwerbstätigenanteil an der Gesamtwirtschaft damit

Wirtschaftsbereich	Bruttowertschöpfung zu Preisen von 1991				Erwerbstätige			
	in Mrd. DM		Anteil in %		in Tausend		Anteil in %	
	1. Hj. 1989	2. Hj. 1994	1. Hj. 1989	2. Hj. 1994	1. Hj. 1989	2. Hj. 1994	1. Hj. 1989	2. Hj. 1994
Land- und Forstwirtschaft	3,8	6,8	2,7	5,1	977	231	10,1	3,8
Energie und Bergbau	10,1	6,9	7,0	5,2	349	116	3,6	1,9
Verarbeitendes Gewerbe	48,8	24,4	33,8	18,5	3509	1045	36,4	17,2
Baugewerbe	13,6	24,1	9,4	18,2	629	1045	6,5	17,2
Handel und Verkehr	28,3	19,1	19,6	14,4	1500	1111	15,6	18,2
Dienstleistungen	16,0	30,7	11,0	23,2	617	1215	6,4	19,9
Staat	23,6	20,4	16,3	15,4	2040	1316	21,2	21,6

Tabelle 3: Anteile der Wirtschaftsbereiche in Ostdeutschland

verdreifachte.[7] Dahinter verbirgt sich freilich nicht primär die Entwicklung besonders moderner oder zukunftsweisender Unternehmen, sondern vor allem der Banken, Versicherungen und konsumtionsnahen Dienste. Die wirtschaftsnahen Dienstleistungen, zum Beispiel Forschungs- und Entwicklungsunternehmen, die in den alten Bundesländern besonders dynamisch wachsen, sind in hohem Maße auch territorial mit den Führungsbereichen der Unternehmen verknüpft und in Ostdeutschland teilweise überhaupt nicht präsent. Der sich im Osten entwickelnde Dienstleistungsbereich übt kaum Sogwirkung auf die produzierenden Gewerbe aus, er ist eine Nachfolgebranche und kann eine breite wirtschaftliche Entwicklung kaum initiieren, das produzierende Gewerbe muß ihr vorausgehen. Selbst die Vertreter der Bonner Regierungskoalition, ansonsten den »Aufschwung Ost« euphorisch feiernd, müssen zunehmend eingestehen, daß vor allem wertschöpfungs- und innovationsintensive Wirtschaftsbereiche fehlen. Im Handel zeichnet sich schon heute eine strukturelle Überakkumulation ab, weil stadtnahe Einkaufszentren in Dimensionen geschaffen wurden, die in keinem Verhältnis zur Kaufkraft der Bevölkerung stehen.

3. Zur Rolle kleiner und mittlerer Unternehmen

In diesem Zusammenhang ist auch auf die Rolle der kleinen und mittleren Unternehmen einzugehen, bei denen angeblich die Zukunft der Wirtschaft liege. Tatsache ist, daß hier ein erhebliches Beschäftigungsvolumen liegt und viel für die Innovationsdynamik geschieht. Zweifellos läßt die moderne Informations- und Kommunikationstechnologie auch kleinere Betriebseinheiten effektiv werden. Gerade in den Dienstleistungsbereichen entstehende Unternehmen sind zunächst relativ klein. In den USA sind in den achtziger Jahren massenhaft Kleinstunternehmen entstanden, die den statistisch gemessenen Konzentrationsgrad der Wirtschaft drückten. Inzwischen ist die Euphorie abgeebbt, »Überleben durch strategische Allianzen«, »M&A-Branche boomt« (Mergers & Acquisitions = Fusio-

7 Siehe Europäische Kommission (Hrsg.): Beschäftigungsobservatorium Ostdeutschland. Brüssel (1995)15. S. 2; sowie eigene Berechnungen. Die Produktion in der Land- und Forstwirtschaft ist in Wirklichkeit gefallen. Die hier ausgewiesenen Werte beziehen sich 1989 auf die Zeit vor und 1994 auf die Zeit nach der Ernte.

nen und Übernahmen) lauten die Schlagzeilen.[8] In den Bereichen Handel, Banken, Versicherungen, Medien, Informationstechnik usw., also in den hier gerade zur Diskussion stehenden Branchen, sind Übernahmen an der Tagesordnung. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre hat die Zahl der großen Unternehmensverbindungen in der EG jährlich (sic!) um 24 % zugenommen.[9] Der Anteil der kleinen und mittleren Unternehmen mit bis zu 499 Beschäftigten am Gesamtumsatz der westdeutschen Industrie hat sich seit 1980 von 43,7 % auf 42,5 % im Jahre 1991 verringert[10], der Anteil der Großunternehmen entsprechend erhöht.

Die Selbständigenzahlen gehen seit langem zurück, wobei beträchtliche Anteile von Scheinselbständigkeit zu berücksichtigen sind, das heißt, von Selbständigkeit im juristischen Sinne, die ökonomisch und sozial eine real abhängige Beschäftigung darstellt. Natürlich sind diese Zahlen nur sehr begrenzt aussagekräftig in bezug auf die Frage nach der Rolle von kleinen und mittleren Unternehmen oder nach der Entwicklung der sozialen Struktur – dies schon vorweg. Bedeutungslos sind sie deswegen jedoch keinesfalls, zumal wenn ihre in den vergangenen vierzig Jahren geradezu dramatische Veränderung bedacht wird. Noch 1950 betrug der Anteil der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen im damaligen Bundesgebiet 30,5 %.

Land	Anteil der Selbständigen an den Erwerbstätigen in %	
	1970	1991
USA	10,2	9,1
Japan	35,0	21,2
Westdeutschland	16,9	10,7
Frankreich	21,6	14,2

Tabelle 4: Self-employment-rate (Anteil der Selbständigen an den Erwerbstätigen)

8 Siehe Mergers & Acquisitions. Beilage zum »Handelsblatt« vom 2. Mai 1995.

9 Siehe Jörg Huffschmid: Wem gehört Europa? Bd. 2. Heilbronn 1994. S. 17.

10 Berechnet nach Institut der deutschen Wirtschaft: Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland 1994. Köln 1994. Tabelle 72.

Heute ist es nur noch ein Drittel davon (siehe Tabelle 4). Dahinter verbirgt sich auch ein kontinuierlicher Prozeß des Auslöschens und des Zusammenschlusses von selbständigen Unternehmen, deren Zahl allein im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe sich seit 1950 mehr als halbierte. Ähnliches ließe sich zum Bereich der Banken und Versicherungen, zu Handel und Verkehr sowie zur Landwirtschaft sagen. Von einer Dekonzentrationsbewegung gibt es, abgesehen von den gelegentlichen Schwankungen der Markt- und Unternehmensstrukturen, keine Spur. Und nimmt man die Selbstaussagen der mittelständischen Unternehmervereinigungen ernst, so geraten diese Bereiche sogar zunehmend unter ökonomischen Druck.

Kleine und mittlere Unternehmen brauchen heute die große Wirtschaft als Hinterland, sie entstehen als spin off oder Zulieferer und sind oft die Vorstufe größerer wirtschaftlicher Gebilde. Damit ist ihre Rolle keineswegs erschöpft, und gerade in der marxistischen Wirtschaftsforschung ist ihre Bedeutung häufig falsch eingeschätzt worden. Dies allerdings sollte nicht Anlaß sein, vor dem realen Konzentrations-, Zentralisations- und Vermachtungsprozeß die Augen zu verschließen, auch wenn dieser nicht geradlinig und kontinuierlich abläuft.

4. Wandel der Sozialstrukturen

Zweifellos hat die Vielfalt der Kriterien, nach denen heute die soziale Strukturierung der Bevölkerung eines Landes abgesucht werden muß, und die von politischer Bedeutung sind, zugenommen. Zu nennen sind hier nur Geschlecht, Alter, Ausländer, Ost-West-Relationen; weitere sind denkbar. Aus dem komplexen Gebiet der Sozialstrukturanalyse sollen hier nur wenige Aspekte benannt werden, wobei zu den letztlich bedeutenden Fragen, wie sich die soziale Lage der Bevölkerungsmehrheit entwickelt, welche Schichtungen und damit Interessenverbünde sich herauskristallisieren und wie somit Subjekt und Adressat von Politik, linker zumal, aussehen, nur Mosaiksteinchen geliefert werden können. Nach wie vor wesentlich ist dabei die Frage nach den Merkmalen Arbeitsinhalt, Form der Arbeitsverhältnisse, Einkommensverhältnisse und Vermögensverhältnisse. Die Eigentumsfrage verbindet alle vier eng miteinander.

Die *Arbeitsinhalte* weisen im Zuge der gegenwärtigen technologischen Entwicklung die zweifellos höchste Dynamik auf, wobei die Informatisierung der Wirtschaft und die zunehmende Bedeutung des Dienstleistungs-

sektors die Hauptursachen dieses Wandels sind. Rein manuelle Tätigkeiten werden immer weiter zurückgedrängt, der Anteil geistig Arbeitender nimmt ständig zu. Damit kommt es zur Verwischung der Grenzen zwischen dem traditionellen Arbeiter und dem Angestellten, wie auch zwischen Arbeiter und Intelligenz. Dies drückt sich unter anderem in den Berufs- und Qualifikationsstrukturen aus. Diese Tendenz ist unübersehbar, auch wenn in Rechnung gestellt werden muß, daß die Auslagerung bestimmter traditioneller Bereiche mit hohem manuellen Arbeitsanteil in andere Länder eine gewisse Rolle spielen mag und nicht primär durch die moderne Produktivkraftentwicklung bedingt ist.

Die *Arbeitsverhältnisse* sind heute, typisch für Umbruchszeiten, durch einen hohen Grad an Veränderlichkeit, durch Flexibilität und Mobilität gekennzeichnet; diese Ausprägungen werden massiv politisch gefördert. Sie finden ihren Ausdruck in der Zunahme schwankender, ungeschützter und Teilzeitverhältnisse. Hierunter fällt auch, daß die Trennlinie zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie Selbständigem und Unselbständigem zwar juristisch klar ist (häufig aber nicht einmal in dieser Hinsicht), daß sie sich in der Realität des einzelnen jedoch immer öfter nur schwer fixieren läßt. Die gebräuchlichen statistischen Abgrenzungen taugen dafür in der Regel nur als erste grobe Annäherung. Tabelle 4 weist einen deutlichen Rückgang der Selbständigenquote aus.[11] Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß »Selbständige« realökonomisch oft unselbständig sind, daß die Vorstandsetagen der Konzerne, Aktiengesellschaften usw. komplett als »Unselbständige« auftauchen.

Die *Einkommensverteilung* weist im Zuge des Strukturwandels in der Gegenwart deutliche Veränderungen auf. Dies drückt sich noch nicht einmal primär in der Lohnquotenentwicklung aus. Diese sank nach dem langen Anstieg bis Ende der siebziger Jahre wieder allmählich ab, wobei es 1992 zu einem »Zwischenhoch« kam, welches inzwischen wieder auf etwa 71 % abgebaut wurde, ohne daß diese Bewegung besonders dramatisch verlaufen wäre. Ostdeutschland ist durch eine Anpassung an westdeutsche Verhältnisse gekennzeichnet, die freilich gegenwärtig für wahrscheinlich längere Zeit abgestoppt wird. Die Profite der Unternehmen sind umgekehrt im vergangenen Jahr kräftig gestiegen; die Ertragslage der Kreditinstitute hat

11 Siehe Institut der deutschen Wirtschaft: International Economic Indicators 1994. Köln 1994. S. 43.

sich rasant verbessert. 1984 betrug deren Jahresüberschuß nach Steuern 8 Mrd. DM, 1994 schon 17,3 Mrd. Das ist eine Steigerung um 116 %.[12] Die Nettolöhne und -gehälter stiegen in diesem Zeitraum um nur etwa die Hälfte, nämlich um 60 %. Real blieben diese Einkommen faktisch unverändert. Ein etwas genauerer Blick auf die Spreizung der Einkommen zeigt eine zunehmende soziale Differenzierung, vor allem nach 1990. So war in Westdeutschland in den achtziger Jahren die relative Einkommensarmut (als relativ arm gilt, wer weniger als 60 % der Durchschnittseinkommen bezieht) von 21,0 % auf 18,4 % gesunken. Seitdem ist sie aber wieder auf 19,7 % angestiegen. Gemessen an ostdeutschen Einkommensverhältnissen ist das Phänomen Armut in Ostdeutschland weit geringer vertreten (11,8 %), gemessen an westdeutschen Einkommen weit höher, allerdings mit geringer werdendem Abstand.[13] Eine relative Armut von etwa einem Fünftel der Bevölkerung scheint hoch, allerdings »lebt« die westdeutsche Gesellschaft damit nun schon über ein Jahrzehnt. In diesem Fünftel wiederum hat sich wirklich dramatisch die Zahl der Sozialhilfeberechtigten und -empfänger erhöht: von 1,5 Millionen im Jahre 1970 auf 3,7 Millionen heute, das sind 5,8 %, wobei der Zuwachs etwa zur Hälfte auf Ausländer zurückzuführen ist.[14] Dies dürfte auch eine Ursache dafür sein, daß das Armuts- und Sozialhilfephänomen in der öffentlichen Diskussion so weit heruntergespielt werden kann. Die gegenwärtig wieder zunehmende Tendenz der sozialen Differenzierung im Zuge des Drucks auf das Sozialleistungssystem wird die Problemlage und -wahrnehmung zukünftig zweifellos verschärfen.

Die *Eigentumsverhältnisse* sind heute nach vielfältigeren Kriterien zu untersuchen, als dies vor, sagen wir, hundert Jahren notwendig erschien. Zum einen ist das Eigentum an Konsumgütern von beträchtlicher Bedeutung. Hierzu sei nur angemerkt, daß der »Arbeiter« heute Eigentümer einer beachtlichen Vermögensmasse ist (Wohneigentum, Auto, Sparbeträge usw.) und insofern viel mehr als seine Ketten zu verlieren hat. Zum anderen hat sich die Schere zwischen dem formal juristischen Eigentum an den Produktionsmitteln und der realen Verfügbarkeit und Aneignung geöffnet; die Zusammenhänge sind mit der wachsenden Vielfalt der Eigentumsformen

12 Siehe Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Monatsberichte der Deutschen Bundesbank. Frankfurt am Main 47(1995)10. S. 20.

13 Siehe Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 1994. Bonn 1994. S. 600ff.

14 Siehe ebenda. S. 216f.

komplexer und vermittelter geworden. Es wäre nicht nur eine notwendige, sondern auch eine lohnende Aufgabe, diese Ausdifferenzierung zu analysieren.

Das Bruttoanlagevermögen erreichte im Jahre 1992 in Westdeutschland einen Gesamtumfang von 11 891 Mrd. DM, das Bruttogrundvermögen der privaten Haushalte betrug 6 221 Mrd. DM und das Bruttogeldvermögen aller Sektoren 16 509 Mrd. DM.[15] Über die Verteilung dieser Vermögen sind nur teilweise Zahlen verfügbar. In Tabelle 5 deshalb soll lediglich die Verteilung des privaten Geldvermögens dargestellt werden, die ja mit der Verteilung der Sachvermögen in Beziehung steht.

Hinter dieser Momentaufnahme verbirgt sich sowohl ein beträchtlicher Konzentrationsprozeß als auch Konzentrationsstand aller Vermögensarten und damit auch des Eigentums. Eine besondere Rolle spielen hierbei die Banken. Nach einer Bundesbankanalyse des Wertpapierbestandes, der in den Bankdepots verwaltet wird, zeigt sich, daß diese Depots von

Haushalttyp je Haushalt	Nettogeldvermögen je Haushalt in 1 000 DM[16]	verfügbares Einkommen in 1 000 DM[17]
Selbständige	140,0	145
Landwirte	77,9	56
Beamte	64,9	72
Angestellte	57,5	62
Rentner	44,6	39
Arbeiter	37,3	50
Arbeitslose	23,0	31

Tabelle 5: Verteilung des privaten Geldvermögens und der Einkommen in Westdeutschland 1992/93

15 Siehe Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Monatsberichte der Deutschen Bundesbank. Frankfurt/M 47(1995)5. S. 40f. – Institut der deutschen Wirtschaft: Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland 1994. Köln 1994. S. 35.

16 Siehe Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft. Köln (1995)28 vom 13. Juli 1995. S.1.

17 Siehe Statistisches Bundesamt (Hrsg.). Datenreport 1994. Bonn 1994. S. 106.

1 780 Mrd. DM Kurswert im Jahre 1989 auf 3 351 Mrd. DM im Jahre 1994 angestiegen sind. Dahinter verbergen sich (je nach Wertpapierart) zwischen 63 % und 98 % des gesamten Wertpapierumlaufs, der in erheblichem Maße der Kontrolle der Banken unterliegt.[18] Obwohl damit keineswegs deckungsgleich, so läßt sich hieraus doch auf eine hohe Konzentration der realen Verfügungs- und Machtpotentiale schließen, wobei es im Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Strukturwandel zu neuen Konstellationen der Verfügung auch innerhalb der herrschenden Gruppierungen kommt, weil neue aufsteigende Bereiche ihren Anteil am Gesamtvermögen fordern.

5. Schlußbemerkungen

In diesem Beitrag konnte die empirische Analyse des Wandels der Wirtschafts- und Sozialstrukturen natürlich nur in Ansätzen erfolgen. Zumindest sollte jedoch deutlich geworden sein, daß es angemessen scheint, hinter das Thema ein Fragezeichen zu setzen, und eigentlich fanden sich keine empirisch schlagenden Argumente für einen »Informationskapitalismus«. Wesentlich interessanter scheint das Begriffspaar Industrie und Dienstleistung, wobei auch hier eine Entgegensetzung nicht weiterführt. Die Hauptprozesse liegen in der Industrialisierung von Dienstleistungs- und Informationsprozessen, deren Ergebnisse heute Warencharakter annehmen. Und obwohl die soziale Differenzierung der Gesellschaft, die mit diesen Veränderungen verbunden ist, sich an anderen Frontlinien als früher vollzieht, ist der Fakt dieser Differenzierung und damit der Reproduktion fundamentaler sozialer Gegensätze im modernen Kapitalismus unübersehbar.

Auch sollte nicht vergessen werden, den Blick über die hochentwickelten Länder, die »Frontstaaten« des technologischen Fortschritts, hinaus zu erheben. Weltweit dominiert nach wie vor die primäre Gesellschaft, und dies wird angesichts der Bevölkerungsentwicklung auch noch lange so bleiben. Und die Frage sollte diskutabel sein, ob in der langen Sicht und strategisch die Konzentration auf die sozialpolitischen Implikationen des wirtschaftlichen und sozialen Wandels im Osten Deutschlands mit gerade mal 16 Millionen Menschen nicht auch relativiert werden muß.

---

18 Siehe Deutsche Bundesbank (Hrsg.): Monatsberichte der Deutschen Bundesbank. Frankfurt am Main 47(1995)8. S. 60.

MICHAEL-ALEXANDER HOLZMÜLLER
REINHARD LAUTER

Neue Lebensweisen erfordern eine neue Mensch-Technik-Beziehung

Was sind eigentlich neue Lebensweisen? Ich kann hier keine umfassende Definition geben. Für das Verständnis ist jedoch wichtig, daß »neu« hierbei nicht gleichbedeutend ist mit »bisher noch nicht vorhanden«. Sondern hier ist mit »neu« eher gemeint: »anders als gesellschaftlich üblich« und »über die Grenzen der bisherigen Gesellschaft hinausreichend«.

Wir finden solche Lebensweisen in vielfältigen Formen und Möglichkeiten. Sie sind eher in gesellschaftlichen Nischen anzutreffen, werden häufig als Subkulturen bezeichnet und sind dadurch gekennzeichnet, daß sie Beziehungen von Menschen darstellen, die mehr oder weniger extrem abweichen von den gesellschaftlich üblichen. Die begriffliche Unschärfe ist nicht zu übersehen.

Diese Lebensweisen unterscheiden sich voneinander durch ihren Ansatz. Ich kann und will hier nur auf jene eingehen, die einen Weg suchen, wie Menschen mit der Natur in Einklang leben können. Mit der Natur des Menschen selbst und mit der außer ihm existierenden Natur. Und natürlich mit den vielen Verästelungen der Beziehungen zwischen der inneren und äußeren Natur des Menschen. Das ist höchst spannend und bisher in »klassischer Form« in der Industriegesellschaft nicht zu finden. Wir finden sie zum geringen Teil noch bei Naturvölkern.

Aber es gibt sie auch in Industrieländern in Ansätzen – bunt, vielfältig, schnellebig oder auch relativ beständig, ihren Idealen zustrebend oder aber auch von ihren Idealen abdriftend. Erfolgreiche und erfolglose. Ihre Geschichte beginnt nicht erst mit der Industriegesellschaft, und sie sind keine Erfindung der »Aussteiger«. Die Zeit reicht sicherlich nicht aus, darauf näher einzugehen.

Die in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft anzutreffende Tatsache, daß es immer Lebensweisen gab, die sich jenseits der etablierten bewegten, sollte uns jedoch Anlaß sein, die Verbindung zum heutigen

Thema zu suchen. Zunächst jedoch noch zwei Fragen, die ich stellen möchte, damit die Denkrichtung deutlicher wird:

— Sind diese neuen Lebensweisen, diese Subkulturen, nur Lebensformen von Aussteigern, Außenseitermodelle, die in jeder Gesellschaftsformation ihr Nischendasein fristen?
— Besteht die Möglichkeit, über sie zu einer neuen Verfaßtheit der menschlichen Zivilisation zu gelangen?

Ich glaube, wir sind uns in jedem Fall einig darüber, daß Versuche zu einer neuen Art und Weise des menschlichen Zusammenlebens legitim und im Sinne emanzipatorischer Entwicklung sind. Ob daraus neue Gesellschaft entspringen kann, darüber ist sicherlich zu streiten. Meiner Überzeugung nach werden dauerhafte gesellschaftliche Veränderungen sich auf neue Formen menschlichen Zusammenlebens stützen müssen.

Die Grundstruktur menschlicher Gesellschaft ist nicht der vereinsamte Mensch, sondern der Mensch mit reichen gesellschaftlichen Beziehungen. Ob diese Grundstruktur künftiger Gesellschaften die »klassische« Familie ist, ist fraglich. Unabhängig davon, wie diese Frage beantwortet wird, provoziert die Existenz solcher Lebensweisen jedoch die Frage nach der Notwendigkeit neuer Produktionsmittel. Und damit bin ich beim eigentlichen Inhalt meines Vortrages.

Technikentwicklung hat auch eins bewirkt, je mehr Naturkräfte der Mensch zu beherrschen lernte, desto mehr erfolgte nicht nur eine Entfremdung von der Arbeit, die sicherlich überwunden werden kann, sondern vor allem eine Entfremdung von der Natur. Und zwar, das sei besonders betont, von der inneren und äußeren Natur des Menschen. Wir erleben die Pervertierung dieses Prozesses in dramatischer Weise. Sie ist eng mit dem heutigen Thema verbunden.

Mein Sohn kaufte sich kürzlich eine CD. Auf dem Cover stand: Alles eingefangen mit der erstaunlichen Klarheit, die durch die moderne digitale Aufnahmetechnik möglich ist. Entfliehen Sie zu der unverdorbenen Pracht der abgelegenen Wildnis Amerikas. Ich bitte Sie, einmal einige Sekunden folgendes anzuhören:

(Abspielen von Musik. Vögelgezwitzscher.)

Wir holen die Natur ins Wohnzimmer, können bei Bier und Knabbermischung Natur pur erleben. Und wir erleben es als Genuß.

Lem hat faszinierende Geschichten geschrieben. Bei utopischer Literatur ist es ja so, bei guter, will ich gern zugeben, daß diese Visionen durch die Realität bei weitem übertroffen werden. Ich denke nur an Jules Vernes großartige Romane. Lem schreibt in einer Geschichte:

»Eine Zeitlang schwiegen wir. Der Wind schien hier kräftiger zu sein. Sein Harzduft verstärkte die Kühle, die vom Bach unter unseren Füßen aufstieg. Am anderen Ufer ragten in einer Biegung hohe düstere nordländische Kiefern und etwas weiter bachabwärts eine riesige kanadische Fichte mit silbergrauen Nadeln zum Himmel auf. Die Wurzeln wanden sich wie dicke Schlangen um das Gestein und verschwanden in der Felsspalte. Am liebsten hätte ich Yrjöla gefragt, ob auch das Täuschung sei. Die ganze Zeit bemühte ich mich, die Stelle zu finden, wo der echte Park in die videoplastische Illusion überging, die durch eine geschickt verborgene Apparatur erzeugt wurde. Aber ich vermochte nicht die geringste Spur eines solchen Überganges zu entdecken. Die Täuschung war vollkommen.«[1] Lem nennt es noch richtig Täuschung, wir sagen heute »virtuelle Realität« dazu.

Aber es gibt noch ganz andere Anzeichen dieser durch Technik hervorgerufenen Entfremdung menschlichen Lebens. Wir wissen, ein bestimmter Teil der Menschen ist wetterfühlig. Wetterumschwünge werden mit hoher Sicherheit vorausgesagt. Irgendwo zwackt es die Tante, und das Wetter wird anders. Wetterfühligkeit wird aber sehr häufig als Ausdruck eines krankhaften Zustandes beschrieben und empfunden. Eine Eigenschaft, ohne die es keine Evolution des Menschen gegeben hätte, gilt nun als krankhaft. Tolle technische Systeme übernehmen die Arbeit unserer eigenen inneren Sensoren und unserer eigenen Beobachtungsfähigkeit. Eine natürliche Eigenschaft wird zur Krankheit. (Der Zwang und der Drang, jeden Fleck der Erde zu besiedeln, führt dazu, daß langfristige Wetterprognosen gebraucht werden. Und zwar exakte. Wir brauchen die Erdbebenwarnung, weil sich in erdbebengefährdeten Gebieten Millionen Menschen angesiedelt haben. Aber warum haben sie sich gerade dort angesiedelt und in solcher Konzentration?)

Noch ein Beispiel, auch eingedenk der Erkenntnis, daß Beispiele nichts beweisen. Eine geniale Erfindung ist die Uhr. Ein Zeitmeßgerät, das mit hoher und immer noch steigender Genauigkeit dem Menschen sagt, welche Stunde es geschlagen hat. Nun liegt ja die Unsinnigkeit auf der Hand, eine Uhr zu bauen, die in tausend Jahren nur eine Sekunde falsch geht. Versucht wird es. Was unter ganz extremen Bedingungen, wie in der Raumfahrt, noch Sinn macht, wird dadurch zum Massenanspruch.

---

1 Stanislaw Lem: Gast im Weltraum. Berlin 1982. S. 62.

Aber nicht das ist das eigentliche Problem. Es besteht vielmehr darin, daß damit die eigene innere Uhr des Menschen bedeutungslos wird. Und zwar für den überwiegenden Teil der Menschen. Das hat sicherlich etwas mit den gesellschaftlichen Verhältnissen zu tun, mit dem aufgezwungenen Arbeitstag.

Jeder kennt sich selber am besten. Ich zum Beispiel bin ein typischer Frühaufsteher. Zum Leidwesen meiner Familie. Andere werden mittags so richtig mobil, und auch so manche Nachteule ist mir begegnet. Ich messe es nur mal an der Zeit, wo der Mensch aus seiner Sicht kreativ ist, wo er leistungsfähig ist. Natürlich gibt es Durchschnittswerte. Aber sage einmal einem Künstler, einem Schriftsteller oder Maler, du mußt von 7.00 bis 15.45 Uhr deine produktive Phase haben. Oder verlange von einem Wissenschaftler, der früh seine kreative Phase hat, er solle abends eine tolle Erfindung machen. Es wird nicht funktionieren.

Kreativität des Menschen ist zum Glück noch sehr mit der inneren Uhr des Menschen verbunden. Die läßt sich auch nicht mit Disziplin überwinden. Und schon gar nicht von einem technischen System. Sich gegen die Uhr aufzulehnen, ist selbstverständlich billige Maschinenstürmerei. Muß sich der Mensch aber damit abfinden, daß eine technische Größe den Lebensrhythmus bestimmt? Es gibt einen Informationskonflikt. Die eine Information »Es ist 7.00 Uhr – ich muß zur Arbeit« steht meiner inneren Information gegenüber »Ich kann jetzt noch gar nicht richtig arbeiten, in einer Stunde macht es mir dagegen richtigen Spaß«.

Welche Meinung haben dazu eigentlich Sozialistinnen und Sozialisten? Mit der Informationstechnik als einer Voraussetzung für eine Informationsgesellschaft scheint es ähnlich zu gehen wie mit anderen technischen Entwicklungen. Die Trennung des Menschen von seiner natürlichen Lebensgrundlage wird nur größer. Gegen die Uhr zu sein, erscheint uns als Maschinenstürmerei, gegen die Kernenergie zu sein, wohl nicht mehr. Aus bekannten Gründen. Bei der Kernenergie geht es nicht mehr um die Frage »Gebrauch« oder »Mißbrauch«. Die Unbeherrschbarkeit der Atomenergie scheint doch in der akuten Gefährdung menschlichen Lebens im Störungsfall oder in der latenten durch ungeklärte Atommüllbeseitigung zu liegen.

Kann es bei der Informationstechnik ähnliche Entwicklungen geben? Die Anzeichen einer unbeherrschbaren Technik mehren sich auch hier. Der Mensch ist nur in der Lage, eine begrenzte Anzahl an Informationen aufzunehmen und zu verarbeiten. Evolutionsgeschichtlich hat sich über einen Zeitraum von mehreren Millionen Jahren ein innerer Verarbeitungsmecha-

nismus herausgebildet, der es ermöglichte, daß die menschliche Gesellschaft entstehen konnte. Es werden immer jene Informationen aus der Gesamtmenge herausgefiltert, die Menschen zum Überleben brauchen. Wird dieser Mechanismus durchbrochen, zum Beispiel durch eine vorgefilterte Informationsmenge mittels moderner Kommunikationsmittel, die reale Bedrohungsmomente ausblenden und damit Anpassung unmöglich machen, tritt eine latente Gefährdung seiner Existenz ein. (Dabei stellt sich die Frage, wer stellt die Informationen bereit, und was wird bereitgestellt? Macht- und Herrschaftswissen wird auf der einen Seite vorenthalten und andererseits eine gezielte Informationsflut erzeugt, die den einzelnen unrettbar überfordert. Darüber hinaus sind die Datennetze heute bereits hoch monopolisiert. Es wird nur wenige geben, die sie unterhalten und die Spielregeln bestimmen.)

Innere Verarbeitung von Informationen hängt aber auch von der Geschwindigkeit ab, mit der sich der Mensch im Raum bewegt. Es ist einzusehen, daß ein Michael Schumacher die Natur ganz anders erlebt als Theodor Fontane. Schumacher benötigt ganz andere Informationen, um bei der rasenden Geschwindigkeit zu überleben. Die notwendigen Details aus der Natur, die uns Gefahrenmomente für die Existenz der Menschheit signalisieren, kann er nicht wahrnehmen. Das Fehlen von Rebhühnern an der Rennstrecke ist für ihn nicht zu erkennen, und, was viel dramatischer ist, er benötigt zunächst das Wissen nicht, um als Rennfahrer erfolgreich zu sein. Die Sicht aus dem Auto ist aber für die Menschen, die die Politik bestimmen, bereits ein gesellschaftliches Faktum.

Auch für viele Kinder wird die Sicht aus einem rasenden Auto durch Videospiele vermittelt. Und daß die Spielsucht nach dem Alkoholkonsum die Suchtgefahr Nummer 2 geworden ist, sollte uns aufhorchen lassen. Realitätsverlust wird durch Informationstechnik eben nicht automatisch ausgeschlossen, eher noch verstärkt. Wenn aber die Realitätswahrnehmung der eigenen und der äußeren Natur des Menschen Voraussetzung dafür ist, daß er überlebensfähig bleibt, so wird die Sinnhaftigkeit der ganzen Informationstechnologie zumindest zu diskutieren sein.

Moderne Kommunikationsmittel bewirken eine drastische Zunahme des Tempos unseres gesamten Lebens. Dem sollte ein Konzept der Herausnahme von Geschwindigkeit entgegengesetzt werden. Und zwar meine ich hier ausdrücklich auch Entwicklungsgeschwindigkeit. Wenn nun neue Lebensformen auf der Suche nach einem Leben in Übereinstimmung mit der Natur entstehen, so stellt sich die Frage nach der Geschwindigkeit ihrer Entwicklungsprozesse. Aber auch, welche Produktionsmittel sie

benötigen, um ihren Lebensprozeß so zu gestalten, daß Eingriffe in die natürlichen Kreisläufe durch die Natur selbst wieder ausgeglichen werden können.

Der Pflug war ein Produktionsmittel, das einen enormen Fortschritt in der Bodenbearbeitung bedeutete. Nach dem damaligen Kenntnisstand sicherlich richtig. Heute wissen wir, daß das Pflügen des Ackers eine ökologische Katastrophe für die Mikroorganismen im Boden darstellt. Die Mikroorganismen können den Eingriff des Menschen bei richtiger Bewirtschaftung wieder ausgleichen, wäre es aber nicht sinnvoller, die ursprüngliche Situation zu nutzen, um Nahrungsmittel zu erzeugen? Pfluglose Bewirtschaftung greift sanfter in einen natürlichen Kreislauf ein und kann zu einer deutlichen Steigerung der Nahrungsgüterproduktion führen. Allerdings ist die Voraussetzung dafür, daß mehr menschliche Energie aufgewendet werden muß. Pioniere für eine solche Art Landwirtschaftsentwicklung sind zum Beispiel Masanobu Fukuoka und Bill Mollison. Von letzterem geht die Entwicklung aus, die sich Permakultur nennt.

Charakteristisch für das Verhältnis des Menschen zur Natur im Produktionsprozeß ist der Aufwand an menschlicher Energie (Muskel- und Hirnkraft). Geschichtlich gesehen wurde aber bei der Nahrungsgüterproduktion immer mehr menschliche Energie durch technische Energie ersetzt. Herausgekommen ist dabei, daß der Energieaufwand je Menge erzeugter Nahrungsmittel beständig steigt. Und das nennen wir dann Fortschritt. Wenn der Mensch ein richtiges Verhältnis zur Natur entwickeln will, dann wird das nicht mit der immer größeren Anwendung technischer Energie für die Erzeugung der Lebensmittel funktionieren.

Was in der Landwirtschaft vielleicht vorstellbar wird, scheint zunächst für Handwerk und Industrie unvorstellbar. Welche Technik soll da die Verbindung zur Natur ermöglichen? Ist die Fragestellung so vielleicht gar nicht richtig? Es gibt ja immer noch die Möglichkeit, die Produktionsprozesse mittels Informationstechnik an jedem Ort der Welt automatisch ablaufen zu lassen, der Mensch kann sich dann voll mit Vergnügen der Natur zuwenden. Oder er arbeitet eben nur sehr viel kürzer als heute, der Freizeitbereich wird der Bereich wirklichen Reichtums?

Es ist aber gerade der Auseinandersetzungsprozeß mit der Natur zur Sicherung der Lebensmittel der Menschen, der die globalen ökologischen Probleme schafft. Wird hier keine Veränderung eintreten, sind Lösungen schwer denkbar. Wird die notwendige Arbeit bestimmt durch die produzierten Bedürfnisse, so gibt es außer der Produktivitätssteigerung zur Senkung dieses Anteils auch die Richtung der Veränderung der Bedürfnisse.

Es wird meines Erachtens also nicht dauerhaft ohne einen Wertewandel funktionieren. In der Konsumtion in den Industrieländern muß radikal mit der vorherrschenden Verschwendung an Energie und Material gebrochen werden – und zwar in allen Lebensbereichen der Menschen selbst. Das verlangt aber wiederum nach einer radikalen Veränderung der Produktionsmittel – hin zu Produktionsmitteln, die in ihrer Dimension, Konstruktion usw. den Prozeß einer regionalisierten Produktion voraussetzen und ermöglichen.

Alternative Lebensformen könnten dafür Experimentierfeld und Grundlage einer sich von unten konstituierenden regionalen Produktion werden. In einem solchen Kontext könnten moderne Kommunikationsmittel sehr wohl eine bedeutende Rolle spielen. Ohne diesen Ansatz werden sie weder zur Demokratisierung noch zur Ökologisierung der Lebensumstände beitragen können.

HANS G. HELMS

Electronic battlefields *oder* Die Einübung des imitativen Gehorsams

I.

Electronic battlefields sind computergesteuerte Managementsysteme, komplexe Software, oft hierarchisch organisierte Programmpakete mit eigenen komplexen Programmiersprachen. Einerseits simulieren sie Gegebenheiten, wie sie sich in der materiellen Realität vorfinden. Im Fachjargon heißen solche Gegebenheiten »*constraints*«, also Zwänge oder Einschränkungen. Solche *constraints* können topographische Gegebenheiten sein: Hügelketten, Gebirgszüge, Flüsse, die die freie Bewegung einschränken, enge Täler oder feindliche Stellungen, die zu einem bestimmten Vorgehen zwingen. Diese militärischen Managementsysteme gestatten andererseits die Simulation von Vorgehensweisen und Bewegungsabläufen, wie sie dem Spieler/Feldherrn ratsam erscheinen, um die simulierte Schlacht im Rahmen der vorgegebenen *constraints* zu gewinnen. Anders formuliert: Sie erlauben die Simulation einer *constraint*-abhängigen logistischen Aktionsplanung. Diese umfaßt unter anderem die Wahl der einzuschlagenden Wege zu Lande, zu Wasser und in der Luft, das Abwägen von Prioritäten beim Einsatz der verfügbaren Waffensysteme und ihrer Mannschaften, das Ausarbeiten eines integrierten Zeitplans für die Attacken (bzw. Rückzugsmanöver) der diversen Systeme und eventuell notwendige Modifikationen des *action planning* in *real time*.[1]

---

1 Ein typisches Beispiel für interaktive *electronic battlefields* geben Philip Klahr u. a.: TWIRL: Tactical Warfare in the ROSS Language. A Project Air Force Report prepared for the United States Air Force. Santa Monica/CA 1984 (The Rand Corporation. R–3158–AF). – Ein signifikantes Exempel der Gattung interaktiver Expertensysteme für das Kriegsmanagement findet sich bei Monti Callero/Lewis Jamison/D. A. Waterman: TATR: An Expert Aid for Tactical Air Targeting. Prepared for The Defense Advanced Research Projects Agency. Santa Monica/CA 1982 (The Rand Corporation. N–1796–ARPA). Darin werden als rote Angriffsobjekte für US- bzw. NATO-Attacken die in der DDR gelegenen Flugplätze Mirow, Parchim, Drewitz, Falkenberg, Finsterwalde und andere behandelt.

Die dem roten Gegner zugebilligten Aktionen und Reaktionen – in der kapitalistischen Welt sind die Blauen bekanntlich allemal die guten und deshalb siegreichen Kombattanten – sind dem System als variable *constraints* einprogrammiert. Der Spieler erfährt sie als mobile *constraints* mit ihm unbekannten logistischen Determinanten. Bei neueren interaktiven *elec-tronic battlefields* – dialogfähigen heuristischen Programmen, sogenannten Expertensystemen aus den Labors der Künstlichen Intelligenz – simuliert entweder das Programm automatisch oder ein zweiter Spieler manuell die möglicherweise unerwarteten, stets aber systemlogischen Reaktionen des roten Erzfeindes. Funktional und strukturell gleichen interaktive *electronic battlefields* jenen riesigen, hierarchisch organisierten Kriegsmanagementsystemen (mitsamt ihren zahlreichen Subsystemen), auf die gestützt das Pentagon seit dem opfer- und folgenreichen Vietnam-Debakel seine Kriege führt und von denen es mittlerweile total abhängig ist.

Electronic battlefields unterscheiden sich nicht wesentlich von den zivilen oder kommerziellen Varianten der Spezies computergesteuerte Managementsysteme. Untersucht man typische Modelle aus der Vielzahl der derzeit angebotenen *Management Information Systems (MIS), Intelligent Management Systems (IMS), Computer Integrated Manufacturing Systems (CIM), Factory Management Systems (FMS)* oder der Spekulationsprogramme für den Kapitalhandel, entdeckt man vergleichbare Strukturen und Funktionen. Genau besehen, unterscheiden sie sich lediglich in den Inhalten der *constraints* und der logistischen Simulationen. Anstatt eine Truppe ohne große Verluste durch ein verzwicktes Terrain oder ans andere Flußufer zu dirigieren, gilt es, Waren mit einem Minimum an Aufwand zu produzieren und mit einem Maximum an Gewinn an den Mann zu bringen oder eine diffizile Devisenspekulation trotz widriger Kursbewegungen erfolgreich durchzuziehen.

Kommerzielle computergesteuerte Managementsysteme – die *electronic battlefields* für die Konsumschlachten – dienen zur Simulation von Managementaufgaben in all ihren Aspekten. Beziehen sie sich auf die Produktionssphäre, dienen sie dem Firmenmanagement zur Simulation des unter den jeweils obwaltenden Umständen schnellsten und geringstaufwendigen Weges, um aus Rohmaterialien, Halbfabrikaten oder Komponenten profitträchtige Produkte herzustellen. Das Management benutzt sie ferner, um eine Strategie zur Realisierung des den Produkten einkalkulierten Mehrwerts zu simulieren. Diese impliziert wiederum (neben anderem) die Simulation einer optimalen Logistik für die Verteilung der Waren auf dem Markt, so daß niemand, den die Statistik als potentiellen

Konsumenten ausweist, umhin kann, die schönen Dinge zu kaufen und zu konsumieren.

Im Gegensatz zu ihren militärischen Pendants operieren die kommerziellen Managementsysteme überwiegend nicht mit unveränderlichen *constraints* (wie Hügelketten oder Flüssen), sondern mit variablen (wie den roten Truppenbewegungen). Denn ökonomische *constraints,* wie etwa die Kosten des fixen und des variablen Kapitals, technologischer Status quo und technisches *know how*, wie Tarifverträge, Sozialgesetzgebung, Steuern und Zölle, Aufnahmefähigkeit des Marktes oder Konsumwilligkeit der Konsumenten, sind allesamt keine invarianten Größen. Lediglich solche Gegebenheiten wie die physikalischen oder chemischen Eigenschaften der Materialien oder (mit gewissen Einschränkungen) die Eignung und Leistungsfähigkeit eines vorfindlichen Maschinenparks können als feststehende *constraints* betrachtet werden. Zu den logistischen Problemen, deren Lösung kommerzielle Systeme zu simulieren haben, gehören unter anderem die Kalkulation, die Optimierung der Arbeitsorganisation und der Materialbereitstellung (*just-in-time*-Prinzip), die Werbung und der Vertrieb.

Wegen der Menge der variablen *constraints,* die kommerzielle *electronic battlefields* bei jeder Simulation zu manipulieren haben, beginnen sie sich auf breiter Front erst durchzusetzen, seitdem *DARPA (Defense Advanced Research Projects Agency)*, das Forschungs- und Technologieentwicklungsamt des Pentagons, und *SDIO (Strategic Defense Initiative Office)* gemeinsam die ehrgeizigen und geldgierigen Künstlichen-Intelligenz-Faktoreien bewogen haben, für den *Krieg der Sterne* nicht bloß dialogfähige, sondern auch zur vollen Integration geeignete interaktive Managementsysteme zu konstruieren. Es sind heuristische Systeme, Expertensysteme, die mit dem auf platt logische Wenn-Dann-Regeln reduzierten, enteigneten Erfahrungswissen handverlesener Experten (zum Beispiel für Ballistik oder für Kursindexprobabilitäten) operieren.

Derartige heuristische Systeme besitzen nicht selten die irritierenden Unarten, sich selber zu desorientieren und zu verheddern, wenn ihr Fundus an Fachwissen und Faustregeln allzu üppig ausgestattet ist, oder – da sie über keinerlei *common sense* verfügen – an den ihnen injizierten logischen Regeln stupide festzuhalten, auch dann, wenn diese in eine vorprogrammierte Katastrophe münden (wie beim Börsenkrach am 19. Oktober 1987). Ob solcher Mängel verbreiten sich kommerzielle interaktive Managementsysteme vor allem in solchen Anwendungsbereichen, in denen man hauptsächlich statistische Daten verarbeitet, die sich ohne Mühe

durch Zahlenkombinationen symbolisieren lassen, und wo man mit einem relativ bescheidenen Sortiment an Erfahrungsregeln auskommt. Vorläufig findet man relativ wenige in der komplizierten und komplexen Produktionssphäre, mehr dafür im Handel, insbesondere im nahezu jeder gesellschaftlichen Kontrolle entglittenen Kapitalhandel, bei *arbitrageurs* und sonstigen Börsen- und Devisenspekulanten.[2]

Militärische und kommerzielle *electronic battlefields* sind Früchte vom selben Baum der technischen Erkenntnis. Ihr gemeinsames Credo lautet: Nur was sich auf einheitliche statistische Daten reduzieren läßt, das läßt sich auch einheitlich verwalten, das ist fürs computergesteuerte Management akzeptabel und nutzbar. In die materielle Wirklichkeit rückübersetzt, bedeutet das: Will man Waffensysteme oder Maschinenparks, Soldaten oder Werktätige nach einheitlichen Kriterien durch interaktive Managementsysteme verwalten oder manipulieren, so daß die Simulation durch reale Prozesse imitiert wird, muß man sie zuvor auf miteinander kompatible statistische Daten reduzieren. Der einzelne Mensch wird in eine Kollektion von Datensätzen zerlegt, die als Ensemble lediglich seine statistisch erfaßbaren Eigenschaften repräsentiert; seine individuellen Besonderheiten fallen als *quantités négligeables* durch die Maschen der Datenverarbeitung.

Vollentwickelte leibhaftige Menschen unterscheiden sich allerdings erst voneinander kraft ihrer statistisch nicht dingfest zu machenden subjektiven Bedürfnisse, Vorstellungen, Hoffnungen und Empfindungen. Weil solche subjektiven Eigentümlichkeiten indes mit Organisationsstrukturen der Computersysteme inkompatibel sind, werden die Menschen von den Systemen und ihren Handlangern mit mehr oder weniger Nachdruck genötigt, sich in imitativem Gehorsam zu üben. In diesem Kontext meint imitativer Gehorsam: Die Menschen sollen sich gefälligst ihrer Subjektivität entledigen, sollen selber ihre inkommensurablen Eigenarten abwerfen oder unterdrücken, sollen sich voll und ganz in dem Ja-Nein-Raster der computerlesbaren Formulare oder der Menüs auf den Bildschirmen auflösen und

---

2 Zur Beschreibung einiger interaktiver Managementsysteme für die Spekulation mit Aktienpaketen und Terminkontrakten siehe Hans G. Helms: Manhattans neue Kapitalfabriken. Zu den technologischen Ursachen und baulichen Konsequenzen der Konzentration des Weltfinanzkapitals in New York. In: Ulrich Becker/Annalie Schön (Hrsg.): Die Janusgesichter des Booms. Strukturwandel der Stadtregionen New York und Boston. Hamburg 1989. S. 25ff. – Gekürzte Neuveröffentlichung unter dem Titel: Die Kapitalfabrik. In: WechselWirkung. Aachen (1994)69. S. 29ff.

sich als unverwechselbare Individuen auslöschen. Es ist betrüblicherweise nicht zu verkennen, wie viele in blindem Vertrauen auf den technischen Fortschritt, ob ihres ahistorischen Bewußtseins, aus Unkenntnis der politökonomischen, sozialen und ökologischen Implikationen der *high-tech*-Systeme und der mit ihnen verbundenen Zielsetzungen oder einfach aus blanker Gier nach mehr Wohlstand, mehr leer laufender Freizeit und traniger Bequemlichkeit zur Selbstaufgabe bereit sind.

Wie schon je die Rekruten den vorgeblich auf Sachzwängen beruhenden Befehlen der vorgesetzten Schleifer stramm gehorcht haben – mögen sie auch noch so unsinnig und entwürdigend sein –, genauso sollen sich nun die Menschen in der Zivilsphäre den technischen Zwängen der Systeme unterordnen und den Managementkommandos gehorchen; sie sollen den Systemen dienen, simulierte Prozesse in reale umzuwandeln, Computersimulationen in konkrete Faktizität umzusetzen. Im Verlauf dieser imitativen Unterwerfung unter die systemimmanenten *constraints* der Datenmanagementsysteme werden die Menschen graduell mit den aus ihren statistisch erfaßbaren Eigenschaften extrapolierten digitalen Datensätzen zur Deckung gelangen, bis sie sich schließlich vollends zu durchsichtigen Imitaten ihres austauschbaren Selbst, zu sogenannten *gläsernen Menschen*, degradiert haben. Denn Menschen, wie interaktive Managementsysteme sie als beliebig manipulibles Simulations- oder Verwaltungsmaterial verlangen, sind nichts weiter als digitale Datensätze, die die Systeme restlos zu irgendwelchen statistischen Größen verarbeiten können.

Es waren nicht allein die unübersehbaren Analogien zwischen den Wirkungszusammenhängen militärischer und ziviler *electronic battlefields*, die den aus gesellschaftlicher Verantwortung zum Renegaten gewordenen Computerwissenschaftler und Künstliche-Intelligenz-Forscher Joseph Weizenbaum veranlaßt haben, vor dem längst um sich greifenden »Computerimperialismus« zu warnen.[3] Weizenbaum trieb die Einsicht, daß Computer- systemen die systemimmanente imperialistische Tendenz innewohnt, sich hierarchisch zu integrieren und zu vernetzen und via Datenautobahnen nach und nach immer größere Bereiche unserer gesellschaftlichen Existenz ihrer simulativen Administration zu unterwerfen.

---

3 Siehe Elisabeth Rosenthal: A Rebel In The Computer Revolution. A founding father has second thoughts. Interview with Joseph Weizenbaum. In: Science Digest. New York (1983)8. S. 94f. – Joseph Weizenbaum: Die Macht der Computer und die Ohnmacht der Vernunft. 3. Aufl. Franfurt am Main. 1982. S. 337ff.

Computersysteme können im Grunde nur mit anderen Computersystemen konversieren, korrespondieren und kooperieren, auch wenn heutigentags vorhandene Vorschaltprogramme (*natural language front-ends*) den völlig irrigen Eindruck erwecken und erwecken sollen, die Computer verstünden unsere Sprache – also Englisch oder Deutsch, Italienisch oder Französisch –, und wir könnten mit ihnen Zwiegespräche führen, selbst über unsere intimsten Nöte und Wünsche. Aber als Steuerungsinstrumente oder Kommandostellen für Menschen, Maschinen, Transportmittel und Waffenarsenale sind sie in der Tat imstande, die Welt nach dem simulierten Digitalbild, das sie von ihr haben, umzugestalten und letzten Endes zu vernichten.

Werden seit dem Beginn der achtziger Jahre, als die Technologien einen entsprechenden Entwicklungsstand erreicht hatten, zusehends mehr Datenverarbeitungs- und Datenübertragungssysteme zu interaktiven Managementsystemen integriert und vernetzt und steuern diese auch in immer größerem Umfang die Reproduktion der Menschen, dann impliziert solch ein zur Universalität drängendes technisches Gesellschaftsmanagement unweigerlich die statistische Nivellierung der Individuen und die Militarisierung ihrer gesellschaftlichen Interaktionen.

II.

Heutzutage beginnt die Einübung des imitativen Gehorsams als Spiel im frühen Kindesalter. Sobald die Fünf- oder Sechsjährigen imstande sind, Figuren, graphische Symbole und Zahlen wiederzuerkennen und zu unterscheiden, werden sie vor ein elektronisches Spielzeug gesetzt. Sie brauchen weder die reale Bedeutung der Figuren und Symbole zu verstehen, noch muß ihr Lesevermögen zu mehr reichen als zum bildhaften Auffassen weniger repetitiver Programmkurzworte wie *CRASH*, *ERROR*, *DELETE*, *TRY AGAIN* und affirmativer Exklamationen wie *GREAT* oder *WOW*. Computerspiele intensivieren die vom bloßen technischen Fortschritt geförderte Entalphabetisierung insbesondere der einkommensschwachen Schichten. Sie stehen in einem engen Wirkungszusammenhang mit der progressiven Dequalifikation, den das Existenzminimum unterschreitenden Arbeitseinkommen und der strukturellen Arbeitslosigkeit, diesen anderen gesellschaftszerstörenden Konsequenzen des technischen Fortschritts, unter denen immer mehr Werktätige leiden.

Als Trainingsgerät für das zuzurichtende Kind dient ein PC oder ein mit ein paar Zusatzgeräten zum »Allzweckunterhaltungszentrum« aufge-

motzter Fernseher im Kinderzimmer.[4] Jugendliche aus ökonomisch benachteiligten Schichten müssen ihr Training an den Automaten öffentlicher Spielhallen absolvieren. Da den Kindern eingehämmert wird, *computer literacy* sei unverzichtbare Voraussetzung für jegliches Reüssieren im späteren Erwerbsleben[5], und weil das Training am privaten PC wie am öffentlichen Automaten ziemlich viel Geld verschlingt, werden nicht allein arme Kinder zu jugendlichen Kriminellen, damit sie das vom System ihnen abgeforderte Übungssoll erfüllen können.

Das elektronische Spielzeug besteht aus Hardware (dem Computer samt Bildschirm, einem Bedienungsteil und einem Diskettenlaufwerk) und aus Software (den interaktiven Spielprogrammen mit Bedienungs- oder Spielinstruktionen). Je benutzerfreundlicher das Spielzeug beschaffen ist, desto größer der Lerneffekt, desto leichter ist das Kind zum Training anzuhalten. Deshalb erfreuen sich solche Systeme größter Beliebtheit, bei denen das Kind nichts weiter zu üben braucht, als eine Maus auf einer mit Symbolen oder Figuren bedeckten Steuerplatte horizontal, vertikal oder diagonal hin und herzuschieben und auf diese Weise den *cursor* auf dem Bildschirm zu manipulieren. Tastaturen hingegen setzen schon ein Mindestmaß an Differenzierungsvermögen, also an Erfahrung, ebenso voraus wie einen – wenn auch minimalen – Lernprozeß und Grundkenntnisse des ABCs.

Von den geschwind über den Bildschirm huschenden Symbolen und Figuren in Bann geschlagen und geistig überfordert, hockt das gestreßte Kind vor seinem Spielgerät und übt sich in Panikreaktionen. Mal trainiert es, ganz wie der Champion Damon Hill, den roten Rennwagen des fiktiven Konkurrenten unter Mißachtung jedweder Vorsichtsmaßregeln zu überrunden und notfalls durch rücksichtslose Fahrmanöver und Beinahe-Karambolagen von der Piste zu drängen. Dann wieder schlüpft es in die Haut Ronald Reagans oder Bill Clintons und übt als oberster SDI-Befehlshaber die Verteidigung des blauen Kinderzimmers gegen heimtücki-

---

4 Siehe Hans G. Helms: Die elektronische Wohnstube. Arbeitsplatz, Spielhölle und Wahlgefängnis. In: Hans G. Helms: Auf dem Weg zum Schrottplatz. Zum Städtebau in den USA und in Canada. Köln 1984. S. 189.

5 Siehe Hans G. Helms: USA: Die Schule wird absterben. In: »päd extra«. Köln. Vom 15. Oktober 1984. S. 42ff. – Elisabeth Rosenthal: A Rebel In The Computer Revolution. A founding father has second thoughts. Interview with Joseph Weizenbaum. In: Science Digest. New York (1983)8. S. 94f.

sche rote Überraschungsangriffe mit interkontinentalen oder interstellaren Raketen, bestückt mit Atomsprengköpfen. Oder es nimmt in der Maske Hitlers oder *Supermans* einen elektronischen Knüppel in die Hand und drischt auf die roten Untermenschen ein – seien es Juden, Türken, Schwarze oder Marsbewohner –, damit sie endlich kapieren, wer der Herr im blauen Haus ist. Werden in der Hitze des Scharmützels auf dem *electronic battlefield* versehentlich ein paar Kameraden pulverisiert, so tröstet sich das gehorsam imitierende Kind wie schon jeder General vor ihm: Wo Krieg geführt wird, da gibt es halt Tote und Verwundete.

Unter beständigem Streß und Terror auf rein fiktive, aber als real empfundene Ereignisse spielerisch und ernsthaft zugleich reagierend, hat das Kind die zentralen Lehren der Computersimulationen bald verinnerlicht:

(1) Simulation ist imitierte Realität, ergo ist Realität nichts anderes als imitierte Simulation.
(2) Symbole regeln das ganze Leben.
(3) Die Welt ist ein schrecklicher permanenter Kriegsschauplatz, wo jeder der tödliche Konkurrent/Gegner/Feind des anderen ist.
(4) Fremdartige Wesen sind grundsätzlich böse und wollen uns vernichten, kommen wir ihnen nicht zuvor und exterminieren sie.
(5) Nur bedingungsloser Gehorsam und schnellstmögliches Reagieren ohne viel Nachdenkens und Federlesens bieten eine Überlebenschance.
(6) Verbissener Kampf bis zum stets neuerlich in Frage gestellten Sieg/Erfolg ist die den militarisierten gesellschaftlichen Verhältnissen einzig angemessene Existenzform.

Computerspiele, von den Apologeten der Hochtechnologien bezeichnenderweise als ideale Lehrmittel propagiert, halten den jungen Menschen zur Denkunlust an, wofern sie ihn nicht zum funktionalen Analphabeten verkümmern lassen, der zu denken nicht mehr fähig ist. Während er zu spielen meint, drillen sie ihn erbarmungslos, auf figurative und symbolische Reize gehorsam zu reagieren, auf Reize, die nicht durchschauten Simulationskontexten angehören, von denen er lediglich die Oberflächen wahrnimmt. Sie imprägnieren ihn mit einer tiefen Computergläubigkeit und machen ihn bildschirmhörig. Sie suggerieren ihm die Idee, in der heutigen *high-tech*-Konsumwelt sei Arbeit identisch mit Manipulation, und desavouieren damit die vielleicht noch in ihm schlummernde Ahnung von der Differenz zwischen Arbeit und Freizeit, Öffentlichkeit und Privatheit, die für die volle Reproduktion der Menschen unerläßlich ist.

Nimmer lernend, in reflektierten Zusammenhängen sinnvoll zu arbeiten, wird der junge Mensch um seine Hominisation und Humanisierung betrogen,

um das Sammeln konkreter Erfahrungen und um das aus ihnen resultierende Bewußtsein, Teil eines gesellschaftlichen Kollektivs und eines historischen Prozesses zu sein. Computerspiele verkrüppeln sein Sensorium ebenso wie sein soziales Bewußtsein und impfen ihm stattdessen eine ahistorische, platt solipsistisch-darwinistische Weltsicht ein. Wie seine sozialen Instinkte hindern sie seine eminent wichtigen subjektiven Fakultäten Spontaneität und kreative Phantasie an ihrer Entfaltung.[6]

Steuert ein mit Computerspielen großgezogener Mensch später einmal ein Auto über eine Autobahn, wird er gewiß nicht realisieren, in welchem Ausmaß er freiwillig auf die Benutzung seiner natürlichen Fakultäten und Erfahrungen verzichtet. Deren Funktionen haben ihm äußerliche autoelektronische Systeme abgenommen; er operiert weitgehend fremdbestimmt. Digitale Armaturen bedeuten ihm, wie schnell er rast, wieviel Liter Treibstoff sein Tank noch enthält und ob der Öldruck okay ist; sie informieren ihn über den Wärmegrad des Motors, den Luftdruck in den Pneus, den Abstand zum Wagen vor ihm, ob er seinen Gurt angelegt und die Türen verriegelt hat usw. Freilich nützen ihm all diese Informationen wenig genug; denn sie werden ihm als isolierte, aus dem Zusammenhang gerissene Daten geboten. Sollen sie einen Sinn ergeben, muß der geschwächte Verstand des Autolenkers den Zusammenhang stiften; dazu bedarf er jedoch eben der Erfahrungen, die zu machen ihn die Systeme hindern.

Konsequenterweise sind etliche autoelektronische Systeme bereits so konstruiert, daß sie dem Fahrer mittels roter Blinkzeichen oder akustischer Signale als Ratschläge kaschierte Befehle erteilen und selbständig eingreifen und beispielsweise die Geschwindigkeit drosseln, falls der süchtig vor sich hin rasende Mensch nicht pariert.

III.

Ein gedankenloser Zeitgenosse mag sich weiterhin leichtsinnig einbilden, er treffe die seine Existenz bestimmenden Entscheidungen aus eigener Einsicht und aus freiem Willen. Dem ist freilich durchaus nicht so, und jeder, der es

---

6 Siehe Hans G. Helms: Die Computer und die Phantasie. Auswirkungen der Mikroelektronik auf das Denken. In: Merkur. Stuttgart 37(1983)12. S. 928–936. – Eine aktualisierte und erweiterte Fassung erschien unter dem Titel: Die Computer und die Phantasie oder Instrumentelle Ratio wider gesellschaftliche Vernunft. In: form + zweck. Berlin 22(1990)1. S. 10–14 und 22(1990)2. S. 34–37.

will, kann es erkennen. Er braucht nur einmal darüber nachzudenken, in welchen Bereichen seiner Existenz er selber an einer elektronischen Leine hängt, wo überall und wie oft pro Tag er elektronischen Kommandos oder Empfehlungen Gehorsam leistet.

Er legitimiert sich mit einem computerlesbaren Personalausweis, Reisepaß oder Führerschein und gibt damit den Computersystemen von Polizei, Grenzschutz, Zoll oder Geheimdiensten Auskunft über seine Ortsbewegungen. Bei der Arbeit hat er eine codierte Firmenkennkarte um den Hals hängen; sie öffnet oder versperrt den Zugang zu bestimmten Bereichen seiner Arbeitsstätte und erhellt der Firmenleitung seine innerbetriebliche Mobilität. Bei finanziellen Transaktionen, beim *shopping* und bei der Unterhaltung benutzt er *money cards* oder Kreditkarten; sie kontrollieren sein Konsum- und Freizeitverhalten. In Büro oder Fabrik arbeitet er an einem Terminal; via Terminal ermittelt der Personalcomputer seine Arbeitsleistung, seine Fehl-zeiten, seine Abwesenheiten vom Arbeitsplatz während der Arbeitszeit. Benutzt er sein Telefon, registriert der Computer der Telekom, wen er wann anruft und wie lange er mit diesem Teilnehmer plaudert; selbstredend könnte der Computer auch die Gespräche in digitalisierter Form speichern. Schaltet er seinen verkabelten Fernseher ein, wird seine Programmwahl ad notam genommen, und spielt oder arbeitet er daheim mit seinem PC, kann das für das Leitungsmanagement zuständige Computersystem feststellen, mit welchen Computeranschlüssen er korrespondiert und den gesamten Text seiner Symbolmanipulationen festhalten. Werden die diversen Computersysteme zusammengeschlossen, wissen die behördlichen, kommerziellen und militärischen Obrigkeiten über all seine Aktivitäten genauestens Bescheid.

Das US-Militär hat die Computerentwicklung von Anbeginn nach seinen Interessen – totale Menschenkontrolle und -manipulation – gesteuert. Es hat mit finanziellem Druck dafür gesorgt, daß sämtliche Systeme nach dem von John von Neumann ersonnenen Prinzip der geschlossenen Regelkreise konstruiert worden sind, obzwar sich alternative, aber keine Kontrolle zulassende Konzeptionen angeboten haben.[7]

---

7 Zu diesen Vorgängen in den 40er Jahren siehe Hans G. Helms: Mikroelektronik bedarf der gesellschaftlichen Kontrolle. Politökonomische Überlegungen zur »zweiten industriellen Revolution«. Sendung von Radio Bremen mit dem SFB Berlin am 24. April 1984. Ungedrucktes Manuskript.

Das Militär will, was geschlossene Regelkreise bieten: hierarchisierte Datenverarbeitung nach statistischen Kriterien, die die totale Kontrolle des Datenursprungs und der Datenurheber, das heißt, der Menschen, ermöglicht. Sie ist dem Prinzip der geschlossenen Regelkreise immanent. In diesem Kontext darf Kontrolle keinesfalls als eine passive, bloß registrierende und dokumentierende, mißverstanden werden. Seit der Inzeption der Datenverarbeitung mit den ersten Hollerith-Maschinen vor hundert Jahren ist die Kontrolle der Menschen durch das System als eine aktiv die Daten und ihre Urheber manipulierende intendiert gewesen.

In den sechziger und siebziger Jahren haben es die im Militär-Wissenschafts-Industrie-Komplex tätigen Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker zustandegebracht, dialogfähige Computer zu entwerfen und zu bauen. Dialogfähigkeit ist die erste Voraussetzung für die Einbeziehung des Datenurhebers in die Computersysteme. Seit Beginn der achtziger Jahre existieren die übrigen technischen Bedingungen für die Integration der Menschen in die Maschinensysteme. Seither sind Computer interaktiv, lassen sich zu Großsystemen integrieren und global vernetzen. Infolgedessen wird jeder PC oder interaktive Fernseher zum Terminal, das sich via Digitaltelephon mit sämtlichen in der Welt bestehenden Datenverarbeitungssystemen potentiell verbinden läßt und latent verbunden ist. Die Hacker haben es oft genug bewiesen. Die integriert-vernetzten interaktiven Systeme beziehen den Benutzer eines Terminals in den Datenfluß vollkommen ein. Jede vom Benutzer eingegebene Information wird unmittelbar in eine rückfließende Anweisung verarbeitet, mag diese auch als freundliche Empfehlung getarnt sein. Durch *war gaming* an spielzeughaften *electronic battlefields* von früh auf zum imitativen Gehorsam gedrillte Menschen werden sich solchen freundschaftlichen Ratschlägen schwerlich widersetzen.

Den US-Militärs (und ihren Berufskollegen anderswo) reicht das alles noch längst nicht. Sie begehren nichts dringlicher als den unmittelbaren Zugriff aufs Gehirn jedes einzelnen Menschen. Zu diesem Behuf hat *DARPA* in den frühen siebziger Jahren einen kalifornischen *think tank*, die Denkfabrik *SRI International* in Menlo Park, beauftragt, zu erkunden, ob sich jene Denkprozesse im Gehirn, die sprachlich formuliert werden, mit Mitteln und Methoden der Elektromyographie und der Elektroenzephalographie messen lassen, und ob es ferner möglich ist, die von einem Individuum gedachten Worte und Sätze zu entschlüsseln. Die Ergebnisse sind positiv ausgefallen, glaubt man dem an *DARPA* abgelieferten Untersuchungsbericht.[8] Kraft der *SRI*-Tests müssen einige der

technischen Voraussetzungen für die Gedankenspionage und -beeinflussung als theoretisch gelöst gelten.

In den frühen achtziger Jahren hat es die *US Navy* unternommen, die in Menlo Park eingeschlagene Entwicklungslinie entschieden voranzutreiben. In eigenen und fremden Labors läßt sie Überlegungen und Experimente anstellen, die demonstrieren sollen, ob und wie man aus organischen Stoffen, vor allem aus Proteinen, Mikroprozessoren konstruieren könnte, die ein Format von wenigen Kubiknanometern, das sind Millionstel Millimeter, besäßen. Die bisherigen Forschungen zur Entwicklung solcher fürs bloße Auge unsichtbaren *Biochips* oder *Molecular Elektronic Devices (MED)* haben zwar schon bedenkliche Zwischenergebnisse gezeitigt, sind dem Endziel indessen gottlob noch nicht wesentlich näher gerückt.[9] Das Endziel ist ein körperverträglicher Computer von Nanodimensionen, den man ins menschliche Gehirn implantieren könnte.[10]

Mit einem Proteincomputerimplantat im Schädel wäre der Mensch, ohne es je zu gewahren, vollkommen fremdbestimmbar. Zur Insubordination wäre er dann nur fähig, wenn das System versagte. *Biochips* komplettierten das System der geschlossenen Regelkreise, der umfassenden Gesellschaftsmanipulation durch militärische und zivile *electronic battlefields*. Der Mensch würde zum integralen Bestandteil des Maschinengesamtsystems. Imitativer Gehorsam bräuchte nicht mehr geübt zu werden, er wäre durch das System garantiert.

---

8 Siehe Hans G. Helms: Computer aus der Alchemistenküche. Zu den Forschungsphantasien des Pentagons über Biochips und molekularelektronische Geräte. In: Angestellten-Magazin. Köln (1988)9. S. 22–26; (1988)10. S. 23f.; (1988)11. S. 22f.; (1989)1. S. 17f.; (1989)3. S. 21f.; (1989)4. S. 21f. – Insbesondere (1989)2. S. 20f.

9 Siehe Forrest L. Carter (Hrsg.): Molecular Electronic Devices. New York, Basel 1982. – Eric K. Drexler: Engines of Creation. Garden City/NY 1986.

10 Zu diesem Gesamtkomplex siehe Hans G. Helms: Computer aus der Alchemistenküche. Forschungen im Auftrag des Pentagons zu Biochips, molekularelektronischen Geräten und zur Kontrolle und Steuerung von Menschen durch implantierte *wetware*. In: Hermann Behrens/Gerd Neumann/Andreas Schikora (Hrsg.): Wirtschaftsgeschichte und Umwelt. Hans Mottek zum Gedenken. Forum Wissenschaft. Studien. Bd. 29. Marburg 1996. S. 142ff.

JOHANNES GILDEMEISTER

Zur Desinformation in der »Informationsgesellschaft«

Um den heutigen Entwicklungsstand der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu kennzeichnen, wird diese von den prokapitalistischen Politikern meist als Informationsgesellschaft bezeichnet. Den Ausdruck »Informationskapitalismus« hört man dagegen überhaupt nicht fallen. Weil es mich gestört hat, von einer Informationsgesellschaft so zu sprechen, als handele es sich um eine den Sozialismus ersetzende Stufe der kapitalistischen Entwicklung, habe ich im Literaturangebot der TU Dresden recherchiert. Dort findet man unter diesem Schlagwort zwischen einem Dutzend und zwanzig Bücher, zum Informationskapitalismus aber eine Nullanzeige. Zum zweiten Begriff etwas gelesen und dort auch eine recht verständliche Definition gefunden habe ich in dem Heft 1 der Schriftenreihe »Analyse & Vision« der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag.[1] Im Heft 4 derselben Schriftenreihe behandelt Horst Kreschnak das Thema, dem die heutige Veranstaltung gewidmet ist. Aber auch er beläßt es lediglich bei einem Verweis auf die im Heft 1 gegebene Definition, ohne sie dem Leser näher zu bringen. Der Begriff der Informationsgesellschaft wurde von ihm gleichfalls verwendet, allerdings undefiniert und unkritisch.

Nicht unkritisch wird die »Informationsgesellschaft« aber in den Büchern einer Reihe von westdeutschen Autoren abgehandelt. Als eines der kritischsten betrachte ich dabei das Buch »Politik und Medien in der Informationsgesellschaft« von Markus Stöckler.[2] Er verdeutlicht in seiner Schrift mit umfangreichen Literaturverweisen, welche internationalen Organisationen und welche Wissenschaftler der am weitesten fortgeschrittenen kapitalistischen Länder sich seit den sechziger Jahren mit dem Einfluß der Informationstechnik auf Produktion und Gesellschaft befaßt haben.

---

1 Carl Davidson/Ivan Handler/Jerry Harris: Verheißung und Gefahr der Dritten Welle: Sozialismus und Demokratie im 21. Jahrhundert. Dresden 1995. S. 33f. (Analyse & Vision. Schriftenreihe der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag 1/1995).

2 Siehe Markus Stöckler: Politik und Medien in der Informationsgesellschaft. Münster, Hamburg 1991.

Wir lesen hier nach, welchen schwindelerregenden Stand die Informationstechnik sowohl auf dem Gebiet der Kommunikation – einschließlich Internet über Glasfaser und Satellit – als auch im Einsatz zur Steuerung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion, in der Verwaltung und in Haushaltgeräten erreicht hat. Vier Jahre nach Erscheinen dieses Buches heißen die neuesten technischen Schlager: Multimedia, interaktives Fernsehen mit integriertem PC usw. Aufgrund der Informatisierung der Gesellschaft wird von einer Informationsgesellschaft gesprochen, die sich über die Agrargesellschaft und die Industriegesellschaft entwickelt habe, ohne die Entwicklung der Eigentumsstrukturen, die maßgeblich die Entwicklung der Produktivkraft und der gesamten Gesellschaft beeinflussen, zu berücksichtigen.

Die sich mit der »Informationsgesellschaft« beschäftigenden Theoretiker haben keine Definition derselben zustande gebracht, weil sie sich methodologisch idealistisch unter anderem bei der Bewertung von fließender und gespeicherter Information verfangen haben; wohl haben sie aber gewisse Kriterien für das Erreichen dieser »Gesellschaftsstufe« angegeben, wie:

— ein bestimmtes Durchschnittsmindesteinkommen,
— ein Anteil von mindestens 50 % der Erwerbstätigen im Dienstleistungsgewerbe,
— eine Quote von etwa 50 % eines Jahrganges als Hochschulabsolventen,
— ein Anteil von etwa 35 % der Ausgaben im gesamtgesellschaftlichen Bereich für die Information.[3]

Diese Kriterien würden etwa von den USA erreicht. Es wäre in diesem Zusammenhang aber interessant, der Frage nachzugehen, wie hoch der ständig wachsende Anteil der Dienerleistungen innerhalb des Dienstleistungsgewerbes in diesem kapitalistischen System ist. Detailliertere Gründe für die bisher nicht zustande gekommene Definition kann man auch bei Stöckler[4] und Hensel[5] nachlesen.

Nach Stöckler steht in einer modernen kapitalistischen Demokratie einem selbständigen System der Medien das der Politik gegenüber. Dabei würde in Anlehnung an das Demokratieprinzip der Gewaltenteilung nach Montesquieu »zwischen exekutiver und legislativer Macht«, das heißt zwischen der

3 Siehe ebenda. S. 255.
4 Siehe ebenda. S. 131.
5 Siehe Matthias Hensel: Die Informationsgesellschaft. Neuere Ansätze zur Analyse eines Schlagwortes. München 1990. S. 42.

Staatsgewalt und der Macht der gewählten Volksvertreter, eine die Entwicklung fördernde Wechselwirkung stattfinden, womit zugleich die Demokratie legitimiert werde. Die durch die Informatisierung gekennzeichnete Entwicklung der gesamten Gesellschaft mit ihrer gewaltigen Produktivitätssteigerung einerseits und ihrer auf die Bürger wirkenden Informationsflut andererseits stellt nach seiner Aussage die Umwelt für das durch Verschmelzung der beiden Systeme »Politik« und »Medien« sich bildende »Supersystem Informationsgesellschaft« dar. Anstelle der Wechselwirkung in Form von Kritik und korrigierter Handlungsweise zwischen beiden Systemen, wie sie zur Gesunderhaltung des Gesamtsystems gebraucht wird, ist die Inszenierung elektronischer Demokratierituale zu beobachten.

Obwohl Stöckler sich gegen die Konzentration von Medien in Privathänden wie bei Berlusconi in Italien wendet, geht er nicht auf die ähnliche Erscheinung in Deutschland und darüber hinaus ein und handelt im übrigen das Thema Informationspolitik in einem besitzlosen Raum der Gesellschaft ab, obgleich es im Gegensatz dazu in der kapitalistischen Gesellschaft erstrangig um den Besitz von Geld, von Produktionsmitteln, um die Macht über Menschen geht, um den Überlebenskampf einerseits und die Erlangung von Maximalprofit andererseits. Mit Mut zur Wahrheit warnt er vor der Gefahr für die Demokratie, die ausgehöhlt wird und ihre Legitimation verliert, wenn von den Medien und Politikern ein Demokratieritual in Form von periodisch stattfindenden Wahlkampfspektakeln und regelmäßig geführten Meinungsumfragen inszeniert wird und der Bürger im übrigen mit einer Mischung aus Sensationsberichten, Propaganda und Klatsch, Unterhaltung, Bildberichten, Sex- und Horrorfilmen zugleich verdummt und desinformiert wird.

Von Markus Stöckler wurde aber genügend deutlich herausgearbeitet, daß mit der auch in Deutschland sich vollziehenden Verschmelzung des politischen mit dem Mediensystem zum »Supersystem Informationsgesellschaft« eine politisch desinformierte Gesellschaft entsteht. Beschönigung oder Verharmlosung der Absichten der privaten Medienbesitzer und idealistische Ansätze seinerseits und die weiterer genannter Medienwissenschaftler zur Gegensteuerung gegen dieses Supersystem stehen allerdings auf der negativen Seite der Bilanz. Mut bis zur letzten Konsequenz wäre hier notwendig gewesen, um die letzte sich ergebende leicht einsehbare Schlußfolgerung zu ziehen: Die gegenwärtige sogenannte *Informationsgesellschaft* mit ihren zum Supersystem verschmolzenen Systemen von Politik und Medien ist eine *Desinformationsgesellschaft.*

Die »Informationsgesellschaft« aus marxistischer Sicht

Das Informationswesen aus marxistischer Sicht zu betrachten, verlangt, die Rolle der Information in der Wechselwirkung zwischen gesellschaftlichem Überbau und seiner Basis herauszustellen. Weil es für unsere Argumentation nützlich ist, soll diese Wechselbeziehung als kybernetisches Modell dargestellt werden, wie in Abbildung 1 zu sehen. Aus dem Grundmodell eines technischen Regelkreises abgeleitet, ist es – auf die Gesellschaft angewandt – zugleich ein erkenntnistheoretisches Modell. Es entspricht etwa dem Informationswesen in den USA, wo sich die Medien praktisch zu 100 % in den Händen der Finanzoligarchie befinden und auch der unbedeutende öffentlich-rechtliche Rundfunk von den Parteien derselben herrschenden Oligarchie dirigiert wird. Und diesem System angeglichen zu werden, droht uns seit Einführung des privaten Rundfunks mit dem dualen System aufgrund der dahinterstehenden nationalen und internationalen Finanzmacht und der Absicht der mit ihr verbundenen Industriemagnaten, an der neuen Informationstechnik zu verdienen und die Menschheit geistig zu verknechten.

Anhand dieses Kybernetikmodells läßt sich verständlicher erklären, wie das von Stöckel genannte Verschmelzen des politischen mit dem Mediensystem zu verstehen ist. Wir können hier erkennen: Das Supersystem entspricht einem Supergehirn, einem Organ der Fremdbestimmung und Beherrschung der Masse von besitzlosen Bürgern, die von der Meinungsäußerung über die Medien ausgeschlossen sind. Bei Marx steht hier anstelle dieses Beherrschungsorgans der Staat als gesellschaftspolitischer Überbau und der Bürger mit seinem Arbeitsfeld als gesellschaftliche Basis. Stöckel hat die von den politischen Machthabern nicht beherrschten Medien im Bereich der gesellschaftlichen Basis eingeordnet, gleichfalls auch die laut Grundgesetz der Bundesrepublik zur Staatsferne verpflichteten öffentlich-rechtlichen Rundfunksender. In diesen existiert noch ein Rest Demokratie, auch wenn diese durch das Gewicht der führenden Parteien im Rundfunkrat eingeschränkt ist.

Wir haben ein kybernetisches System vor uns, das immer durch geschlossene Informationskreise und durch auszuregelnde Störgrößen gekennzeichnet ist. Die auf die Regelstrecke Arbeitsfeld wirkenden Widersprüche als Störgröße verursachen im allgemeinen einen Fortschritt, während die auf die Regeleinrichtung »Menschliches Gehirn« oder »Kopf einer Organisation« einströmenden Störgrößen Z_{RI} oder Z_{RB} Gefährdungen im Gesamtsystem bzw. am Induviduum auslösen. An der Führungs-

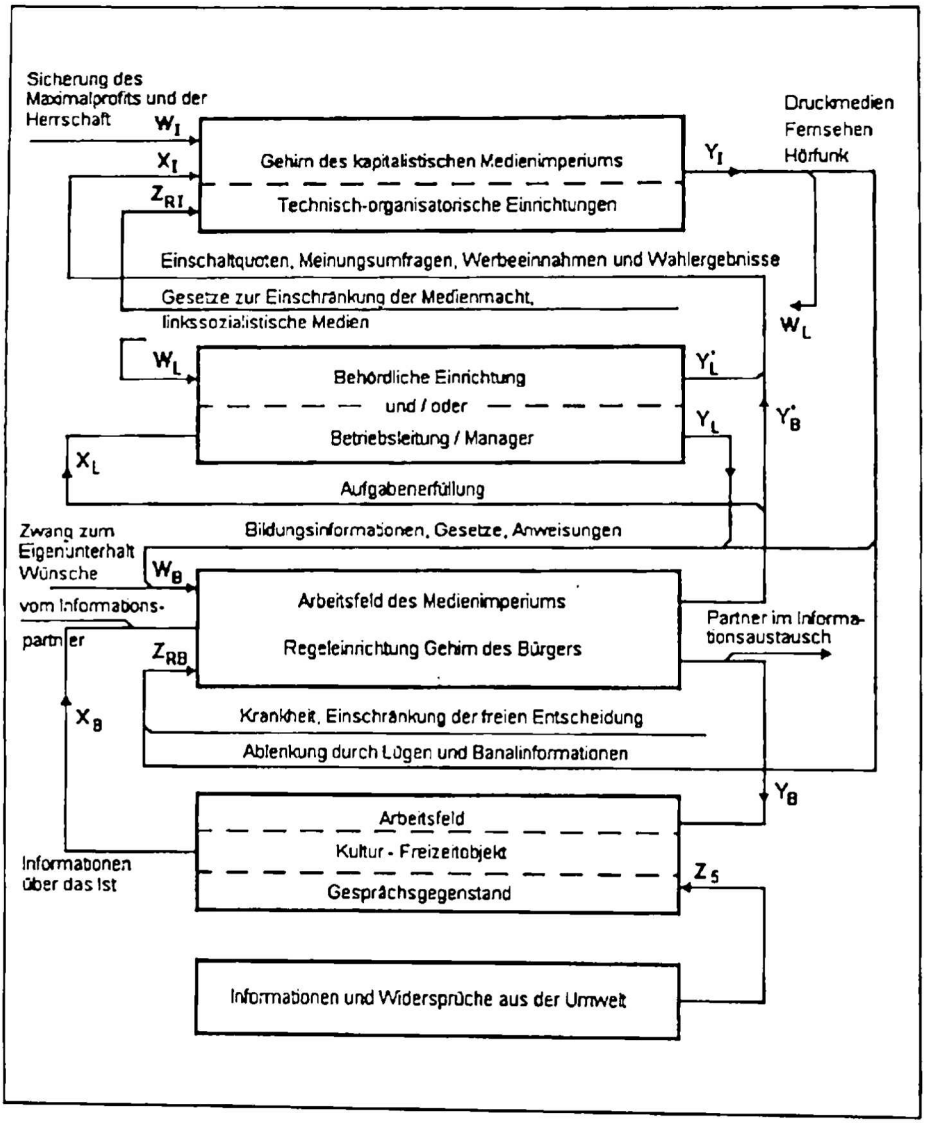


Abbildung 1: Erkenntnisprozeß in der Fessel des Medienimperiums

größe W_B kann das notwendige Verhältnis von Fremd- zu Eigenbestimmung diskutiert werden. Hierzu empfiehlt es sich auch, bei Georg Klaus nachzulesen, was er über die Fremdbestimmung der Individuen durch verschiedene gesellschaftliche Normen und die innerbetriebliche Pseudodemokratie in einem kapitalistischen Betrieb schreibt.[6]

In jedem kybernetischen System wird gemessen oder geprüft, ob die von der Leitzentrale ausgelöste Aktion auch die richtige Wirkung erreicht hat. Im Falle des privaten Medienunternehmens werden die Höhe der Werbeeinnahmen und die Akzeptanz des gegenwärtigen politischen Systems überprüft.[7] Die anderen Ausgangsgrößen wie die Zerstörung der Umwelt, der Kultur und der Seelen der Menschen von Kindesbeinen an, zunehmendes sekundäres Analphabetentum, die Nachahmung oder Überbietung von in primitiven Krimis dargestellten Verbrechen oder auch die Vereinsamung der Bürger lösen von der Zentrale des Medienimperiums dagegen keinen Impuls zur Gegensteuerung aus.

Auf die Regeleinrichtung »Gehirn des Bürgers« wirken hier die Führungsgrößen W sowohl des obersten Medienimperiums als auch die der unmittelbar übergeordneten Institutionen im beschäftigenden Betrieb oder in den Behörden. Die hier auf den Bürger wirkenden Führungsgrößen stellen Ausgangsgrößen der übergeordneten Organe dar, jedoch nicht die einzigen. Ausgangsgrößen haben in einem erkenntnistheoretischen kybernetischen System normalerweise die Aufgabe, den Prozeß der Erkenntnis auf dem Arbeitsfeld des Bürgers zu fördern. In der Regeleinrichtung »Gehirn des Bürgers« erscheinen aber neben den naturbedingt auftretenden Störgrößen Z_R »Krankheit«, »Einschränkung der freien Entscheidung von außen« zusätzlich noch die »Ablenkung durch Lügen und Banalinformationen«, die Ausgangsgrößen der übergeordneten Regeleinrichtung »Gehirn des kapitalistischen Medienimperiums« sind. Als für das Medienimperium wichtigste Eingangsgrößen muß man deshalb Einschaltquoten, Werbeeinnahmen und Wahl- und Meinungsumfrageergebnisse ansehen (siehe Abbildung 1). Das alles sind eindeutig gegen den Erkenntnisprozeß des Menschen gerichtete Informationen, also den gesellschaftlichen Niedergang verursachende Informationen.

---

6 Georg Klaus: Kybernetik und Gesellschaft. Berlin 1973. S. 75ff.

7 Cordt Schnibben: Oma springt vom Dach. Über RTL – die Zukunft des deutschen Fernsehens. In: »Der Spiegel«. Hamburg (1993)34. S.168f.

Eine den Möglichkeiten des Homo sapiens entsprechende Gesellschaftsordnung zu schaffen, erfordert deshalb, die Informationsströme, die das Gesellschaftssystem total durchdringen und maßgeblich beherrschen, die dasselbe mit Internet und tausend angebotenen Fernsehkanälen aber auch zum Chaos führen können, der Vernunft des Menschen gehorchend in geordnete Bahnen zu lenken, das heißt, anstelle des Gehirns des kapitalistischen Medienimperiums die vom Volk demokratisch gewählte Regierung zu setzen, anstelle der Führungsgröße Maximalprofit und Aufrechterhaltung der Gelddiktatur das Wohl aller Bürger. In dieser Form einer Diktatur, die ohne Gefängnisse und ohne Folter auskommt und stattdessen die Menschen geistig versklavt, scheinen die die Interessen der Besitzlosen vertretenden Parteien keine Chance mehr zu haben, sich wirkungsvoll zu Wehr zur setzen. Welche Erkenntnise sollten dennoch beherzigt werden?

In den linkssozialistischen Parteien sollte im Hinblick auf die gesellschaftlichen Erkenntnisprozesse Klarheit darüber herrschen,

— daß die privaten Massenmedien zur Maximierung ihres Profits einen von den Gesamtinteressen der Gesellschaft abgekoppelten gut funktionierenden Regelkreis nutzen,
— daß die Naturwissenschaftler an die Problemlösung entsprechend der materialistisch-dialektischen Erkenntnistheorie herangehen und damit erfolgreich sind,
— daß wesentliche Fehlentwicklungen in der Vergangenheit durch die Mißachtung dieser Erkenntnistheorie in der Praxis der marxistisch-leninistischen Parteien entstanden sind,
— daß es als Manko in der Programmatik der PDS zu betrachten ist, wenn dort die Rolle der materialistisch-dialektischen Erkenntnis als Mittel zur Bewältigung der gesellschaftlichen Widersprüche keine Erwähnung findet.

Wer die Welt positiv verändern will, darf die auftretenden Widersprüche nicht einfach verdammen, sondern muß sie als Triebkraft der Entwicklung begreifen. Darin bestand im Kern das methodische Vorgehen von Karl Marx und Friedrich Engels zur Gesellschaftsanalyse, und das führte sie zu ihren fundamentalen Erkenntnissen. Wer ohne Analyse der Widersprüche in der Gesellschaft Strategien ausarbeitet, kann keine Widersprüche überwinden, praktiziert methodologischen Idealismus, produziert unproduktive Utopien.

Die Forderung, die Medien unter strengere öffentliche Kontrolle zu nehmen, wird nicht nur von den Linkssozialisten vertreten. Zunehmend äu-

ßern sich Humanisten bis in die bürgerlichen Parteien hinein in ähnlicher Weise.[8] Bei allen möglichen Differenzen im Detail sollte es deshalb Übereinstimmung mindestens in folgenden Positionen geben:

— Private Verfügungsgewalt über ein Massenmedium ist mit einer Demokratie unvereinbar.
— Die Massenmedien haben anstelle dem Profit einzelner der Erkenntnis zum Wohle aller Bürger zu dienen.

---

8 Siehe Mathias Greffrath: Radio ist ein Platz im Süden. Über Demokratie, Rundfunkgebühren und die Karlsruher Richter. In: »Wochenpost« (1994)10. S. 3. – Bemerkenswert war auch der Abendkommentar des Deutschlandfunks vom 28. August 1995: Die Internationale Funkausstellung öffnet morgen ihre Tore. Dies ist Anlaß für Rainer Burchard, die Entwicklung der Medienwelt zu kommentieren: Man kann getrost von einer Konterrevolution sprechen. Was vor gut 200 Jahren ausgehend aufklärerisch mit den Parolen »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« eine neue Epoche der Menschheitsgeschichte einläutete, hat jetzt sein gegenteiliges Pendant gefunden. Die Formel 2000 lautet jetzt »On line-Software-Datenbit«. Und entgegen den viel verheißenden Freiheitsparolen der Multimediagiganten wird am Ende dieser Entwicklung der total vernetzte und damit also datengefesselte Mensch stehen, für den dann bestenfalls noch das Gleichheitsprädikat übrig geblieben sein wird, allerdings anders als humanistische Aufklärer dies verstanden wissen wollten. Der postmoderne Hang zur Datenknechtschaft führt in Unmündigkeit, Dummheit und Vereinsamung in der Masse. Das ist die Botschaft, die uns schon jetzt unverhüllt von jenen präsentiert wird, die sich angeschickt haben, eine Medienweltmacht, eine profitable dazu, zu etablieren. Gegen diese sogenannte Message nehmen sich Huxleys »Schöne neue Welt« oder Orwells »1984« geradezu wie altmodische Schmöker aus, deren Schreckensgemälde vielleicht noch die Wirkung der Märchen à la Hänsel und Gretel haben. Ein Spötter formulierte kürzlich, was Hitler und Marx nicht geschafft hätten, das gelänge dem US-Software-Produzenten Bill Gate, nämlich den gesamten Globus mit einer standardisierten Benutzeroberfläche zu standardisieren. Trefflicher ist die Medienrevolution dieser Tage nicht zu charakterisieren... Multimedia, das heißt die totale Fremdbestimmung unseres Lebens in nicht allzuferner Zukunft.

HEIDRUN LAUDEL/ELENOR VOLPRICH

Architektur und städtische Gemeinschaft im Informationszeitalter. Eine Zustandsbeschreibung

Es bedarf wohl keiner ausführlichen Darlegungen, um zu charakterisieren, daß wir uns in einer Krisen- und Umbruchsituation befinden. Kursierende Begriffe wie »Endzeit«, »Ungewißheit« oder zumindest »Risiko« belegen das. Nüchterne wissenschaftliche Analyse hat es schwer in solchen emotionsgeladenen Zeiten. Da mag es ein wenig beruhigen, daß die Geschichte Vergleichbares bereithält. Denken wir an die Wirrnis der Jahre nach 1789, von denen Victor Hugo in seinem Roman »1793« ein so plastisches Bild gezeichnet hat. Parallelen drängen sich vor allem zum ausgehenden 19. Jahrhundert auf, als Zarathustras Jünger die Flucht aus dem Moloch Großstadt antraten, ihren Seelenfrieden »lichtwärts« in der Natur suchten. In einem Knäuel von Bestrebungen fanden sich in diesen Zeiten immer auch durchgreifend neue Ansätze für Entwicklungen.

Da Umbrüche vor allem als Eingriffe in das unmittelbare Lebensumfeld des Menschen empfunden werden, sind solche Phasen in der Vergangenheit von Vorstellungen über die Zukunft der Stadt begleitet worden, und zwar Vorstellungen, denen nicht selten eine forcierte Zukunftsgewißheit anhaftete. Allein unser Jahrhundert wartet mit einer ganzen Reihe von Stadt-Visionen auf. Gedacht sei

— an die kühnen Träume der expressionistischen Architekten nach dem 1. Weltkrieg, die sich – wie Bruno Taut (1916) – mit einer Stadtkrone den Ort und das Symbol einer harmonischen städtischen Gemeinschaft schaffen wollten (siehe Abbildung 1)[1];
— an die apodiktischen Ordnungsstrukturen einer funktionsgegliederten Stadt, wie sie Le Corbusier in den zwanziger und dreißiger Jahren als Modelle entwickelte, in denen die Grundhierarchie kapitalistischer

1 Siehe Bruno Taut: Die Stadtkrone. Jena 1919.

Verhältnisse in Stein verfestigt wird: kreuzförmige Wolkenkratzer als Zentrum der Finanzoligarchie, klare Segregation der Orte des Arbeitens und des Wohnens unterschiedlicher sozialer Schichten (siehe Abbildungen 2 und 3)[2];

— an die technizistischen Gebilde, mit denen sich junge Architekten in Japan und England in den sechziger Jahren über leidenschaftlich geführte Debatten um den Verlust städtischer Kommunikation hinwegsetzten und den Sprung in die Zukunft unternahmen. Ein damals gerade noch möglicher ungebrochener Glaube an die Segnungen technischer Entwicklungen ließ Stadtsysteme entstehen, die sowohl der städtischen Verdichtung als auch der Dynamik der Menschen Rechnung tragen sollten. Dazu gehören die technisch-konstruktiven Gerüststrukturen, in die die Wohnkapsel des einzelnen eingehängt wird, wie sie innerhalb der englischen Archigram-Gruppe Peter Cook mit seinem Kapselturm entworfen hat (siehe Abbildung 4).

Diese futuristischen Phantasien von der Metropole der Geschwindigkeiten, der Dienstleistungen und der Freizeitangebote sind noch einmal Versuche gewesen, die zukünftige Stadt in ihrer Gesamtstruktur zu bestimmen. Sie erscheinen im zeitlichen Abstand als das letzte Aufbäumen einer Technikgläubigkeit, der mit dem Bewußtwerden der globalen Problematik der Boden entzogen worden ist. Mehr und mehr hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß sich Stadt in dieser Komplexität nicht denken läßt und die dazu üblichen Modelle zu sträflichen Vereinfachungen führen. Nur scheinen wir heute ins andere Extrem zu verfallen, bleiben Vorhersagen fast gänzlich aus. (Es ist allenfalls das kleine Häuflein an Spezialisten, das sich hin und wieder ermunternd zuruft, es hätten Stadtplaner die Pflicht vorzudenken.)

In der Realität entpuppt sich Stadt-*Entwicklung* – zumal im Osten Deutschlands – als verzweifelter, weil über weite Strecken konzeptionsloser Kampf um Bewahrung von Vorhandenem, als mehr oder weniger ausgeprägter und punktuell auch erfolgreicher Widerstand gegen das nüchterne Kalkül des Investors, gegen ungebremste Praktiken der Bodenspekulanten, gegen den ganz gewöhnlichen Kapitalismus. Man sucht vergeblich nach Strategien. Einsichten wie *die*, daß die autogerechte Stadt nicht zu haben ist, sind dreißig und mehr Jahre alt. Seit dieser Zeit stehen Vorstellungen am Pranger, wie sie sich in extremer Form in Le Corbusiers

2 Siehe Le Corbusier: Städtebau. Stuttgart, Berlin, Leipzig 1929.

Leitbild niedergeschlagen haben (siehe Abbildung 3). Vor allem Soziologen und Psychologen waren es, die sich gegen die Gliederung in strenge Zonen des Arbeitens, Wohnens und der Geschäftswelt auflehnten. Die zunehmende Verödung war absehbar. Die Gegensteuerung hat nur begrenzt funktioniert, weil eine solche Grundstruktur der Logik des Industriekapitalismus entspricht: lokale Konzentration von Produktions- und Verwaltungsstätten nach dem Gesetz der industriellen Massenproduktion, zu erreichen über leistungsfähige Verkehrsadern, die das städtische Gewebe zerschneiden. So mußten einzelne geschützte Zonen als Inseln städtischer Gemeinschaft kompensieren, was Straßen und Plätze im allgemeinen nicht mehr boten, nämlich Raum für ungehinderte Bewegung und Vielfalt an Kontakten und Eindrücken.

Was die Bewegung anbelangt, so könnte die Computerisierung unserer Arbeits- und Lebenswelt Veränderungen bringen, Anlaß für planerisches Umdenken sein. Die einfache Tatsache, daß in absehbarer Zukunft ein beachtlicher Prozentsatz von Menschen am häuslichen Computer arbeiten wird, daß also mehr Informationen, weniger Menschen und Güter bewegt werden, daß lästige Gänge zur Post, zur Bank und dergl. unterbleiben, stellt eine neue Situation hinsichtlich der Verkehrsdichte und der Art und Streuung der Verkehrsquellen dar. Von daher könnten die Chancen für ein diffuseres Netz wachsen, das von Verkehrsplanern zur Erhaltung von Stadträumen favorisiert wird. Dennoch sind durchgreifende Veränderungen nicht zu erwarten. Dagegen stehen Machtkonstellationen, die keineswegs aufbrechen. Die sich seit geraumer Zeit vollziehende Umstellung der Organisation multinationaler Konzerne von den vertikalen Bürokratien zu horizontalen Netzwerken hat an ihrer baulichen Präsenz in den Städten nichts verändert. Sony, Daimler-Benz und andere besetzen nach wie vor die Mitte, wo die Bodenpreise sich in schwindelnden Höhen bewegen. Das Projekt des Engländers Richard Rogers, der dem Potsdamer Platz in Berlin in Anlehnung an seine historischen Dimensionen ein erlebbares Raummaß zu geben beabsichtigte, blieb chancenlos. Wie Abbildung 5 zeigt, wird sich der Platz in Zukunft durch nichts von den Docklands in London oder der Pariser »Le Défense« unterscheiden.

Es stellt sich allerdings auch ganz nüchtern die Frage: Wird städtischer Raum überhaupt noch benötigt? Kommunizieren läßt sich in immer breiterem Maße ohne die physische Anwesenheit des anderen Menschen. Braucht man noch die realen Orte des Versammelns? Die Antwort gibt die reale Entwicklung. Wir sehen sie neu entstehen, die Aufenthaltsorte von größeren und kleineren Gruppen von Menschen, beobachten Umstrukturierungen großen Ausmaßes. Industriebrachen werden in Freizeitparks verwandelt. Und da

auch der Versandhauskatalog – selbst wenn er per Bildschirm zu haben ist – nicht der rechte Ersatz für die ausgebreitete Warenwelt des Kaufhauses ist, so füllt neben dem Amüsement noch die »Warenöffentlichkeit« städtische Räume bzw. verschmilzt beides in der glasbedeckten, wohltemporierten »shopping mall«, jenem Phänomen, das zuerst in den amerikanischen Städten aufgetaucht ist und schon Ende der siebziger Jahre von Hans G. Helms beschrieben wurde (siehe Abbildung 6).[3]

Das uneingeschränkte Walten marktwirtschaftlicher Logik, befördert durch die Möglichkeiten des Informationszeitalters, hat städtisches Leben polarisiert und uns Räume voll schriller Zeichen beschert. Der Italo-Amerikaner Robert Venturi hat das Phänomen, das sich in Amerika zuerst und besonders kraß darbot, treffend mit dem Bild vom »dekorierten Schuppen« beschrieben.[4] Wir werden mit einer Architektur konfrontiert, deren Inhalt etwas »Schuppenmäßiges«, das heißt Behältnis für Beliebiges, ist. Nicht nur bei der nutzungsneutralen Immobilie tritt der Gebrauch völlig hinter der äußeren Erscheinung zurück. Das Bild der Bauten im Straßenraum verselbständigt sich generell.

Architektur ist schon lange dabei, sich in die Welt der Massenmedien einzureihen, die nicht erst mit dem Mikrochip, sondern schon im 19. Jahrhundert mit der Erfindung der Telegraphie und Photographie und der Koppelung beider begann. Und wieder war es Venturi, der mit einem unübertroffenen Zynismus die letzte Konsequenz benannt hat, indem er die gemeinsam mit seiner Frau Denise Scott-Brown und seinem Mitarbeiter Steven Izenour betriebenen Studien mit »Learning from Las Vegas« überschrieb.[5]

Der Computer kann uns von der Knute massenmäßiger Vorfertigung der Teile befreien und damit von dem Übel der Monotonie. Er eröffnet ungeahnte Möglichkeiten der Individualisierung der Formen. Wo aber als Kriterium nur der optische Reflex, allein die Auffälligkeit steht, da werden Formen beliebig und Räume unübersichtlich. Schreiende Grellheit setzt sich durch, wenn nicht unverbesserliche Anhänger des Alten sich zur Wehr setzen und wenigstens das historisch Gegebene zu erhalten suchen.

---

3 Siehe Hans G. Helms: Neue Binnenwelten des Konsums. (1979) In: Hans G. Helms: Auf dem Weg zum Schrottplatz. Zum Städtebau in den USA und in Canada. Köln 1984. S. 130–153.

4 Siehe Robert Venturi/Denise-Scott Brown/Steven Izenour: Lernen von Las Vegas. Zur Ikonographie und Architektursymbolik der Geschäftsstadt. Braunschweig, Wiesbaden 1979. S. 105ff.

5 Siehe ebenda.

Aber diese Entwicklung hat noch eine andere Seite. Architektur vermag heute fast seismographisch auf veränderte Seh- und Erlebnisgewohnheiten zu reagieren. Der Franzose Jean Nouvel fängt mit seinen Bauten die virtuelle Welt ein, die unseren Alltag zunehmend bestimmt. Er begreift die Fassaden nur noch als immaterielle Häute. Für die Berliner Friedrichstraße hat er eine filmisch-projizierte Lichtarchitektur vorgeschlagen (siehe Abbildung 7).[6]

Geradezu sensationell ist es aber, daß sich diese Architektur als Reflex einer sozial-ökonomischen Konstellation selbst in Frage stellt, in dem die bauliche Form zu Anklage benutzt wird. Das reale Auseinanderbersten von Räumen wird in künstlerischer Überhöhung zur Anschauung gebracht. Die in England lebende Irakerin Zaha Hadid entwirft das zerbrochene Weltgerüst in der Wohn- und Bürowelt des »Hongkong-Peak« zunächst auf dem Papier. In der Realität gestaltet sie im Café Monsun in Tokio ein von stürmischen Winden zerzaustes Interieur. (Siehe Abbildungen 8 und 9.)

Architektur ist in jüngster Zeit zu einer avantgardistischen Kunstrichtung avanciert und als solche übrigens bevorzugtes Betrachtungsobjekt der Philosophen. Das ist ein fast unglaublicher Vorgang. So unterschiedlich ihre Ausprägung in den Epochen der Vergangenheit gewesen ist, Architektur war stets etwas ganz Konventionelles. Sie setzte wegen der Mittel, die benötigt wurden, und der meist umfassenden Nutzung etablierte Verhältnisse voraus. Sie vermochte immer erst prägnanten Ausdruck zu gewinnen, wenn soziale Beziehungen selbst schon Form angenommen hatten. Und was bedeutet das anders als konventionell zu sein? Daß hier ein Durchbruch zu etwas ganz anderem vollzogen wird, setzt voraus, daß sich Architektur von ihrer Nutzungsfunktion befreit, natürlich nicht tatsächlich, sondern indem das Nützliche in den Hintergrund rückt, belanglos wird, ja die ganze soziale Komponente verdrängt wird.

Es gibt Beispiele aus der Vergangenheit, wo sich das schon andeutet. 1922 zollte der Wiener Architekt Adolf Loos mit seinem in Abbildung 10 wiedergegebenen Wettbewerbsbeitrag für die Verwaltungszentrale der »Chicago Tribune« dem Informationszeitalter Tribut. Die Bauaufgabe forderte ihn dazu heraus, ein Zeichen zu setzen. Er gab seinem Gebäude die Gestalt einer kannelierten Riesensäule aus schwarzem polierten Granit mit Sockelbau, Schaft und abschließenden Abakus, der – getreu der klassischen Bildung – auf Hals und Echinus ruht. Eine verhältnismäßig

6 Siehe Berlin Morgen. Katalog der Ausstellung des Deutschen Architektur-Museum in Frankfurt am Main. 1991. S. 140–145.

neutrale Nutzungsmasse – das An- und Übereinander von Büroräumen – wird zu einem Bild, zu einer monumentalen Skulptur geformt, und zwar nicht irgendeiner: Es ist die Gestalt der Kolumne. Die Doppelbedeutung des Wortes stellt den Bezug zur Zeitung her, die damit zugleich so etwas wie eine heilige Weihe erhält.

Heute werden namhafte Künstlerarchitekten angeworben. Die Städte geben ihnen Raum, um eine Architektur als *Sonderfall der Bildenden Kunst* zu installieren, in monumentaler Form ein Bild des Reißens und Stürzens zu erstellen.

Zuckende Blitze legt der aus Polen stammende und vorwiegend in Amerika lebende Daniel Libeskind über das städtische Gewebe. Abbildung 11 läßt sichtbar werden, wie die großen geordneten Blöcke in seinen Kompositionen zerbersten.[7] Architektur zeigt nicht einfach nur Überraschendes, Unerwartetes. In ihr widerspiegelt sich das Auseinanderbrechen von Gesellschaften, die Entkoppelung des Individuums – Prozesse, an denen sie selbst beteiligt ist.

Was hat an dieser Anklage Bestand? Natürlich gefährdet ein derart ausgedünntes System der Kommunikation das Funktionieren städtischer Gemeinschaft. Stadtluft macht nur dann frei, wenn sie prall mit Leben gefüllte Räume, wenn sie eine Vielfalt direkter Kontakte der Menschen untereinander bietet und auch das notwendige Konfliktpotential bereithält. Aber wie ist das zu erreichen? Der Schrei nach dem Superplaner ist noch abwegiger als jener possessive Individualismus, jene Tendenz der Moderne, wo ein zentralistisch gedachtes Ich alles steuern und zusammenhalten soll. Es kann nicht ein einzelner und nicht eine Expertengruppe sein, die sich zu Vordenkern erhebt und damit die Werte setzt. Breite Übereinkunft ist geboten. Normen und Regeln, Wege und Ziele müssen ständig und in unterschiedlichen Gemeinschaften und Lebensumfeldern ausgehandelt und zusammengeführt werden. Was wir brauchen, ist der Ausbruch aus einer Nur-Vertreter-Demokratie. Städtische Gemeinschaft wird nicht ausschließlich, ja nicht einmal vorrangig im sich demokratisch darbietenden gläsernen Palast des Parlamentes entwickelt werden. Sie bedarf vielmehr der vielfältigen Orte realen Geschehens, in denen Konflikte ausgehalten, Lösungen komplex erstritten, das heißt städtische Räume von unten gestaltet und so Breschen in die anachronistische Repräsentationsarchitektur geschlagen werden.

---

7 Siehe Daniel Libeskind. Radix – Matrix. Katalog zur Ausstellung. München, New York 1994. S. 48f.

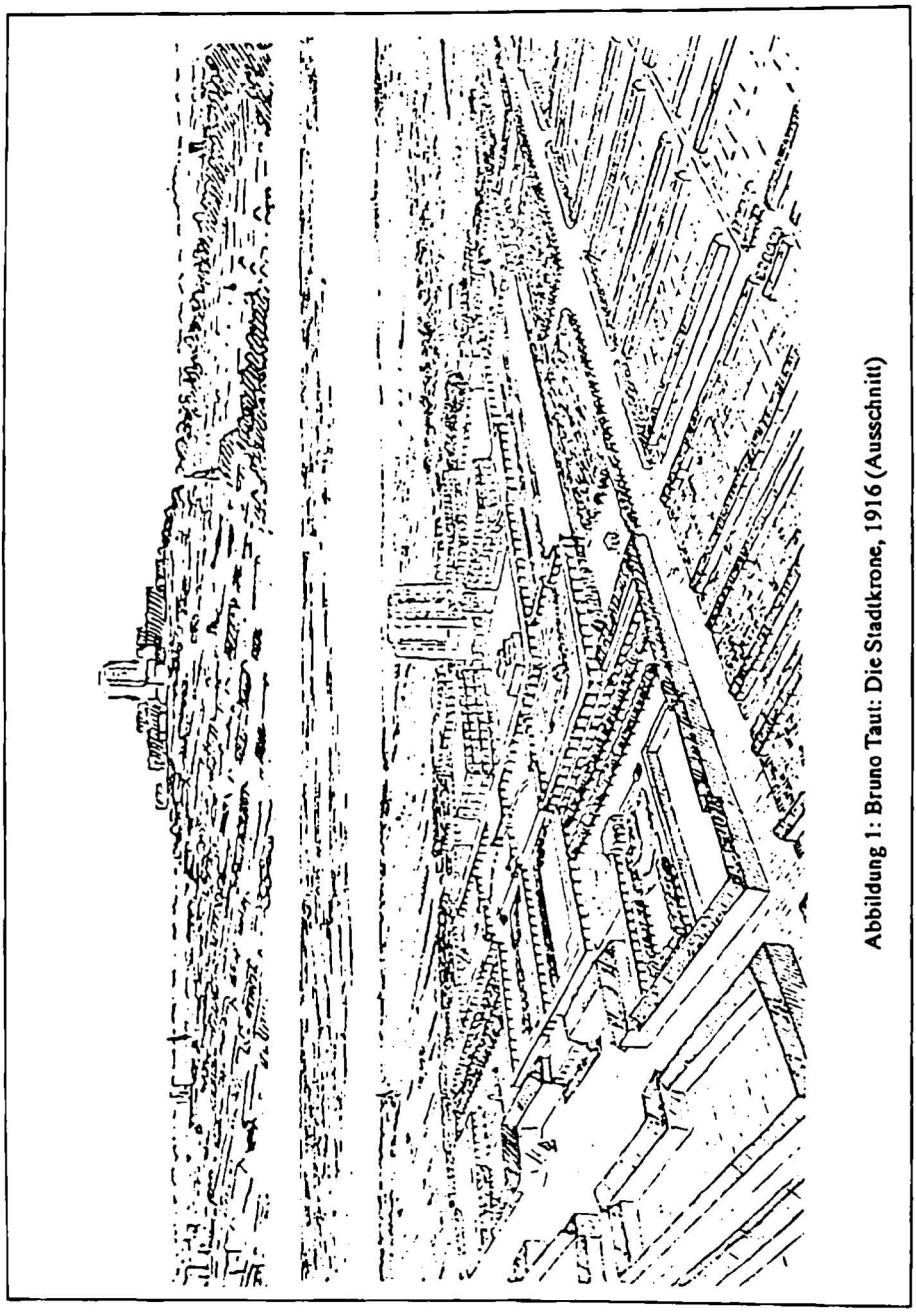


Abbildung 1: Bruno Taut: Die Stadtkrone, 1916 (Ausschnitt)

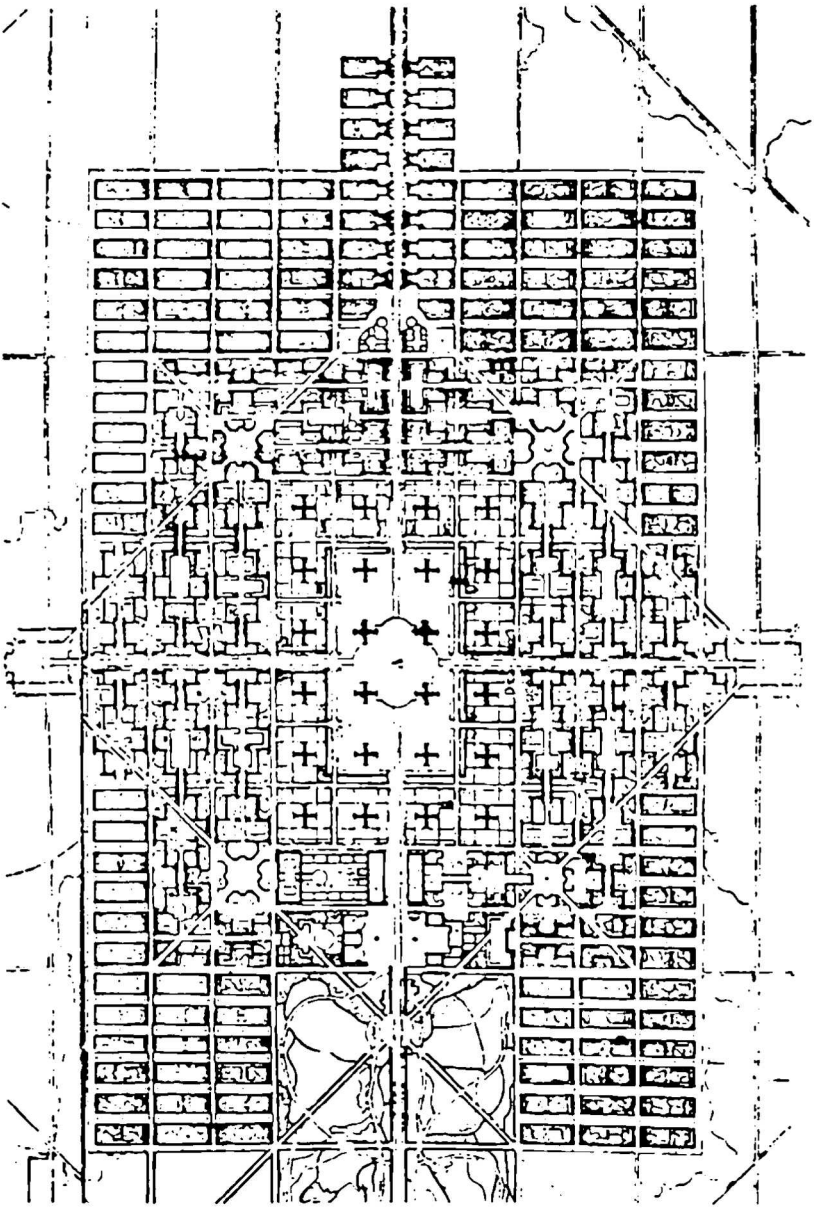


Abbildung 2: Le Corbusier: »Ville contemporaine«. Stadt für drei Millionen Einwohner, 1923 (Ausschnitt)

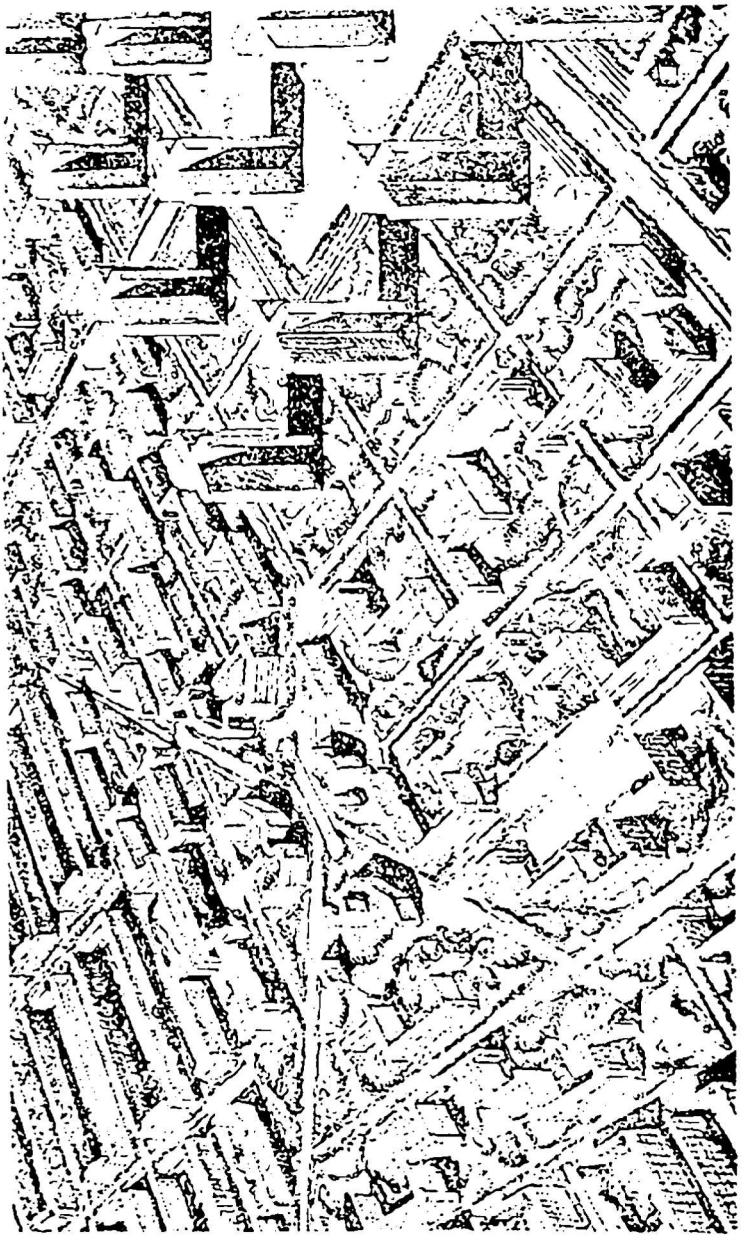


Abbildung 3: Le Corbusier: »Ville contemporaine«, 1923. Perspektivische Sicht zum Zentrum (Ausschnitt)

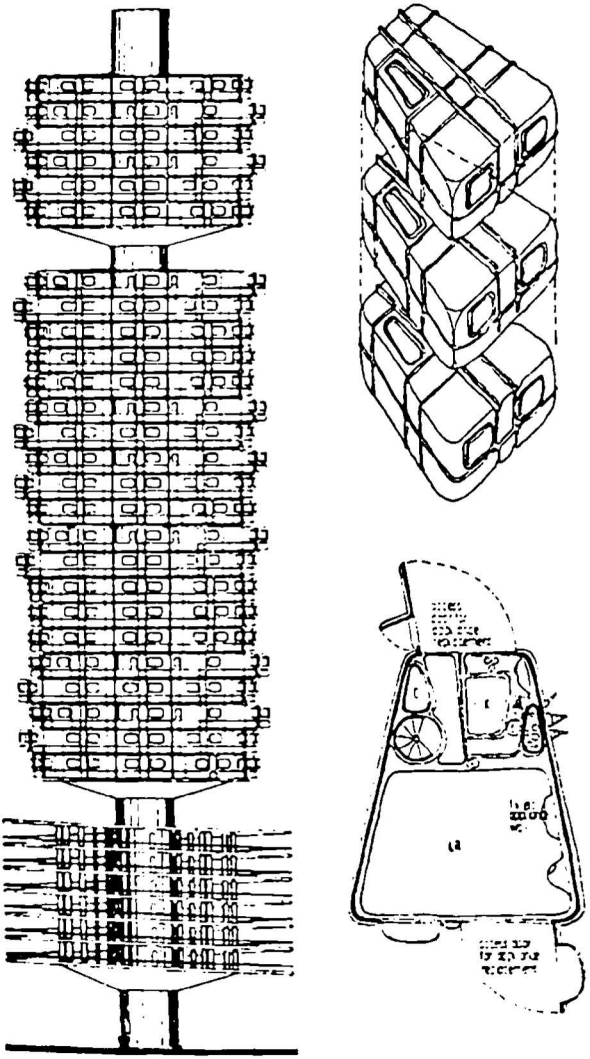


Abbildung 4: Kapselturm von Peter Cook (Archigram-Gruppe in London), 1964

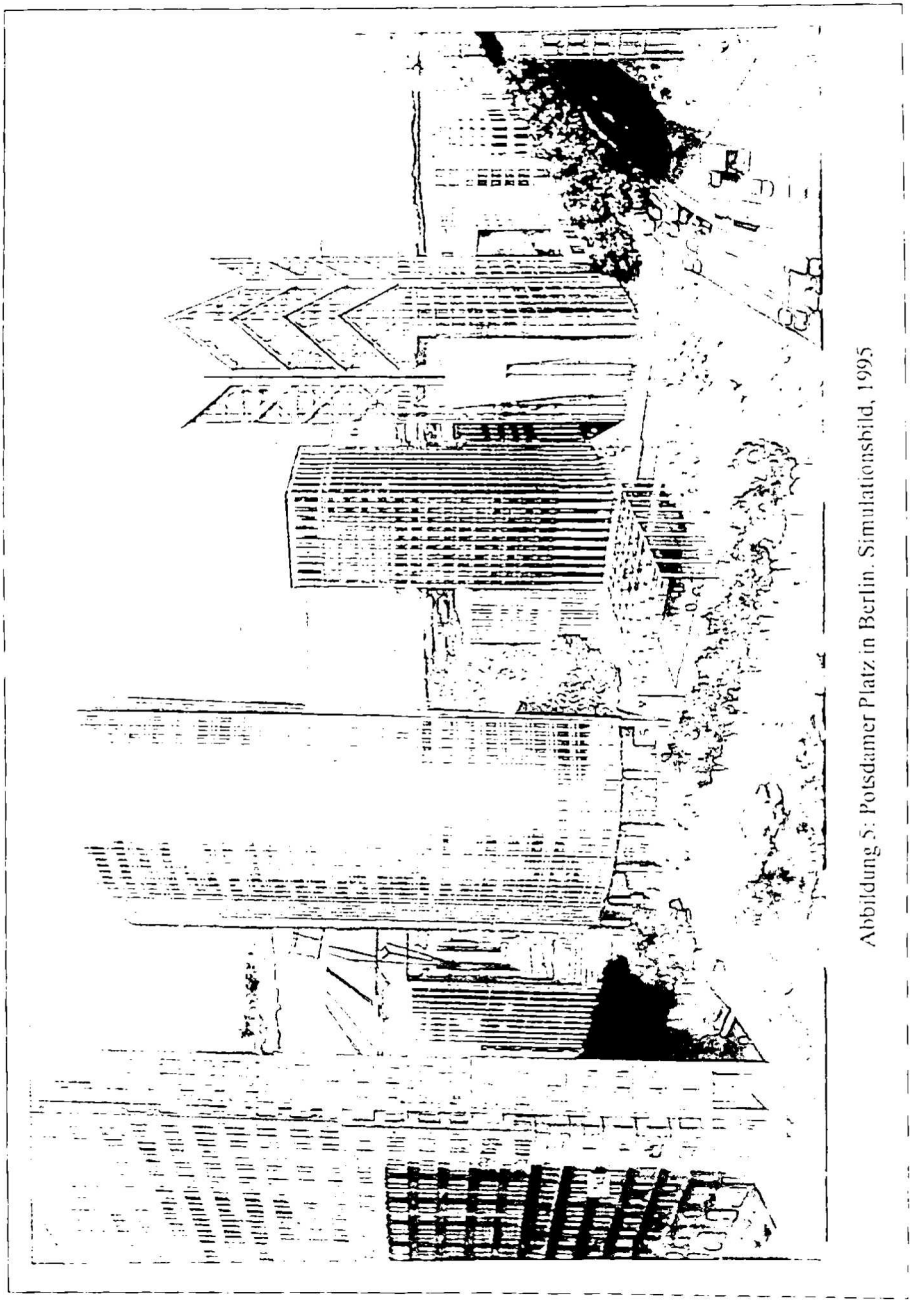


Abbildung 5: Potsdamer Platz in Berlin. Simulationsbild, 1995

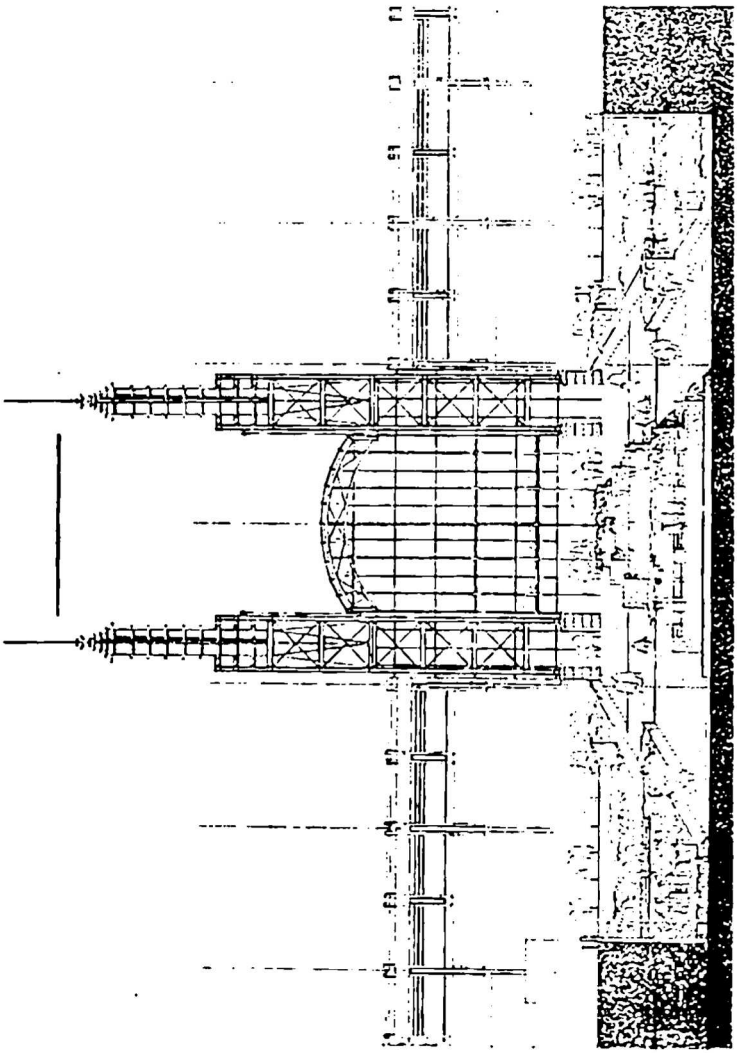


Abbildung 6: Entwurf für eine »shopping mall« in Oberhausen, 1994)

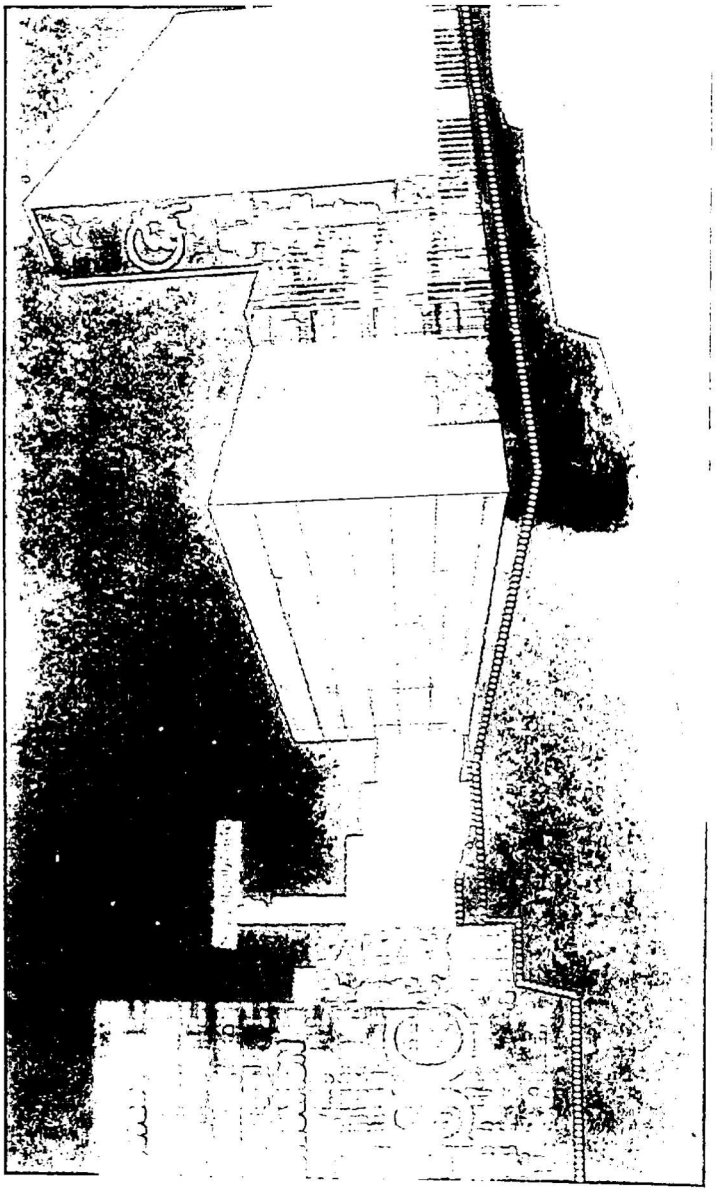


Abbildung 7: Jean Nouvel: Wettbewerbsbeitrag zur Friedrichstraße, 1991 (Ausschnitt)

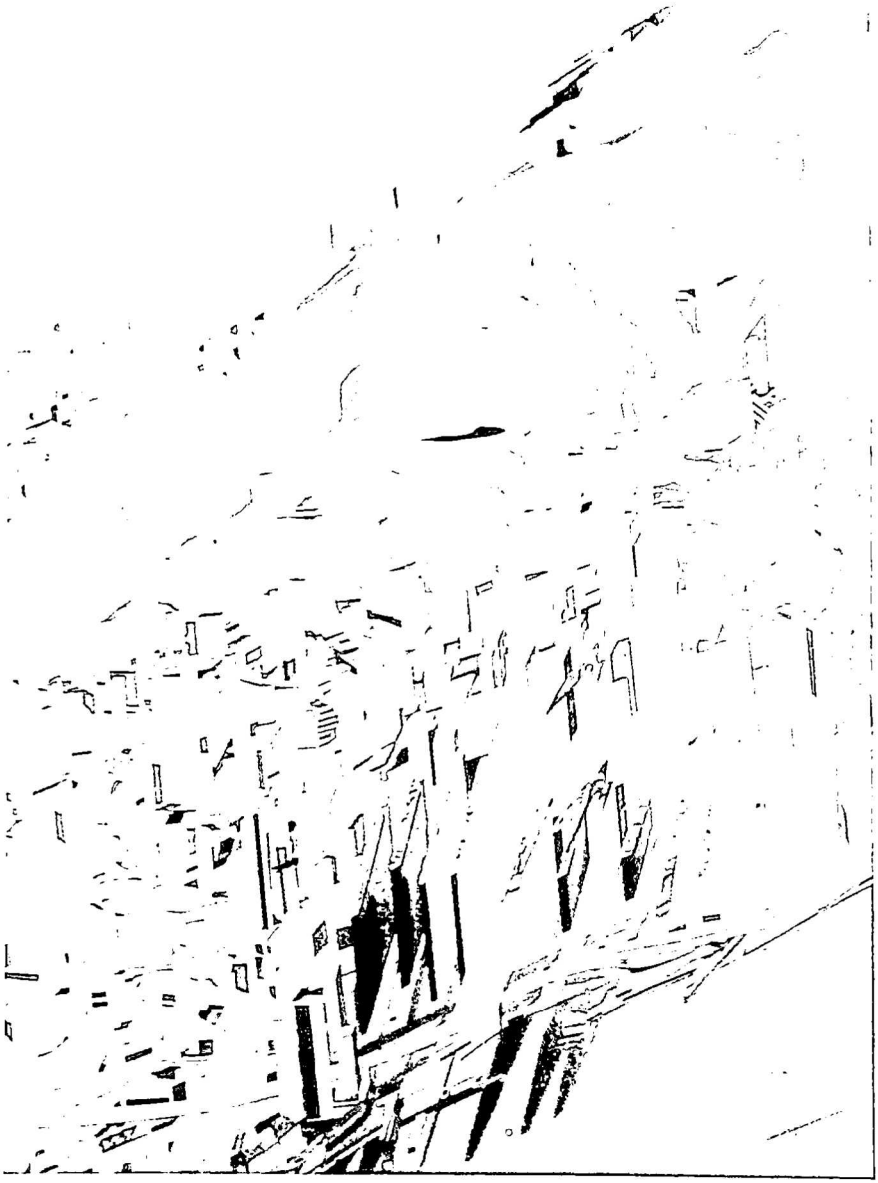


Abbildung 8: Zaha Hadid: Projekt Honkong-Peak, 1983

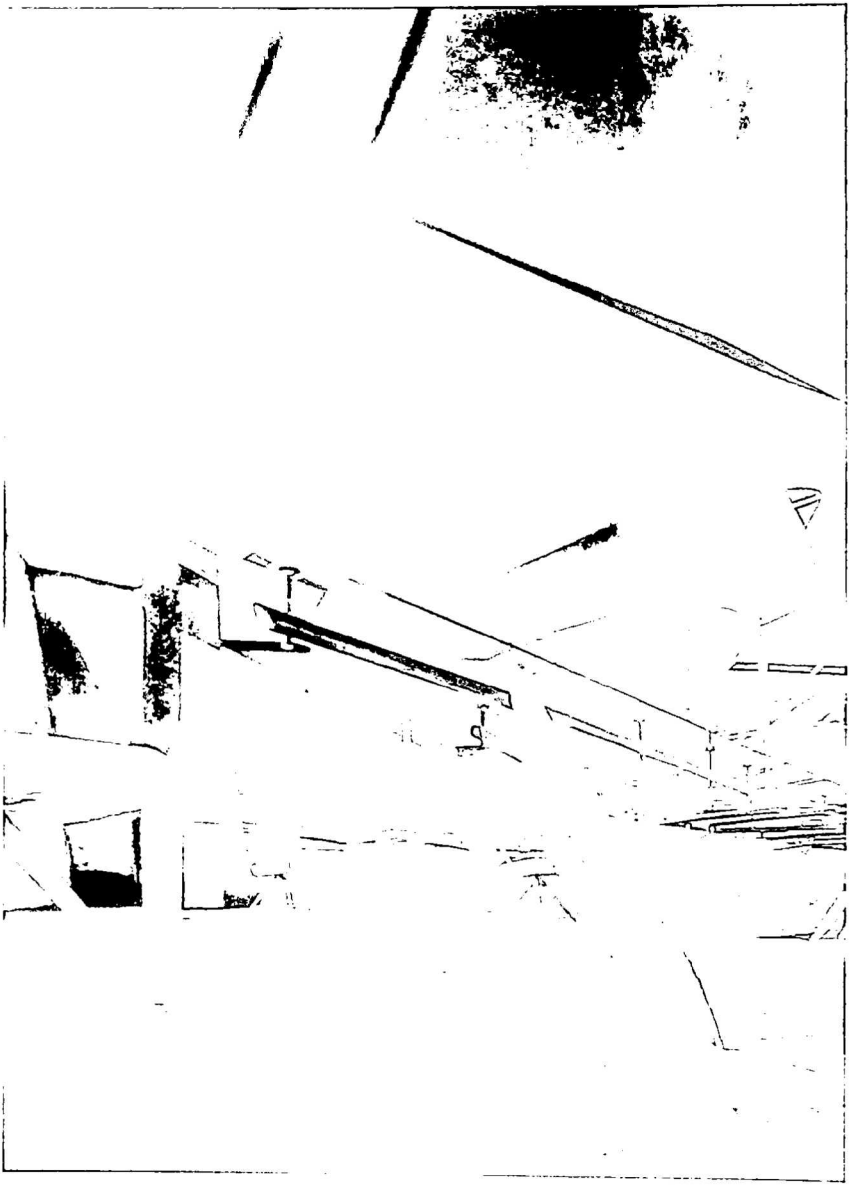


Abbildung 9: Zaha Hadid: Café Monsun in Tokio, 1989

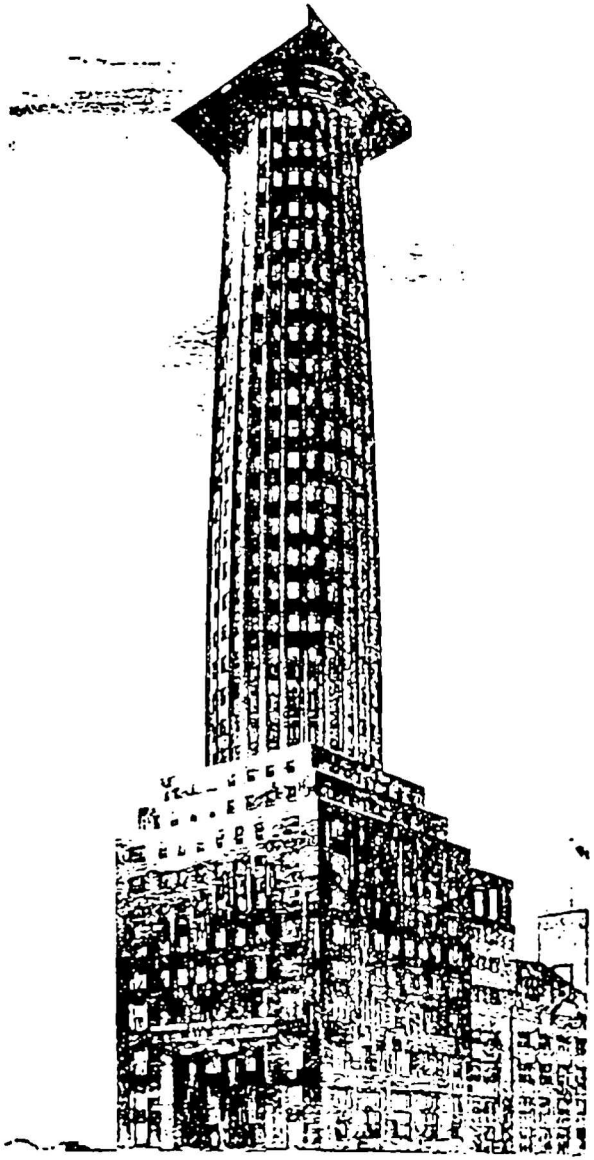


Abbildung 10: Adolf Loos: Wettbewerbsbeitrag zur »Chicago Tribune«, 1922

Abbildung 11: Daniel Libeskind: »City Edge«. Stadtkante mit Wohn- und Gewerbebauten am ehemaligen Potsdamer Güterbahnhofsgelände. Beitrag zur IBA 1987 (Ausschnitt)

KONRAD HAASE

Demokratisierung als Bedingung des Übergangs zur Informationsgesellschaft

1. Anliegen des Beitrags

Eine entscheidende Aufgabe sozialistischer Politik ist ihr Beitrag zur Weiterentwicklung der Demokratie im Lande. Diese verkörpert einen bestimmten Typ gesellschaftlicher Verhältnisse. Im Sinne von Marx läßt sich zeigen, daß das Niveau der gesellschaftlichen Verhältnisse und somit der Demokratie vom Entwicklungsstand der Produktivkräfte, insbesondere der Produktionsinstrumente, abhängt. Es ist ein Verdienst von Horst Kreschnak, mit seiner Publikation[1] diesen Zusammenhang für die Gegenwart transparent gemacht zu haben. Seinen theoretischen Positionen stimme ich auf weiten Strecken zu, auf manchen allerdings nicht. Das soll im folgenden verdeutlicht werden.

2. Die Entwicklung der Produktivkräfte und die Demokratie

Die Revolution der Produktivkräfte, die mit der Herausbildung und Durchsetzung des Kapitalismus einherging, brachte zugleich die Demokratie in die Gesellschaft. Der Feudalismus, der auf Abhängigkeit von den Feudalherren beruhte, wurde durch eine Gesellschaft abgelöst, die unter anderem Freiheit und Demokratie auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Die Industrie brauchte den von feudalen Banden befreiten Arbeiter. Dieser erkämpfte sich zunehmend demokratische Rechte. Die sich etablierende Demokratie war zunächst eine Massendemokratie[2], wie sie sich zum Beispiel in der

---

1 Horst Kreschnak: Sachsen und der Übergang vom Industrie- zum Informationskapitalismus. Dresden 1995 (Analyse & Vision. Schriftenreihe der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag 4/1995).

2 Siehe Alvin Toffler: Machtbeben. Düsseldorf, Wien 1993. S. 297.

parlamentarischen Demokratie manifestiert. Auch die Staaten des untergegangenen »realen Sozialismus« waren dem Wesen nach Massendemokratien, wenngleich der starke Zentralismus die Demokratie einschränkte. Mit der Wahl der Abgeordneten delegiert der einzelne seine Entscheidung für die folgende Wahlperiode an Vertreter, die für ihn entscheiden. Gewählt werden eigentlich nicht Personen, sondern Parteien, Organisationen oder Bewegungen, die mit ihren Programmen und Versprechen bestimmte Interessen und Bedürfnisse gesellschaftlicher Gruppen bzw. mehr oder weniger großer Bevölkerungskreise aufgreifen und die auf die gesetzgeberischen, regulatorischen und fiskalischen Maßnahmen des Parlamentes und des Staates einwirken. Im demokratischen Staat verdichten sich »die sozialen Kräfteverhältnisse und Klassenbeziehungen institutionell« und werden »soziale Kompromisse kodifiziert und gewaltsam stabilisiert«[3]. In der Sphäre der Wirtschaft bleibt die Demokratie im Industriekapitalismus begrenzt, da – wie Horst Kreschnak ausführt – im Niveau der Produktivkräfte begründete objektive Bedingungen »für die Unterordnung des Willens der einen Menschen unter die Entscheidungsgewalt eines anderen Menschen«[4] existieren. Der Autor meint, daß erst »mit dem Übergang zum Informationskapitalismus [...] die Bedingungen für die Beseitigung von Fremdentscheidung im Arbeitsprozeß und in der frei verfügbaren Zeit«[5] heranreifen. Die von ihm postulierte Verbindung zwischen der Beseitigung von Fremdentscheidung und der der Ausbeutung ist meines Erachtens zu kurzschlüssig. Es wird auch in Zukunft nicht zu umgehen sein, daß der einzelne im Arbeitsprozeß und im öffentlichen Leben Entscheidungen von Leitungsgremien umzusetzen hat. Kreschnak betont zu Recht, daß in der Informationsgesellschaft »die Beseitigung der Ausbeutung mehr und mehr zur Notwendigkeit«[6] wird, nur wie sie Wirklichkeit werden soll, bleibt offen. Zur Beantwortung dieser Frage muß auf den Zusammenhang zwischen der Beseitigung der Fremdentscheidung im Arbeitsprozeß einerseits und in der frei verfügbaren Zeit andererseits rekurriert werden. Nicht der mit moderner

---

3 Joachim Hirsch: Internationale Regulation. Bedingungen von Dominanz, Abhängigkeit und Entwicklung im globalen Kapitalismus. In: Das Argument. Hamburg 35(1993)198. S. 196.

4 Horst Kreschnak: Sachsen und der Übergang vom Industrie- zum Informationskapitalismus. S. 56.

5 Ebenda.

6 Ebenda.

Computertechnik arbeitende individuelle Klein- oder Teilunternehmer vermag, die Ausbeutung zu überwinden[7], und nicht derjenige, der sich von der Meinung leiten läßt, »daß jeder selbst einschätzen muß, welches Gewicht er bei einer Entscheidung seinen verschiedenen Bedürfnissen und Interessen gibt«[8] und von »irgendwelchen Kollektivinteressen« nichts wissen will, kann relevanten Einfluß auf öffentliche Angelegenheiten erlangen. Tatsächlich ist das nur durch kooperative Kräftebündelung denkbar, wie weiter unten ausgeführt wird.

Mit dem Übergang zur Informationsgesellschaft werden die Möglichkeiten und Notwendigkeiten einer unmittelbaren Mitwirkung, Mitbestimmung und Mitentscheidung des einzelnen beträchtlich erweitert. Über das vernetzte Computersystem entwickelt sich die Kommunikation in kaum überschaubarer Weise. Beispielsweise kann der Verbraucher durch Dialog mit dem Produzenten direkten Einfluß auf die Produktion nehmen. Mit Recht wirft Toffler die rhetorische Frage auf: »Wenn die Technik die Personalisierung von Erzeugnissen zuläßt, die Märkte sich in Nischen aufgliedern, die Medien sich vervielfachen und immer kleineren Zuhörerscharen dienen [...] – wie sollte da die Politik weiterhin von der Existenz homogener Massen ausgehen?«.[9] Es ist sicher richtig, wenn er feststellt: »Doch mit der Entmassung vervielfachen sich auch die Bedürfnisse der Menschen und mithin ihre politischen Forderungen.«[10]

Durch das Anwachsen der Vielfalt an Bedürfnissen, Interessen, Fähigkeiten und Neigungen, für das die Entwicklung der Produktivkräfte, insbesondere der Computertechnik, letztlich die Ursache ist, werden zum einen die Voraussicht ihrer Entwicklung und zum anderen die Planung des gesellschaftlichen und persönlichen Handelns immer mehr erschwert. Beide Attribute – die Antizipation von zukünftigem und die Planung der Tätigkeit – sind allerdings, wie Ute Holzkamp-Osterkamp begründet, wesentliche Unterscheidungskriterien des Menschen vom Tier[11] und daher aus seiner Betätigungssphäre weder praktisch noch theoretisch zu eliminieren.

So ist es meines Erachtens durchaus legitim, sich prognostisch mit künftigen Zuständen zu beschäftigen. Das ist – wie historische Aktionen

---

7 Siehe ebenda. S. 23.

8 Ebenda. S. 57.

9 Alvin Toffler: Machtbeben. Düsseldorf, Wien 1993. S. 305.

10 Ebenda.

11 Siehe Ute Holzkamp-Osterkamp: Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung. Berlin 1981. S. 249ff.

der Vergangenheit beweisen – für die Motivation des Handelns großer Menschengruppen sogar unerläßlich. Natürlich können sich die Prognosen nicht auf das Detail beziehen, sondern nur auf das Allgemeine. Das gilt auch für Tendenzen der Persönlichkeitsentwicklung unter bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen, um deren Prognose »Schulpolitiker, Psychologen und Pädagogen« der DDR bemüht waren, was von Horst Kreschnak als Auftrag zur Beantwortung der Frage interpretiert wird, »woran eine allseitig entwickelte sozialistische Persönlichkeit zu erkennen und wie sie durch Erziehung zu formen sei«[12]. In bezug auf die Möglichkeiten einer perfekten gesellschaftlichen Planung bin ich mit Kreschnak völlig einer Meinung.

Die Steuerung des menschlichen Handelns kommt jedoch allein mit dem Korrektiv der eigenen Erfahrung häufig nicht aus, besonders dann nicht, wenn es um gesellschaftlich bedeutsames Tun geht. Hierfür sind theoretische Einsichten in gesetzmäßige Zusammenhänge und auf dieser Grundlage allgemeine Prognosen und Planung unerläßlich. Unklar ist, gegen wen sich Kreschnak mit der These wendet, daß es »auch nicht so [sei], daß beim Entscheiden allgemeine Pläne entstehen, die beim Verwirklichen gewissermaßen nur um Besonderes und Einzelnes ergänzt werden«[13]. Vertreter der materialistischen Dialektik jedenfalls haben derartigen Unsinn nie behauptet. Es ist vielmehr darauf zu verweisen, daß die geistige Vorwegnahme persönlicher oder gesellschaftlicher Entwicklung als Basis einer Planung sich nur auf Allgemeines beziehen kann, das im wirklichen Leben zu konkretisieren ist und nicht etwa zu ergänzen, da das Allgemeine nur im Einzelnen, im Konkreten existiert.

Die zunehmende Differenzierung von Bedürfnissen und Interessen hat ein dialektisches Pendant: die Homogenisierung. Es gibt allgemeine Betroffenheiten der Menschen von Problemen, denen sie sich auf Dauer ohne katastrophale Risiken nicht entziehen können. Das sind zum Beispiel die Belange des Umweltschutzes, der Beseitigung atomarer Kriegsgefahr, der Unterentwicklung der Dritten Welt sowie die Gefahren eines Ländergrenzen übergreifenden computergestützten Kommunikationssystems für die Freiheit des einzelnen, wie sie Hans G. Helms auf diesem Kolloquium deutlich hervorgehoben hat. Diese Betroffenheiten erzeugen Gemein-

12 Horst Kreschnak: Sachsen und der Übergang vom Industrie- zum Informationskapitalismus. S. 52.

13 Ebenda. S. 15f.

samkeiten von Bedürfnissen und Interessen, die nicht schlechthin identisch mit Klasseninteressen sind, da sie gesellschaftliche Klassen übergreifen. Die negativen Wirkungen bekommen aber voll die Lohnabhängigen und sozial Schwachen zu spüren, während zum Beispiel Vertreter des Großkapitals unter Umständen sogar Vorteile aus menschheitsbedrohenden Entwicklungen ziehen können, etwa aus der Vernachlässigung der Folgen für die Umwelt, aus der Rüstung, aus der ökonomischen Rückständigkeit anderer Länder oder aus bestehenden Dominanzen bzw. Privilegierungen im System der Computervernetzung. Angesichts dieser Homogenisierungstendenzen von objektiven Existenzbedingungen ist eine abstrakte Entgegensetzung von Interessen des einzelnen und denen mehr oder weniger großer Gruppen nicht sinnvoll. Die Warnung davor, »den Menschen diese oder jene Interessen als maßgebend einreden zu wollen«[14], kann hier nicht weiterhelfen. Natürlich ist ein derartiges Verfahren zu verwerfen, aber es bleibt das Problem der Vermittlung von individuellen und Kollektivinteressen, die offensichtlich einer »Hebammenunterstützung« durch Theoretiker, Parteien, Organisationen oder dergleichen bedarf, weil der einzelne nicht ohne weiteres von sich aus diese Gemeinsamkeiten erfaßt oder berücksichtigen will.

3. Demokratie und Staat

Auf der Grundlage der Differenzierung und Homogenisierung von Bedürfnissen und Interessen formieren sich in der Gesellschaft größere und kleinere Gruppen, die miteinander interagieren, konkurrieren und kooperieren und unterschiedlichen Einfluß auf den Staat gewinnen. Alvin Toffler beschreibt diese Prozesse mit Hilfe von Erkenntnissen der Synergetik[15], wonach selbst kleinere Randgruppen in einer »aus dem Gleichgewicht geratenen« Gesellschaft zufällig »gewaltige Durchschlagskraft« erlangen können. Als Beispiel dient dem Autor die Gruppierung um Hitler gegen Ende der Weimarer Zeit.[16] Bei Anerkennung der Berechtigung, Erkenntnisse der Synergetik bei der Beschreibung gesellschaftlicher Prozesse zu

14 Ebenda. S. 57.

15 Siehe Hermann Haken: Erfolgsgeheimnisse der Natur. Synergetik: Die Lehre vom Zusammenwirken. Stuttgart 1986. S. 157ff. und 183ff.

16 Siehe Alvin Toffler: Machtbeben. Düsseldorf, Wien 1993. S. 307.

nutzen, ist doch zu berücksichtigen, daß sich gesellschaftliche und natürliche Systeme in einem Punkt wesentlich unterscheiden: Während hier der blinde Zufall wirkt, dirigieren in der Gesellschaft Interessen das Handeln. Entscheidend für den unter Umständen plötzlichen Aufstieg einer Gruppierung sind dahinter stehende Interessen von gesellschaftlich Mächtigen. Hitler bekam zum Beispiel Rückenwind durch das Interesse starker Konzerne, die ihn finanziell und propagandistisch unterstützten.

Die »Basis« für Macht und geistigen Einfluß war, ist und bleibt die ökonomische Stärke. Das »neue Wertschöpfungssystem«[17] der Informationsgesellschaft stellt insofern nicht – wie Toffler behauptet – »Marx auf den Kopf«, nachdem dieser mit der »Verkündung« des Primats der materiellen Basis »Hegel auf den Kopf« gestellt habe.[18] Es bleibt vielmehr dabei: Die Möglichkeiten, Richtungen und Resultate geistiger Produktion sowie der Einfluß von Ideen in einer Gesellschaft hängen von den vorgefundenen Umständen, vor allem den materiellen Bedingungen, ab. Das ungeheure Anwachsen der geistigen Produktion gegenüber der materiellen sowie der Software gegenüber der Hardware ist keineswegs ein Argument gegen Marx, wie Toffler meint, denn die Frage nach der letztinstanzlich bestimmenden Determination darf nicht mit der nach der Priorität der Bedeutung der einen oder anderen Seite verwechselt werden.

Das Verhältnis von »Basis« und »Überbau« stellt sich natürlich heute sehr viel komplizierter dar als zu Marx' Zeiten. Beim Übergang vom Industriekapitalismus zum Informationskapitalismus erfordert die materielle Basis, die »Realisierung der Kapitalakkumulation«[19], entsprechende regulative »Überbau«-Aktivitäten. Hirsch zeigt, daß »jede kapitalistische Gesellschaft ein institutionell-normatives Netzwerk (benötigt), das die divergierenden Strategien und Handlungen konkurrierender und miteinander kämpfender Individuen, Gruppen und Klassen in einer mit den Bedingungen der Kapitalakkumulation vereinbarenden Weise aufeinander zu beziehen vermag«[20]. Die Bedingungen der Kapitalakkumulation determinieren danach letztlich die konkrete Ausgestaltung des »institutionell-normativen Netzwerks«, das den gesellschaftlichen »Überbau« verkörpert und das seinerseits die Funktionsfähigkeit der Akkumulation und Reproduktion des

17 Ebenda. S. 505.
18 Ebenda.
19 Joachim Hirsch: Internationale Regulation. 1993. S. 196.
20 Ebenda.

Kapitals zu gewährleisten hat. Von »Überbau«-Aktivitäten hängt zum Beispiel weiterhin ab, ob – wie Schmid und Kubicek darlegen – »durch die erweiterten Übertragungs-, Speicherungs- und Darstellungspotentiale« der Computermedien »auch neue Handlungspotentiale [...] zur Steigerung von Mitbestimmung und Partizipation und allgemein zur Vitalisierung des soziokulturellen und -ökonomischen Kreislaufs«[21] erschlossen werden können.

Ein Schritt zu mehr Demokratie scheint die von der amerikanischen Administration initiierte National Information Infrastructure (NII) zu sein, die – wie Schmid und Kubicek – schreiben, »demokratische Werte wie Gleichheit, Partizipation und Selbstbestimmung unter den extremen Wettbewerbsbedingungen im Bereich der neuen Informationstechnologien zu bewahren und zu erweitern [...] versucht«[22]. Nach Firestone und Kopp drückt sich darin »ein neues Paradigma des Zusammenwirkens von Staat und Regierung einerseits und dem Kommunikations- und Informationssektor andererseits«[23] aus. Die staatlichen Regulationsmechanismen werden allerdings nur dann im Interesse aller, auch der sozial Schwachen und Benachteiligten, wirksam werden können, wenn sie in einem demokratischen Prozeß der Auseinandersetzung der verschiedenen Parteien, Organisationen, Gruppen und Individuen ausgehandelt, realisiert und überwacht werden.

4. Die Subjekte der gesellschaftlichen Entwicklung

Dabei entfalten sich Subjekte der gesellschaftlichen Entwicklung. Voraussetzung ist Zielbewußtheit. Der einzelne braucht zum Beispiel Wissen darum, wie er seine eigene Freiheit vergrößern kann, ohne dabei die Freiheit anderer zu beeinträchtigen, und wie er seinen eigenen Lebensprozeß in der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben erweitern kann. Gesellschaftliche Gruppen – wie Parteien, Organisationen und Bewegungen – brauchen für ihre Subjektwerdung das Bewußtsein der Gemeinsamkeit von Interessen.

---

21 Ulrich Schmid/Herbert Kubicek: Auf den Datenautobahnen in die Zivilgesellschaft? In: Das Argument. Hamburg 36(1994)206. S. 713.

22 Ebenda. S. 714.

23 Ch. M. Firestone/K. Kopp: Sustainabe Democracy. In: 20/20 Vision. The Development of a National Information Infrastructure. Washington 1994. S. 21.

Ohne diesen »Ordner« der Kooperativität – um die Sprache der Synergetik zu bemühen – ist eine gemeinsame Aktion in Richtung auf ein gewünschtes gesellschaftliches Resultat nicht möglich.

Hier taucht die Frage auf: Ist das nicht wieder Utopie, von der wir uns verabschiedet haben? Meines Erachtens ist das nicht der Fall. Wenn demokratische Sozialisten das Ziel einer sozialistischen Informationsgesellschaft verfolgen, wie Kreschnak darlegt, so ist diese nicht anders vorstellbar als eine »Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller«[24] ist. Darin stimme ich mit Horst Kreschnak überein. Die Frage ist nur: Wer soll eine solche Gesellschaft hervorbringen? Kreschnak baut vor allem auf den Klein- und Teilunternehmer.[25] Für diesen trifft allerdings voll zu, was der Autor selber ausführt: »Indem sich der einzelne stark von seinen unmittelbar wirkenden Bedürfnissen und Interessen leiten läßt, kommen Bedürfnisse und Interessen, die sich auf die nähere und besonders die fernere Zukunft beziehen, zu kurz.«[26] Subjekte gesellschaftlicher Entwicklung müssen aber gerade bei ihrem Tun die Zukunft im Auge haben! Klein- und Teilunternehmer können zwar beim Übergang zur Informationsgesellschaft in zunehmendem Maße Subjekte von Veränderungen werden. Als entscheidende unmittelbare Subjekte gesellschaftlicher Entwicklung kommen sie allerdings daher kaum in Frage.

Der Druck der oben genannten allgemeinen und vornehmlich globalen Probleme der Menschheit, der gemeinsame Interessen erzeugt und Zusammenschlüsse bewirkt, verstärkt den Einfluß von Gruppen, welche Träger dieser Interessen sind, auf die Politik des Staates. Das geschieht nicht – wie bereits angesprochen – spontan, sondern mittels Aufklärung durch Medien, Parteien, Institutionen oder dergleichen. Die Allianz gemeinsam Betroffener von Gefahren und neuen Möglichkeiten des Zeitalters der Informationsgesellschaft sowie die auf dieser Grundlage sich vollziehenden kooperativen Aktionen wirken tendenziell in Richtung auf eine Zurückdrängung von Interessen, die die Freiheit anderer mehr oder weniger massenhaft beschneiden, und das sind die der großen Konzerne

---

24 Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW. Bd. 4. Berlin 1959. S. 482.

25 Siehe Horst Kreschnak: Sachsen und der Übergang vom Industrie- zum Informationskapitalismus. S. 23.

26 Ebenda. S. 68.

der Industrie und der Medien. Sollen zum Beispiel die durch Computerisierung entstehenden Kommunikationsnetze der freien Entwicklung eines jeden dienen, müssen hierin dominierende Kräfte, besonders jene, die zu immer größerer oder gar absoluter Verfügungsmacht drängen, in die Schranken gewiesen werden.[27] Für progressive politische Kräfte kommt es deshalb darauf an, Maßnahmen durchzusetzen, die »eine klare staatliche Verantwortung und Zuständigkeit für den gleichen und allgemeinen Zugang zu den Netzen durch eine Kombination von Gesetzgebung, Regulierung, Besteuerung und direkten Subventionen«[28] gewährleisten. Ganz in diesem Sinne fordert auch Horst Kreschnak: »Für Vertreter linker Politik muß es vor allem darum gehen, schließlich allen den Zugang zu beliebigen Informationen zu sichern. Das ist sowohl ein Problem des erfolgreichen politischen Kampfes gegen Informationsmonopole [...] als auch ein Problem der Bezahlbarkeit des Zugriffs zu Informationen für alle.«[29]

Es kann also gesagt werden, daß das Subjekt gesellschaftlicher Veränderungen vielfältig strukturiert ist: Einmal sind es die Klein- und Teilunternehmer, die – wie Horst Kreschnak begründet – immer mehr Eigenschaften entwickeln, welche für den Umgang mit der modernen informationsverarbeitenden Technik nötig sind und deren Weiterentwicklung stimulieren, wie Kreativität, Wendigkeit, Durchsetzungsvermögen, Unternehmertum usw. Sie bilden zunehmend ein Gegengewicht gegen die Großunternehmer, die die Spaltung der Gesellschaft in Führungseliten und ausführende Lohnabhängige aufrechtzuerhalten trachten. Entscheidendes Subjekt von Veränderungen zur Eindämmung des Einflusses des Großkapitals sind jedoch jene gesellschaftlichen Kräfte – Parteien, Organisationen, Bewegungen und dergleichen – die mehr oder weniger große Menschengruppen zur Durchsetzung des gesellschaftlichen Fortschritts in Richtung auf eine Gesellschaft vereinen, in der die Freiheit des einen nicht die des anderen beeinträchtigt, sondern fördert.

Ein großes Problem für die demokratischen Kräfte besteht darin, daß »das sich globalisierende Kapitalverhältnis« die Staaten politisch stärker

---

27 Siehe Ulrich Schmid/Herbert Kubicek: Auf den Datenautobahnen in die Zivilgesellschaft? In: Das Argument. Hamburg 36(1994)206. S. 721.

28 Ebenda.

29 Horst Kreschnak: Sachsen und der Übergang vom Industrie- zum Informationskapitalismus. S. 64.

zu »nationalen Wettbewerbsstaaten« drängt, »deren innere demokratische Strukturen erodieren und die [...] die globalen Ungleichheiten, Abhängigkeiten und Verelendungsprozesse immer weiter vorantreiben«[30]. Noch völlig offen, aber für die demokratischen Kräfte eine gewaltige Herausforderung ist die Frage, wie sich einmal »Demokratisierungsprozesse auf nationaler und internationaler Ebene« miteinander verzahnen.[31] In harten Auseinandersetzungen der verschiedenen politischen Kräfte in den einzelnen Ländern und in internationalen Absprachen muß sich zeigen, ob und wie das bei Fortbestand des globalen Kapitalverhältnisses überhaupt möglich ist.

30 Joachim Hirsch: Vom fordistischen Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat. Internationale Regulation, Demokratie und »radikaler Reformismus«. In: Das Argument. Hamburg 36(1994)203. S. 19.

31 Siehe ebenda.

JOCHEN GLÄSER

Informationskapitalismus als Gegenstand von Theorie und Politik

1. Einführung

Die folgende Kritik an dem von Horst Kreschnak vorgelegten Papier[1] bezieht sich auf eine theoretische und eine methodische Frage. Weil beide Einwände sehr grundsätzlich klingen, möchte ich noch einmal betonen, daß ich sie nicht als Grund sehe, die von Horst Kreschnak versuchte Analyse der gegenwärtigen Entwicklungsetappe des Kapitalismus zu verwerfen. Es geht mir vielmehr darum, weiteren Diskussionsbedarf zu signalisieren.

Meine beiden Kritikpunkte betreffen unmittelbar das Anliegen des Konzepts »Informationskapitalismus«. Erstens möchte ich auf gewisse Verpflichtungen eingehen, die mit der Wahl des Wortes Informationskapitalismus als Leitbegriff des Konzepts verbunden sind. Wenn man sich nämlich auf den Kapitalismus-Begriff von Marx einläßt, was hier offensichtlich geschehen ist, dann muß man schon sagen, wie man mit den zentralen Begriffen der Marxschen Kapitalismus-Theorie umgehen will. Zweitens möchte ich mich mit dem Anspruch des Konzepts auseinandersetzen, Schlußfolgerungen für die Politik der PDS zu ermöglichen. Dieser Punkt ist weit über das Konzept des Informationskapitalismus hinaus von Interesse, da das Verhältnis von Theorie und Politik gegenwärtig – und ich bin versucht zu sagen: endlich! – umstritten ist.

---

1 Horst Kreschnak: Sachsen und der Übergang vom Industrie- zum Informationskapitalismus. Dresden 1995. (Analyse & Vision. Schriftenreihe der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag. 04/1995.)

2. *Informationskapitalismus als Theorie*

Der Informationskapitalismus wird als ein Entwicklungsstadium des Kapitalismus beschrieben, das dadurch charakterisiert ist, daß informationsverarbeitende Funktionen auf technische Mittel übertragen werden. Die Grundlage dieser Beschreibung bildet eine Analogie zur industriellen Revolution und ihrer Beschreibung durch Marx.

Mit dieser Analogie wurde aber nur einer der Prozesse der Produktivkraftentwicklung beschrieben. Auch die weiteren Ausführungen von Horst Kreschnak über die Enscheidungsstrukturen und -prozesse beziehen sich in erster Linie auf technologische Aspekte und in zweiter Linie auf die Verteilung von Macht in Unternehmen, nicht aber auf die ökonomischen Strukturen des Informationskapitalismus.

Es geht aber nicht nur um *Informations*kapitalismus, sondern auch um Informations*kapitalismus*. Wenn das Konzept also als Theorie Bestand haben will, dann muß es sich zu den zentralen Begriffen der Kapitalismus-Theorie in Beziehung setzen. Ich formuliere deshalb einige der Fragen, die meiner Ansicht nach vordringlich zu beantworten sind, wenn der Anspruch auf einen Beitrag zur Kapitalismus-Theorie aufrechterhalten werden soll:

Erstens ist danach zu fragen, welche Veränderungen im Warencharakter der Produkte und Leistungen im Informationskapitalismus entstehen. Es gibt immer mehr Produkte, die ihrem Inhalt nach pure Information sind. Werden Informationen zu Waren? Diese Frage ist ja seit längerer Zeit umstritten. Die Schwierigkeit der Einordnung läßt sich mit dem George Bernhard Shaw zugeschriebenen Beispiel verdeutlichen: »Wenn Sie mir einen Apfel geben und ich Ihnen einen Apfel gebe, dann haben wir anschließend jeder einen Apfel. Wenn Sie mir eine Idee mitteilen und ich Ihnen eine Idee mitteile, dann haben wir anschließend jeder zwei Ideen.«

Bei Marx findet sich der Hinweis, daß Produktions- und Reproduktionskosten wissenschaftlicher Ergebnisse weit auseinanderfallen.[2] Einen aktuellen Ausdruck dessen finden wir im verzweifelten Bemühen der Software-Konzerne, das Problem der Raubkopien zu lösen.

Ein weiterer Hinweis auf die Schwierigkeit des Problems findet sich in einem Aufsatz von Helga Engel, die versuchte, wissenschaftlich-technische

---

2 Siehe Karl Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie (Manuskript 1861–1863). In: MEGA II/3.6. S. 2117f.

Leistungen als »Waren besonderer Art« zu charakterisieren.[3] Dieser Aufsatz löste Widerspruch aus, ohne daß das eigentliche Problem in der Diskussion gelöst wurde.

Kurz: Die Frage danach, wie der Informationskapitalismus funktioniert, das heißt, wie er die Produktion des materiellen Lebens der Gesellschaft sichert, beginnt bei der Frage nach der Funktion und der Stellung des Erzeugnisses Information, das – und darin ist Horst Kreschnak zuzustimmen – eine immer wichtigere Rolle spielen wird.

Zweitens ergibt sich zur theoretischen Einordnung des Informationskapitalismus die Frage nach seinem Einfluß auf die Wert- und Mehrwertproduktion. Auch diese Frage zielt darauf, wie sich mit dem Übergang zum Informationskapitalismus die ökonomischen Grundlagen der gesellschaftlichen Produktion verändern. Die durch Horst Kreschnak beschriebenen Tendenzen laufen darauf hinaus, daß es ökonomisch effektiver wird, wenn die produktionsrelevanten Entscheidungen vor Ort durch die Arbeiter selbst getroffen werden. Aber, so ist man versucht zu fragen, sind denn dann noch Arbeiter da? Wieso wird die mit der Verbreitung von Informationstechnologien unzweifelhaft vorhandene Tendenz der Verdrängung lebendiger Arbeit in ihren ökonomischen Auswirkungen nicht diskutiert? Hier sehe ich einen großen Bedarf nach weiterer Arbeit, da bislang die Wirkungen der Informationstechnologien letztlich auf den einen Punkt – Entscheidungen – reduziert werden, was der Breite dieser Wirkungen gewiß nicht gerecht wird. Ich würde erwarten, daß Informationskapitalismus als spezifische Entwicklungsstufe oder Entwicklungsvariante des Kapitalismus zunächst von der Produktivkraftseite her (das ist erfolgt) und als nächstes von seinen ökonomischen Grundlagen her charakterisiert wird. Letzteres steht bislang aus.

Drittens möchte ich ergänzend zu diesen beiden Hauptpunkten auf einen Widerspruch verweisen, der sich aus der bislang unzureichenden Behandlung der ökonomischen Grundlagen des Informationskapitalismus ergibt. Dem Konzept des Informationskapitalismus zufolge entsteht ein neuer Trend zu kleinen und mittleren Unternehmen. Das wird wie folgt beschrieben: »Große kapitalistische Industriebetriebe mit herkömmlicher Technologie und Leitungsstruktur sind viel zu unbeweglich, um die vorteilhaften Möglichkeiten kybernetischer Maschinen umfassend nutzen zu können. Es spricht vieles

3 Siehe Helga Engel: Politökonomische Probleme der Bewertung wissenschaftlich-technischer Ergebnisse und Konsequenzen für ihre Preisbildung. In: Wirtschaftswissenschaft. Berlin 36(1988)1. S. 16–27.

dafür, daß bei dem sich beschleunigenden Übergang zum Informationskapitalismus nicht nur – wie bisher – die Tendenz zur Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals und die Tendenz zu sehr flexiblen Klein- und Mittelbetrieben gegenüberstehen werden, sondern daß die zweite Tendenz mehr und mehr zur dominierendedn wird.«[4]

Bereits die Gleichsetzung »groß = unflexibel« scheint mir problematisch, aber das nur nebenbei. Was mich eigentlich verwirrt, ist die These von der Trendumkehr. Der Trend zur Konzentration von Kapital wird durch die Marxsche Theorie mit dem tendenziellen Fall der Profitrate in Verbindung gebracht. Eine der Möglichkeiten, diesen tendenziellen Fall zu kompensieren, besteht Marx zufolge darin, die Profitmasse zu steigern, das heißt, die Maßstäbe der Produktion zu vergrößern. Horst Kreschnak stellt diesen Zusammenhang in Kapitel 6 her.[5] Da mir diese Schlußfolgerung bislang völlig plausibel schien, stellt sich mir nun die Frage, was mit dieser Tendenz: Kompensation des Falls der Profitrate durch Steigerung der Profitmasse, das heißt, durch Vergrößerung der Produktionsmaßstäbe, im Informationskapitalismus passsiert. Die von Horst Kreschnak behauptete Gegentendenz wird ja unter Bezug auf Entscheidungsstrukturen und Unternehmensgrößen, also auf ganz anderen Abstraktionsebenen, formuliert. Nur deshalb können sie überhaupt nebeneinander stehen.

Soweit ein kurzer Überblick über einige theoretische Probleme. Ich kann sie dahingehend zusammenfassen, daß das Konzept vom Informationskapitalismus auf der eigentlich durch diesen Begriff anvisierten Ebene, nämlich der der ökonomischen Gesellschaftsstruktur, kaum ausformuliert ist.

3. *Können aus dem Konzept Schlußfolgerungen im Sinne von Vorschlägen für politische Handlungen gezogen werden?*

Ich denke, man muß diese Frage mit einem klaren Nein beantworten. Damit stimme ich Horst Kreschnak zu, der in Kapitel 8 schreibt: »Wer vorgibt, sehr detailliert zu wissen, wohin sich die menschliche Gesellschaft zwangsläufig entwickeln wird, so daß er auch genau sagen könne, was in der Politik zur Durchsetzung eherner Gesetze der Weltgeschichte zu tun

4 Horst Kreschnak: Sachsen und der Übergang vom Industrie- zum Informationskapitalismus. S. 22.

5 Siehe ebenda. S. 44.

sei, verdient vielleicht nicht nur, daß wir ihm starken Zweifel entgegenbringen. Vielmehr scheint hier sogar eine Riesenportion Mißtrauen angebracht.«[6]

Angesichts dieser Position hat es mich außerordentlich verwirrt, wenn sich in dem Papier an mehreren Stellen die Aufforderung findet, Sachsens PDS möge sich für den beschleunigten Übergang zum Informationskapitalismus einsetzen. Also doch wieder eine Theorie über einen gesetzmäßigen Übergang (diesmal zum Informationskapitalismus) und die politische Aufforderung, sich dafür zu engagieren? Das Papier von Horst Kreschnak läßt diese Schlußfolgerung zu, was mir die Gelegenheit gibt, einige grundsätzliche Überlegungen zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik zur Diskussion zu stellen.

Ich möchte drei mögliche Funktionen unterscheiden, die Wissenschaft für Politik (und für Politikerinnen und Politiker) haben kann: Die Verheißungs-Funktion, die Lebertran-Funktion und die Couch-Funktion.

Erstens: Mit der *Verheißungs-Funktion* möchte ich die von vielen erwartete Ableitbarkeit einer politischen Strategie (das heißt: langfristiger Ziele und des Weges dorthin) aus einer Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung bezeichnen. Die Strategie einer Partei bestünde dann darin, den theoretisch vorausgesagten und theoretisch als wünschenswert begründeten Zustand herzustellen. Eine kürzere Formel dafür, die in der Diskussion immer wieder auftaucht, lautet: »Wir brauchen eine gute Theorie, um eine gute Politik machen zu können.«

Gegen diese Sichtweise möchte ich drei Einwände erheben. Zum einen unterscheiden sich die Zeithorizonte gesellschaftlicher Entwicklungen und politischer Strategien. Aus einer Gesellschaftstheorie abgeleitete politische Strategien können deshalb die Funktion einer Strategie, nämlich handlungsleitend und speziell entscheidungsleitend zu sein, nicht erfüllen. Das politische Tagesgeschäft und politische Handlungsstrategien im Sinne mittelfristiger Konzepte können dagegen durch Gesellschaftstheorien nicht unterstützt werden, weil die dafür relevanten kürzeren Zeiträume in den Theorien gar nicht auftauchen.

Zum zweiten müssen Theorien, wenn sie denn eine Verheißungs-Funktion erfüllen sollen, mit den Bewertungssystemen der politischen Akteure in Übereinstimmung gebracht werden. Auf diese Art und Weise entstehen wertende Theorien von Gesellschaft, mit anderen Worten: Ideologien. Das

6 Ebenda. S. 75.

ist nicht unbedingt schlimm: Wir alle werden durch Ideologien beeinflußt. Schlimm ist es nur, wenn nicht mehr zwischen Ideologie und Theorie unterschieden und die entstehende Ideologie als Theorie genommen wird. Die einfließenden Wertungen führen dann zu einer selektiven Wahrnehmung von Fakten und von theoretischen Alternativen. Die Gefahr, daß das ideelle Produkt durch politische Absichten konstruiert wird – was einer Ideologie durchaus zusteht, einer Theorie aber schadet –, ist groß. Deshalb halte ich das unlängst von Uwe-Jens Heuer kreierte Wort vom »theoretisch-ideologischen Weg der PDS« für bedenklich.

Der dritte Einwand schließlich, und das ist vielleicht der wichtigste, bezieht sich darauf, daß Gesellschaftstheorien aufgrund ihres Abstraktionsgrades als Grundlage für Politik ungeeignet sind. Bei jeder politischen Entscheidung tritt eine Vielzahl situativer Faktoren hinzu, die durch eine Theorie gerade systematisch ausgeklammert wird. Es ist auch nicht so, daß die theoretischen Aussagen als ein Element der Situationsbewertung neben die anderen treten. Die theoretisch behaupteten Zusammenhänge erscheinen stets gebrochen und verzerrt – nicht selten in Form des Gegenteils des theoretisch behaupteten Trends.

Ich möchte aufgrund dieser Einwände für einen Abschied von der Verheißungs-Funktion plädieren. *Politische* Entscheidungen können nur auf der Grundlage *politischer* Analysen getroffen werden. Diese Analysen können zwar unter Zuhilfenahme wissenschaftlicher Methoden durchgeführt werden, sie sind aber im Gegensatz zu Theorien

— auf konkrete einzelne Situationen und Prozesse und nicht auf Klassen von Situationen und Prozessen bezogen,
— empirisch, das heißt, ohne Anspruch auf Verallgemeinerung,
— opportunistisch, das heißt, jederzeit durch neue Gegebenheiten umstoßbar.

Zweitens: Mit der *Lebertran-Funktion* möchte ich, wie unschwer zu erkennen ist, auf die Stärkung von Politikerinnen und Politikern hinaus. Der Umgang mit Gesellschaftstheorien ermöglicht es, ein bestimmtes Wissen über gesellschaftliche Trends zu erwerben. Man lernt mit Theorien umzugehen und abstrakte theoretische und ideologische Konstruktionen zu analysieren und einzuschätzen. Außerdem erwirbt man Wissen, das die bessere Durchführung politischer Analysen ermöglicht. Es bedarf spezifischer Fähigkeiten, um hinter dem chaotischen Alltag Absichten von Akteuren und Trends zu identifizieren. Die dafür erforderlichen Methoden und das Hintergrundwissen über möglicherweise vorhandene Trends erlangt man unter anderem durch den Umgang mit Theorien.

Drittens: Die *Couch-Funktion* soll an die Psychoanalyse erinnern und bezieht sich auf den Perspektivenwechsel, der durch den Umgang mit Theorien möglich wird. Auf der Parteikonferenz der sächsischen PDS ist verschiedentlich von Politikerinnen und Politikern angedeutet worden, daß das Versinken im politischen Alltag die Gefahr der Betriebsblindheit in sich birgt. Ich glaube, daß die ausschließliche Beschäftigung mit Politik den Horizont ebenso beschränkt wie die ausschließliche Beschäftigung mit Theorie. Nun sollen deshalb nicht gleich alle alles machen. Der Umgang mit Theorie vermag aber dadurch, daß die Theorie für Politikerinnen und Politiker eine ungewohnte Perspektive auf vertraute Sachverhalte eröffnet, Problemlösungen zu unterstützen.

Ich weiß mich mit Horst Kreschnak bezüglich der positiven Bewertung der beiden letzteren Funktionen einig. Die Verheißungs-Funktion gehört meiner Ansicht nach in die Mottenkiste.

JOACHIM BISCHOFF

Krise des Fordismus oder Informationskapitalismus?[1]

I.

In einer Broschüre des Bundesministeriums für Wirtschaft schreibt Bundeskanzler Kohl: »Wir befinden uns auf dem Weg in eine weltweite Informationsgesellschaft, in der jedermann zu jeder Zeit Informationen abrufen und austauschen kann.«[2] Mit diesem Plädoyer für eine Informationsgesellschaft befindet sich der CDU-Vorsitzende in bester neokonservativer Gesellschaft. Auch der Fraktionschef der Republikaner in den USA, Newt Gingrich, will die Erneuerung der Gesellschaft mit einer zügigen Transformation ins Informationszeitalter voranbringen. Über den Weg dahin gibt es auf Seiten der Rechten keinen Zweifel: Der Übergang hängt aus ihrer Sicht allein davon ab, ob eine weltmarktorientierte Modernisierung der nationalen Märkte realisiert werden kann. Stehen wir also vor der Herausbildung einer kapitalistischen Informationsgesellschaft ?

Die radikale Zurückdrängung des öffentlichen Eigentums und marktbeherrschender Unternehmen im Bereich der Telekommunikation hat in den letzten Jahren erhebliche Innovationen bewirkt, die sich in neuen Produk-

---

1 Der Beitrag bildete die Diskussionsgrundlage im »Gesprächskreis Wissenschaft« des Rosa-Luxemburg-Vereins am 12. April 1996. Er wurde wegen seiner engen Beziehung zum Gegenstand des Kolloquiums in das vorliegende Heft aufgenommen. – Eine ausführlichere Begründung der entwickelten Thesen mit entsprechenden Literaturverweisen findet sich in: Joachim Bischoff: Restauration oder Modernisierung? Entwicklungstendenzen des globalen Kapitalismus. Hamburg 1995. – Eine kritische Bestandsaufnahme der reifen kapitalistischen Gesellschaften gibt ferner Lester C. Thurow: The future of capitalism. New York 1996.

2 Helmut Kohl: Herausforderungen auf dem Weg in eine weltweite Informationsgesellschaft. In: BdWi: Die Informationsgesellschaft. Bonn 1995. – Auch in der »neuen Transatlantischen Agenda«, unterzeichnet auf dem Gipfeltreffen der EU und der USA am 3.12.1995 in Madrid, wird für die Staaten der transatlantischen Partnerschaft die Informationsgesellschaft als Zielorientierung herausgehoben.

ten – Telefon, Handy, Fax, Internet usw. – und neuen Dienstleistungen niederschlagen. Doch erstens sind diese Entwicklungen ganz im Gegensatz zu den Erwartungen einer zügigen Tertiarisierung der Erwerbsarbeit mit beträchtlichen Arbeitsplatzverlusten verbunden, und zweitens steht die Hoffnung führender Politiker und Manager auf einen raschen Übergang in die Informationsgesellschaft im Widerspruch zu der langen Inkubationszeit der Transformationsprozesse. Niemand wird gerade im Telekommunikationssektor die Vervielfältigung der Gebrauchswerte bestreiten, doch von der Herausbildung einer neuen gesellschaftlichen Betriebsweise kann erst dann die Rede sein, wenn die Wertschöpfung und damit der Akkumulationsprozeß des Kapitals auf einer neuen technologisch-organisatorischen Grundlage betrieben wird.

Seit Anfang der achtziger Jahre verkünden die amerikanischen Zukunftsforscher Toffler (»dritte Welle«) und Naisbitt (»Megatrends«)[3] den Übergang von der Industrie- in die Informationsgesellschaft. In diesen populären Schriften wird die Transformation in den Zusammenhang einer Wellentheorie gestellt: Vor etwa drei Jahrhunderten wurde die erste Welle der agrarischen Produktion durch die industrielle Revolution abgelöst. Seit Anfang der achtziger Jahre zerfalle dieses industrielle System, weil sich die Kommunikations- und Informationstechnologie durchzusetzen beginne, die mit dem bisherigen System von Massenproduktion und Massenkonsum aufräume. Auch Nefiodow[4], der sich strikt an der Theorie der langen Wellen von Kondratieff orientiert, sieht in der Basisinnovation »Informationstechnologie« die entscheidende Chance für eine Wiederherstellung einer Prosperitätskonstellation, wie es sie in den entwickelten kapitalistischen Ländern in der Nachkriegsperiode gab. Dazu müßte allerdings mit dem das politische Geschäft prägenden korporativen Strukturkonservatismus gebrochen werden, der den Durchbruch der neuen Technologie seit den achtziger Jahren behindere. Er sagt: »Der größte Teil der industrialisierten Welt hat es bisher nicht geschafft, die von einer Informationsgesellschaft benötigten sozialen, institutionellen und geistigen Innovationen breit genug durchzusetzen; teilweise ist das Bewußtsein der notwendigen Veränderungen auch gar nicht vorhanden. Eine Gesellschaft, die mit einer Einstellung,

---

3 Siehe Alvin Toffler: The third Wave. London 1980. – John Naisbitt: Megatrends. London 1982. – Alain Touraine: La société post-industrielle. Paris 1969.

4 Siehe Leo A. Nefiodow: Der fünfte Kondratieff. Strategien zum Strukturwandel in Wirtschaft und Gesellschaft. Wiesbaden 1990.

wie sie eine Industriewirtschaft benötigt, an die Gestaltung des Informationszeitalters herangeht, hat keine Chancen, das volle Potential der Ressource Information zu erschließen. Die Industrienationen lenken immer noch einen viel zu großen Teil ihrer Energie in die Erhaltung überholter Strukturen, in zweitrangige Probleme, in Prestigevorhaben und relativ unproduktive Bereiche (zum Beispiel Landwirtschaft). Dadurch können die für den Aufbau einer Informationsgesellschaft notwendigen Ressourcen nicht freigesetzt werden.«[5]

Wir sind hier meines Erachtens bei einem zentralen Widerspruch der Diskussion über die Informationsgesellschaft angelangt: Seit gut drei Jahrzehnten wird der Übergang angekündigt, zugleich werden bis heute mächtige Hindernisse beklagt.

Die Weltrechte an der These vom Übergang in die Informationsgesellschaft werden von Japan geltend gemacht, wo bereits 1963 eine entsprechend konzipierte Entwicklungstheorie von Umesao[6] veröffentlicht wurde. Von Touraine und Bell[7] wurde der vermeintliche Übergang in das postindustrielle Zeitalter Anfang der siebziger Jahre umfassend theoretisiert. Wenn ich die Anhänger einer postindustriellen oder nachfordistischen Gesellschaft recht verstehe, dann gibt es zwar eine Unzahl von Hinweisen für eine Transformation, aber nach wie vor steht der Übergang selbst in eine neue Etappe gesellschaftlicher Entwicklung aus. So spricht Daniel Bell in einem Beitrag aus dem Jahre 1989 davon, daß wir am Steilhang einer dritten technologischen Revolution – gemeint ist die Computer- und Telekommunikationstechnologie – stehen, aber immer noch gäbe das klassische industrielle System den Ton an, auch wenn es in der nachindustriellen Welt von heute in wachsendem Maße disfunktional geworden sei. Wenn nun seit Jahrzehnten der endgültige Übergang zu einem durch Informations- und Kommunikationstechnologie geprägten Kapitalismus proklamiert wird, dann ist selbst unabhängig von grundlegenden Bedenken gegenüber dieser gesellschaftstheoretischen Konzeption eine selbstkritische Reflexion überfällig, weshalb das alte industrielle System immer noch das dominierende

---

5 Ebenda. S. 43.

6 Siehe dazu Hans J. Kleinsteuber: Das Elend der Informationsgesellschaft. In: Forum Wissenschaft. Marburg 9(1996)1. S. 6ff.

7 Siehe Daniel Bell: The coming of post-industrial society. New York 1973. – Daniel Bell: Die dritte technologische Revolution und ihre sozialökonomischen Konsequenzen. In: Merkur. Stuttgart 44(1990)1. Nr. 491.

gesellschaftliche Verhältnis ist. Was also sind die Gründe für die Fehllenkung beträchtlicher Ressourcen in vermeintlich unproduktive Segmente, weshalb werden die Verheißungen des Informationskapitalismus abgeblockt, so daß die kapitalistischen Hauptländer weiterhin von einem mehr und mehr disfunktionalen Industriesystem und einer Fehllenkung von Ressourcen in parasitäre Bereiche beherrscht werden?

Meine These lautet: Die Anhänger einer Informationsgesellschaft oder eines Informationskapitalismus überschätzen einen Trend der technologischen Entwicklung und unterschätzen die Widersprüche und gesellschaftlichen Machtverhältnisse des kapitalistischen Verwertungsprozesses.

II.

Die meisten Sozialwissenschaftler, die sich empirisch und theoretisch mit dem Strukturwandel in den modernen kapitalistischen Ländern auseinandersetzen, bevorzugen den allgemeineren Begriff einer postindustriellen Gesellschaft, weil die charakteristische Expansion der Dienstleistungen nicht unter den Begriff der Information subsumiert werden könne. So stellt Bell als einen der Hauptzüge der nachindustriellen Gesellschaft heraus: »Sie ist zunächst eine Dienstleistungsgesellschaft [...] In einer nachindustriellen Gesellschaft kommt es zur Expansion neuer Arten von Dienstleistungen. Das sind menschliche – Bildungswesen, Gesundheitsvorsorge, Sozialarbeit, soziale Einrichtungen und professionelle Dienstleistungen wie Analyse und Planung, Konzeption, Programmierung und ähnliches.«[8]

Strittig sind nicht die wichtigsten Symptome des Strukturwandels der modernen kapitalistischen Gesellschaften:

— Verringerung des Anteils der Erwerbstätigen sowohl in der Agrikultur als auch in der industriellen Produktion bei gleichzeitiger Vergrößerung des produzierten Warenangebotes;
— Radikale Veränderung der technologisch-organisatorischen Strukturen des Reproduktions- und Verwertungsprozesses. Die technologische Umwälzung erstreckt sich auf den Einsatz von elektronisch gesteuerten Produktions- und Montagesystemen, bei gleichzeitiger Vernetzung und

8 Daniel Bell: Die dritte technologische Revolution und ihre sozialökonomischen Konsequenzen. In: Merkur. Stuttgart 44(1990)1. S. 35.

Steuerung des gesamten Wertschöpfungs- und Verwertungsprozesses auf Basis der Informations- und Kommunikationstechnologie;

— Durchsetzung von elektronisch bestimmter Technologie im gesamten Lebensprozeß. Mittlerweile verfügt zum Beispiel in den USA knapp jeder zweite Privathaushalt über einen Personalcomputer. Auch in der BRD existiert in mehr als 20 % der Privathaushalte ein entsprechendes Gerät.

Unstrittig ist schließlich, daß diese Entwicklungstendenzen einen anhaltenden Strukturwandel der modernen kapitalistischen Gesellschaften bewirken. Strittig ist hingegen, ob mit diesen Veränderungen eine neue Qualität sozialer Beziehungen und gesellschaftlicher Strukturzusammenhänge erreicht wird, die es erlauben, von einer postindustriellen, von einer postfordistischen Gesellschaft oder von einem Informationskapitalismus zu sprechen.

Ich halte die Hypothese vom bereits erfolgten oder anstehenden Übergang in ein neues gesellschaftliches Entwicklungsstadium für nicht überzeugend begründet. Dies gilt sowohl für die Argumentation, in neueren Untersuchungen zur Weltökonomie seien überzeugende Belege für Bausteine eines neuen Akkumulationsregimes, also einer neuen Qualität der kapitalistischen Weltökonomie, aufgedeckt worden, als auch für die Annahme einer erfolgreichen Transformation in eine postfordistische Gesellschaft.

Auch bei dem Durchbruch zu jener langjährigen Prosperitätskonstellation, die wir als fordistisches Entwicklungsstadium bezeichnen, konnten sich die neuen Produktionsverfahren und betrieblichen Organisationsstrukturen des Verwertungsprozesses erst im Gefolge einer komplizierten politisch-sozialen Auseinandersetzung durchsetzen. Aus der wachsenden Disfunktionalität des Industriesystems und den Entwicklungsblockaden infolge eher noch verstärkter unproduktiver oder parasitärer Segmente in der entwikkelten kapitalistischen Gesellschaft ziehe ich den Schluß, daß wir uns eher auf eine Zuspitzung der ökonomisch-sozialen Konflikte am Ende des Fordismus einzustellen haben.

Damit verschiebt sich unsere Fragestellung erneut: Was sind die wesentlichen Entwicklungszüge der zurückliegenden fordistisch-tayloristischen Entwicklungsetappe, und durch welche mächtigen Hindernisse wird eine Transformation in eine postfordistische oder postindustrielle Gesellschaft blockiert?

III.

Hobsbawm konstatiert im Rückblick auf das 20. Jahrhundert zu Recht: »Die Geschichte der Weltwirtschaft seit der industriellen Revolution ist die Geschichte eines immer schnelleren technologischen Fortschritts, eines ständigen, wenn auch ungleichen Wirtschaftswachstums und einer zunehmenden ›Globalisierung‹ – also die Geschichte einer zunehmend komplizierten und weltweiten Arbeitsteilung; und eines immer dichter werdenden Netzwerks aus Güterströmen und Tauschbeziehungen, das jeden einzelnen Bereich der Weltwirtschaft zu einem globalen System verband.«[9]

Fakt ist allerdings auch, daß das internationale System der kapitalistischen Weltökonomie am Anfang des Jahrhunderts in einer tiefen Krise steckte. Im Vordergrund der Ursachenforschung stand lange Zeit die asymmetrische Entwicklung der internationalen Wirtschaft mit den USA auf der einen und den anderen kapitalistischen Metropol- und Kolonialmächten auf der anderen Seite. Unzweifelhaft haben die ökonomisch-finanziellen Reparationen nach dem Ende des Weltkrieges diese Asymmetrie ebenso verstärkt wie der Ausbruch von Rußland aus der Hegemonie der kapitalistischen Weltökonomie. Der aus heutiger Sicht entscheidende Faktor zum Verständnis der hartnäckigen Krisenkonstellation der zwanziger Jahre ist aber wohl die binnenwirtschaftliche Deformation der kapitalistischen Hauptländer: Die Verteilungsverhältnisse der Binnenwirtschaften waren nicht in der Lage, eine Massennachfrage zu stimulieren, die eine dauerhafte Kapitalakkumulation und eine dynamische Rückkoppelung von Wertschöpfungs-, Einkommens- und Konsumkreisläufen ermöglicht hätte.

In der politischen Reaktion auf die schwere Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre wurden dann zum einen Veränderungen im internationalen Handels- und Währungssystem durchgesetzt. Und auf der anderen Seite verstärkte der rasche Ausbau der sozialen Sicherungen und der öffentlichen Sozialleistungen den Akkumulationsprozeß. Die mehrere Konjunkturzyklen übergreifende Prosperitätskonstellation der kapitalistischen Metropolen wird von etlichen Ökonomen und Sozialwissenschaftlern als fordistisches Entwicklungsstadium charakterisiert. Hobsbawm skizziert den Zusammenhang von rascher Produktivitätsentwicklung und Veränderung der Lebensweise wie folgt: »Ein großer Teil des Weltbooms war also

9 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. München 1995. S. 117.

Anpassung an alte amerikanische Trends und in den USA selbst die Weiterentwicklung dieser Trends. Henry Fords Massenproduktionsmodell wurde über alle Ozeane hinweg von den neuen Automobilindustrien kopiert, während die USA das Ford-Prinzip nunmehr auch auf neue Produkte ausweiteten, vom Hausbau bis hin zum Junk Food [...] Güter und Dienstleistungen, die zuvor nur Minderheiten zugänglich gewesen waren, wurden nun für den Massenmarkt produziert (etwa im Massentourismus zu sonnigen Stränden). Vor dem Krieg waren niemals mehr als 150 000 Nordamerikaner jährlich nach Mittelamerika oder in die Karibik gereist, doch zwischen 1950 und 1970 stieg ihre Zahl von 300 000 bis auf sieben Millionen. Die europäischen Zahlen waren sogar noch spektulärer [...] Kurzum: für den Durchschnittsbürger dieser Staaten war also mittlerweile ein Lebensstil möglich, den sich eine Generation zuvor allerhöchstens die Wohlhabendsten hatten leisten können.«[10]

Diese Zeiten einer langjährigen, zyklenübergreifenden Prosperitätskonstellation sind vorbei. Wir sind erneut mit dem altbekannten Widerspruch zwischen einem wachsenden Reichtumspotential der kapitalistischen Ökonomie und dem sinkenden Lebenshaltungsniveau breiter sozialer Schichten konfrontiert. Was sind die wesentlichen Faktoren für die Erschöpfung der Entwicklungspotentiale, und was sind daher die Bedingungen für eine neue Entwicklungsetappe?

IV.

Im Vordergrund der Erklärungsansätze für die Erschöpfung der Entwicklungspotentiale der fordistisch-tayloristischen Entwicklungsphase stehen die Verweise auf

— eine Erschöpfung der Naturressourcen und eine immense Zerstörung der ökologischen Kreisläufe, so daß immer mehr Menschen gegenüber dem Wachstumskarussell und der Konsumdynamik kritisch bis ablehnend eingestellt sind;
— einen Verlust an nationalstaatlicher Konkurrenz- und Steuerungsfähigkeit gegenüber einer globalisierten Ökonomie, der nur durch eine Redimensionierung der Verteilungsansprüche und des Anspruchsverhaltens zu korrigieren sei.

---

10 Ebenda. S. 117.

Die Erschöpfung und Zerstörung der Naturressourcen ist ein ernstzunehmender Hinweis auf aktuelle und künftige Krisenpotentiale, doch die Strukturveränderungen und Krisenerscheinungen der fordistischen Entwicklungsetappe lassen sich damit nicht erklären. Und der Hinweis auf eine neue Qualität der Weltökonomie ist eher ein ideologischer Reflex auf die ökonomisch-sozialen Blockaden in Wirtschaft und Gesellschaft der kapitalistischen Hauptländer. Die Thesen vom vermeintlichen Verlust der nationalen Konkurrenzfähigkeit und der Zinssouveränität müssen vor dem Hintergrund einer Politik der Deregulierung und der Aufwertung der Marktsteuerung gesehen werden und geben keine Antwort auf die Frage, weshalb der regulierte Kapitalismus über Jahrzehnte hinweg sich auf eine Verzahnung von Produktivitätsentwicklung, stabile Verteilungsrelationen und eine Ausweitung des Lebensstandards stützen konnte.

Aufschwung und Dauer der fordistischen Entwicklungsphase hatten mit einer Stabilisierung der Arbeits- und Sozialeinkommen zu tun. Die Beteiligung der Lohnabhängigen an der Produktivitätsentwicklung konnte durch eine erfolgreiche Regulierungspolitik der Gewerkschaften erkämpft und mit der Entwicklung der sozialen Sicherung und der öffentlichen Wohlfahrtleistungen auf nichterwerbsfähige Schichten übertragen werden. Nochmals Hobsbawm: »Die Wirtschaftswunder des Goldenen Zeitalters hatten auf den steigenden Realeinkommen in den ›entwickelten Marktwirtschaften‹ beruht, denn Massenkonsumwirtschaften brauchen Massenkonsumenten, deren Einkommen hoch genug sind, um die langlebigen High-Tech-Konsumgüter kaufen zu können [...] Natürlich war der Massenmarkt in den reichen Ländern durch die Abwanderung der Arbeitskraft aus der Industrie in die tertiären Berufe [...] und dadurch das riesige Anwachsen der Transfereinkommen [...] stabilisiert worden. In den späten achtziger Jahren beliefen sie sich auf ungefähr 30 Prozent des gesamten Bruttosozialprodukts der westlichen Industriestaaten; in den zwanziger Jahren waren es vermutlich weniger als vier Prozent gewesen.«[11]

Diese beiden wichtigen Tendenzen des Strukturwandels – Qualifizierung der Arbeitskräfte und Expansion der Dienstleistungsbereiche einerseits, eine enorme Expansion von Transferleistungen und öffentlichen Leistungsangeboten im Bereich von Bildung, Gesundheit, Kultur andererseits – gerieten immer stärker in Widerspruch mit den bestehenden Vertei-

11 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. München 1995. S. 705.

lungsverhältnissen. Zudem wurde die verschärfte internationale Konkurrenz in eine radikale Deregulierung des Finanz- und Währungssystems umgesetzt, die der anhaltenden Entkopplung des Geldkapitals von der Realökonomie zusätzliche Möglichkeiten erschloß.

Für die Erschöpfung der Entwicklungspotentiale der fordistischen Betriebsweise ist ein Bündel von Faktoren verantwortlich. Im Zentrum steht eine neue Qualität des Verwertungsprozesses. Neue Informations- und Kommunikationstechnologien werden zur Grundlage für eine Reorganisation der betrieblichen Wertschöpfungsprozesse und eine betriebsübergreifende Steuerung und Kontrolle von Produktions- und Distributionsabläufen. Ohne Zweifel schlägt sich diese Qualitätsveränderung in einer neuen Erscheinungsform des fixen Kapitals nieder, von dem schon Marx feststellte: »Der Entwicklungsgrad desselben ist daher der Index des Entwicklungsgrad[es] der kapitalistischen Produktionsweise, die – ihre differentia specifica – wie alle historisch epochenmachenden Stufen, ausdrückt weniger in den Gebrauchswerten oder Produkten, die sie für den Konsum schafft, als in den Produktionsmitteln, wie denn auch der Instinkt und die einfache Beobachtung der Altertumsforscher dahin geführt hat, die vorhistorischen Epochen nach dem Material der Produktionsmittel [...] abzuteilen oder sie nach dem Fortschritt und der Gestaltung der Produktionsmittel zu charakterisieren.«[12]

Die Veränderungen sind am Fixkapital ablesbar. Aber der Übergang zu einer neuen gesellschaftlichen Betriebsweise, die allerdings auch gravierende Veränderungen in den sonstigen Lebensverhältnissen einschließen müßte, ist noch keineswegs vollzogen – auch nicht in Japan, wo zunächst die größten Erfolge bei der Durchsetzung von neuen Strukturen verzeichnet wurden. Es ist noch keineswegs ausgemacht, daß es erneut eine systemimmanente Verarbeitung der enormen Produktivitätsentwicklung gibt.

Statt mit den neuen Technologien und dem dadurch möglichen gesellschaftlichen Reichtum an die Lösung der drängenden Fragen – ökologischer Umbau, Unterentwicklung des Südens, Umwälzung der Konsum- und Lebensweise in den Metropolen – heranzugehen, werden der erkämpfte Sozialstaatskompromiß und die zivilgesellschaftlichen Standards in Frage gestellt. Unter anderem wegen dieser politischen Entwicklung zeichnet sich

12 Karl Marx: Der Zirkulationsprozeß des Kapitals. Manuskript 1 des II. Bd. des »Kapital«. In: MEGA II/4.1. S. 287.

derzeit noch nirgends die definitive Etablierung eines postfordistischen Kapitalismus ab. Auch die Konzeptionen des fordistischen Zeitalters setzten sich erst im Gefolge von konfliktreichen sozialen Auseinandersetzungen (Faschismus) als eine tragfähige gesellschaftliche Grundlage für die technischen, wirtschaftlichen und politisch-kulturellen Rahmenbedingungen des beginnenden 20. Jahrhunderts durch. Das postfordistische Entwicklungsstadium des Kapitalismus ist keineswegs zum Greifen nah, wir sind mitten in konflikreichen Auseinandersetzungen, die über den Ausgang der Krise entscheiden.

Beschreibungen über ein bereits angebrochenes neues Zeitalter – auch das einer postindustriellen Informationsgesellschaft – sitzen zumeist dem falschen Schein sehr oberflächlicher Entwicklungsprozesse auf: sei dies nun der Rückgang des Anteils industrieller Produktion, was nur ein anderer Ausdruck für dessen hohe Produktivität ist, oder sei dies die explosionsartige Vervielfältigung der stofflichen Gebrauchswerte und Dienste, die allesamt mit Informationsverarbeitung zu tun haben. Doch erst mit der Herausbildung eines neuen Akkumulationsregimes kann von einer neuen gesellschaftlichen Betriebsweise gesprochen werden, und dies wiederum ist kein technologischer Automatismus, sondern das Resultat sozialer Auseinandersetzungen.

Deshalb halte ich es abschließend – wider alle falschen Propheten – lieber mit dem mir politisch sehr fern stehenden, aber dafür realistisch die Ausgangslage beschreibenden Michael Stürmer: »Wir befinden uns am Beginn eines neuen Zeitalters, das durch große Unsicherheiten, permanente Krisen und das Fehlen jeglichen Status quo charakterisiert ist [...] Wir sollten uns klar machen, daß wir uns in einer welthistorischen Krise befinden, wie sie Jacob Burckhardt beschrieb. Sie steht der nach 1945 an Bedeutung nichts nach, wenngleich wir heute bessere Ausgangsvoraussetzungen für eine Überwindung der Krise antreffen.«[13]

13 Michael Stürmer: Wird der Westen den Zerfall des Ostens überleben? Bergedorfer Gesprächskreis. Hamburg 1993. S. 59.

Zu den Autoren dieses Heftes

Joachim Bischoff, Dr. rer. pol., Jahrgang 1944; studierte Ökonomie, Soziologie und Philosophie. Von 1969 bis 1974 an der FU Berlin beschäftigt. Seit 1972 Redakteur der Zeitschrift »Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus«, später »Sozialismus«. Arbeitsfelder: Gesellschaftstheorie, Kapitalismusanalyse und Wirtschaftspolitik. Jüngste Veröffentlichung: Restauration oder Modernisierung? Entwicklungstendenzen des globalen Kapitalismus, Hamburg 1995.

Johannes Gildemeister, Dipl.-Ing., Jahrgang 1934; nach dem Abitur Ausbildung zum Funkmechaniker, 1956–1959 Studium an der Ingenieurschule Mittweida, 1962–1970 Fernstudium an der TU Dresden. Sein besonderes Interesse an Fragen der gesellschaftlichen Information setzte mit seiner Tätigkeit als Ingenieur für Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Baugruppeninformation in der elektronischen Industrie ein (1970/71).

Jochen Gläser, Dr. phil., Jahrgang 1960; studierte 1981–1986 Wissenschaftsorganisation an der Humboldt-Universität zu Berlin. 1990 Promotion an der Humboldt-Universität. Gegenwärtig am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung tätig. Arbeitsgebiet: Wissenschaftssoziologie.

Hans-Gert Gräbe, Dr. rer. nat. habil., Jahrgang 1955, studierte von 1974 bis 1979 in Halle Mathematik; danach Assistent im Bereich Mathematik an der Martin-Luther-Universität Halle und der PH Erfurt. 1983 Promotion A und 1988 Promotion B – jeweils zu Themen aus der Algebra. Seit 1990 am Institut für Informatik der Universität Leipzig mit dem Arbeitsschwerpunkt »Symbolisches Rechnen« tätig.

Konrad Haase, Dr. phil., Jahrgang 1927; Soldat, sowjetische Kriegsgefangenschaft, Abitur 1947, Neulehrer, Studium an der Universität Leipzig von 1949 bis 1952, Lehrer an einer erweiterten Oberschule, Fernstudium an der Pädagogischen Hochschule Potsdam. Außerplanmäßige Aspirantur, 1970 Promotion (Geographie). Von 1971–1990 Lektor im Wissenschaftsbereich Philosophie an der Pädagogischen Hochschule Potsdam. Seit September 1990 im Vorruhestand. Seit 1993 Altersrentner.

Hans G. Helms, Dr. rer. pol., Jahrgang 1932; verbrachte als Handarbeiter, Musiker, Journalist, Konzertagent, später als Literat/Komponist und als Privatgelehrter fast die Hälfte seines Lebens außerhalb Deutschlands. Als Kind Musikstudien, ab 1951 Privatstudien der vergleichenden Sprachwissenschaft (Halle, Jakobson), der Philosophie und Soziologie (Plessner, Adorno, Horkheimer), der Marx-Engels'schen Methodologie (Cornu), der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (Kuczynski) sowie des Städtebaus und Transportwesens. 1974 Promotion in Bremen. Hauptarbeitsgebiete: die ideologischen und politökonomischen Bedingungen der künstlerischen Produktion und der Massenmedien, die Entwicklung der petit bourgeoisen Ideologie von Max Stirner bis zum Faschismus, die technisch-technologischen

Voraussetzungen der Kapitalkonzentration und -spekulation sowie deren Auswirkungen auf die Gesellschaftsklassen, das Transport- und Kommunikationswesen und den Städtebau (vor allem in Hinblick auf Mikroelektronik und Automation). Seit 1954 Hörfunk- und Fernseharbeiten, Konzerte, Dichterlesungen, Vorträge, Seminare, Gastprofessuren in Ost- und Westeuropa sowie den USA. 1993 Wiederaufnahme der künstlerischen Arbeiten.

Michael-Alexander Holzmüller, Diplomagraringenieur, Diplomgesellschaftswissenschaftler, Jahrgang 1947; mit dem Abitur Ausbildung zum Rinderzüchter, studierte 1966–1972 an der Karl-Marx-Universität Leipzig, 1980–1983 an der Parteihochschule beim ZK der SED. Seit 1990 gilt sein Interesse besonders Fragen der Umwelt und Ökologie. Fortbildung zum betrieblichen Umweltberater und Arbeit im Umweltzentrum Ökohof Auterwitz e.V.

Horst Kreschnak, Prof. em. Dr. phil. habil., Jahrgang 1930; Autodidakt, Werkzeugmacher, Neulehrer ab 1948, Lehrer am Institut für Lehrerbildung Radebeul 1952–1954 und am Pädagogischen Institut bzw. an der Pädagogischen Hochschule Dresden 1954–1971 (zuletzt als Prorektor für Wissenschaftsentwicklung). 1967 Promotion an der Universität Leipzig mit Untersuchungen zur Entstehung der Kausalerkenntnis in Phylogenese und Ontogenese. 1969 zum ordentlichen Professor berufen. Ab 1971 Direktor des Forschungs- und Rechenzentrums der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften der DDR und Mitglied dieser Akademie. 1978 Habilitation an der Universität Leipzig mit einer Arbeit über computergestützte logisch-mathematische Modellierung diagnostisch-therapeutischer Entscheidungen in pädagogischen Prozessen. Spezielles Arbeitsgebiet seit Beginn der siebziger Jahre: wissenschaftstheoretische Fragen computergestützter Modellierung von Entscheidungsprozessen.

Heidrun Laudel, Dr.-Ing. habil., Jahrgang 1941; studierte von 1961 bis 1967 Architektur an der Hochschule für industrielle Formgestaltung Halle/Burg Giebichenstein und der Technischen Universität Dresden. Danach Entwurfsarchitektin im Industriebau und später wissenschaftliche Mitarbeiterin im Büro des Chefarchitekten der Stadt Leipzig. Nach planmäßiger Aspirantur am Institut für Theorie und Geschichte der Architektur der TU Dresden promovierte sie mit Untersuchungen zu Kategorien des architektonischen Gestaltens (1972). Im Anschluß Forschungs- und Lehrtätigkeit auf den Gebieten der generellen Stadtplanung, der Baugeschichte und der Architekturtheorie. 1984 Habilitation mit einer Arbeit zur Architekturtheorie Gottfried Sempers. 1985 zur Hochschuldozentin für Theorie und Geschichte der Architektur berufen. 1990 »betriebsbedingt« entlassen und mittels »Schwarzer Liste« des sächsischen Wissenschaftsministers aus dem Hochschuldienst eliminiert. Seitdem freiberuflich auf dem Gebiet der Bauforschung tätig. Arbeitsschwerpunkte: Architekturgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Theorie der Moderne und Postmoderne in der Architektur, Geschichte und Theorie der Denkmalpflege.

Reinhard Lauter, Dr. oec., Diplomlehrer, Jahrgang 1953; studierte Wirtschaftswissenschaften an der Karl-Marx-Universität Leipzig; Promotion über Probleme der Produktivkräfte im staatsmonopolistischen Kapitalismus. Arbeitete u. a. als Dozent in Luanda. Gegenwärtig Landesvorsitzender der PDS Sachsen.

Jürgen Leibiger, Dr. rer. oec. habil., Jahrgang 1952; studierte Mathematik und Datenverarbeitung in der Wirtschaft, 1975 Abschluß als Diplom-Ökonom. Bis 1978 Tätigkeit in der

Industrie, danach bis zur Abwicklung 1991 am Lehrstuhl Politische Ökonomie des Kapitalismus an der Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft der TU Dresden. Arbeitsschwerpunkte: wissenschaftlich-technischer Fortschritt und Reproduktion im Kapitalismus, Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen. 1985/1986 Dozent in Äthiopien. 1991/1992 freier Dozent für Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftsjournalist. Seit 1995 Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen der Partei des Demokratischen Sozialismus.

Elenor Volprich, Prof. Dr. phil. habil., Jahrgang 1939; studierte Geschichte und Philosophie an der Karl-Marx-Universität Leipzig. 1969 Promotion und 1975 Habilitation zu jugendsoziologischen Themen (weltanschauliche Einstellungen und gesellschaftliche Stellung der Hochschulstudenten). 1979 als ordentliche Professorin an die TU Dresden berufen. Forschungen auf dem Gebiet der Jugend- und Bildungssoziologie in enger Kooperation mit dem Zentralinstitut für Jugendforschung (bis zu dessen Abwicklung 1990). Mitglied verschiedener Gremien der Soziologie, so des Research Committee »Sociology of Youth« der International Sociological Association. Zahlreiche Arbeiten zum Thema »Sozialisation und Individuation von Hochschulstudenten«, veröffentlicht u. a. in: Empirische Sozialforschung im vereinten Deutschland, Frankfurt am Main, New York 1992; Forschungsbericht im Auftrag der Kommission zur Untersuchung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern 1993. Darüber hinaus Untersuchungen zu Aspekten der Arbeitslosigkeit, veröffentlicht 1993 und 1994 (Texte zur politischen Bildung 10). Derzeitiges Hauptarbeitsgebiet: Fragen der Stadtsoziologie.

LIEFERBARE VERÖFFENTLICHUNGEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e. V.

(Stand Mai 1997)

DISKURS. STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE UND POLITIK DES SOZIALISMUS

Heft 1: Fanal und Trauma. Beiträge zu Geschichte und Wirkung der russischen Revolution von 1917. Leipzig 1997. 52 S. [Enthält: Wolfgang Ruge: Verschlissene Ideen, befestigte Macht. S. 3–22. – Klaus Kinner: Fanal und Trauma. Die KPD und die russische Revolution, zehn Jahre danach. S. 23–42. – Siegfried Prokop:Möglichkeiten und Grenzen des Sozialismus in der DDR. S. 43–52.

TEXTE ZUR POLITISCHEN BILDUNG

Heft 2: Reimar Gilsenbach/Joachim S. Hohmann: Beiträge zur Geschichte der Sinti und Roma. Mit einem Titelfoto von Christiane Eisler und einer Besprechung von Ulrich Heinemann. Leipzig 1992. 51 S. – *Heft 4:* Bärbel Bergmann: Arbeitsunsicherheit. Erleben und Bewältigen. Eine Studie aus dem Raum Dresden. Leipzig 1993. 44 S. – *Heft 5:* Uta Schlegel: Politische Einstellungen ostdeutscher Frauen im Wandel. Leipzig 1993. 60 S. – *Heft 6:* Walter Poeggel: Deutsch-polnische Nachbarschaft. Die Verträge über Grenzen und gute Nachbarschaft – Grundlage für ein konstruktives Verhältnis zwischen Deutschland und Polen. Leipzig 1993. 74 S. – *Heft 8:* Landwirtschaft in den neuen Bundesländern. Leipzig 1994. 58 S. [Enthält: Otto Rosenkranz: Die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern. Was war – was ist – was wird sein? S. 5–38. – Gerhard Müller: Die Strukturkrise in der Landwirtschaft Westeuropas und die Chancen für die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern. S. 39–52.] – *Heft 9:* Gunhild Korfes: Zur Jugendgewalt in den neuen Bundesländern – Ergebnisse soziologischer Forschung. Leipzig 1994. 89 S. – *Heft 11:* Beiträge zur Geschichte des Warschauer Ghettos. Leipzig 1994. 67 S. [Enthält: Marian Feldman: Der Aufstand im Warschauer Ghetto. S. 5–15.— Eva Seeber: Das Ghetto von Warschau. Von der Ausgrenzung zum Völkermord. S. 17–58. [Für den Druck bearbeitete und ergänzte Fassungen der Vorträge, die die Verf. auf der Gedenkveranstaltung des Polnischen Instituts Leipzig, der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, des Bundes der Antifaschisten und des Rosa-Luxemburg-Vereins am 28. April 1993 aus Anlaß des 50. Jahrestages des Aufstandes im Warschauer Ghetto gehalten haben.] – Ausgewählte Veröffentlichungen über das Warschauer Ghetto S. 59–61.] – *Heft 12:* Joachim Tesch: Ziele und Wege der Wohnungsbauförderung. Leipzig 1994. 39 S. – *Heft 13:* Eva-Maria und Lothar Elsner: Ausländerpolitik und Ausländerfeindschaft in der DDR (1949–1990). Leipzig 1994. 92 S. – *Heft 14:* Jürgen Becher: Wohnen und Mietrecht. Ausgewählte Probleme in Ostdeutschland. Leipzig 1994. 41 S. – *Heft 15:* Sarkis Latchinian: »Maastricht« – Hoffnung für Europa? Fehlentwicklungen der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Leipzig 1994. 47 S. – *Heft 16:* Antisemitismus und Massenmord. Beiträge zur Geschichte der Judenverfolgung von Helmut Eschwege, Nora Goldenbogen, Karl-Heinz Gräfe, Kurt Pätzold, Horst Schneider und Gustav Seeber.

Leipzig 1994. 89 S. [Enthält: Nora Goldenbogen: Zum Geleit. S. 5–6. – Gustav Seeber: Zum Kampf der deutschen Sozialdemokratie gegen den Antisemitismus im Kaiserreich. S. 7–16. – Karl-Heinz Gräfe: Stalinismus und Antisemitismus in der UdSSR der 20er und 30er Jahre. S. 17–23. – Horst Schneider: Pogromnacht in Dresden. S. 25–30. – Kurt Pätzold: »Die vorbereitenden Arbeiten sind eingeleitet«. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. S. 31–50. – Helmut Eschwege: Zur Deportation alter Juden mit »Heimeinkaufsverträgen« 1942–1945. S. 51–73. – Nora Goldenbogen: »Schonungslos den kranken Kern aufdecken...«. Zu Problemen des Antisemitismus und seiner Rolle in den »Säuberungen« in Sachsen 1949–1953. S. 75–83.] – *Heft 17:* Walter Poeggel: Der deutsch-tschechoslowakische Nachbarschaftsvertrag als Ausgangspunkt einer neuen Ära in den gegenseitigen Beziehungen. Leipzig 1994. 59 S. – *Heft 18:* Kurt Finker: 20. Juli 1944 – 20. Juli 1994. Eine notwendige Nachbetrachtung. Leipzig 1995. 88 S. – *Heft 19:* Werner Bramke: Carl Goerdeler und Leipzig. Leipzig 1995. 92. S. – *Heft 20:* Walter Poeggel: Der Völkerbund als zwischenstaatliche Organisation für den Weltfrieden und die Haltung Deutschlands. Zum 75. Jahrestag der Gründung des Völkerbundes. Leipzig 1995. 66 S. – *Heft 21:* Sarkis Latchinian: »Maastricht – eine Fehlkonstruktion für Europa. Studie zur geplanten europäischen Währungsunion. Leipzig 1996. 79 S. – *Heft 22:* Andrea Fischer-Tahir und Christian Pommerening: Zwischen Aufstand und Flucht. Zur jüngeren Geschichte Irakisch Kurdistans. Leipzig 1996. 106 S.

TEXTE ZUR LITERATUR

Heft 2: Verbrannt, verboten, verbannt. Vergessen? Zum 60. Jahrestag der Bücherverbrennung von 1933. Leipzig 1995. 76 S. [Enthält: Vorbemerkung. S. 5. – Alfred Klein: Vernichtungssymbol und Mobilmachungssignal. Zum ideologiegeschichtlichen Ort der Bücherverbrennung vom 10. Mai 1933. S. 7–28. – Hans Jürgen Friederici: Bücherverbote und Bücherverbannung in der Buchstadt Leipzig. S. 29–36. – Anneliese Feurich: Erinnerung an Karl Barth. S. 37–38. – Wolfgang U. Schütte: Bücherverbrennung 1933 und Büchervernichtung 1989/1990. S. 39–41. – Juliane Krummsdorf: Probleme einer Bibliothekarin im Umgang mit Schwarzen Listen, Schandpfahl und Autodafé. S. 42–46. – Frank Andert: Tucholsky auf den Müll? S. 47–51. – Rahel Springer: Der Verlust von Büchern war schmerzlicher als der von Möbeln. S. 52–53. – Rudolf Scholz: Rede anläßlich der Eröffnung der Ausstellung »Verbrannt, verboten, verbannt. Vergessen?« S. 55–63. – Personalia. S. 65–70.] – *Heft 3:* Werner Schubert: Friedrich Nietzsche und seine Nachwelt in Weimar. Leipzig 1997. 103 S.

TEXTE ZUR PHILOSOPHIE

Heft 1: Eva J. Engel: Moses Mendelssohns Briefwechsel mit Lessing, Abbt und Iselin. Leipzig 1994. 42 S. [Enthält: Helmut Seidel: Zum Geleit. S. 5. – Eva J. Engel: Moses Mendelssohns Briefwechsel mit Lessing, Abbt und Iselin. S. 9–34. – Zur Autorin dieses Heftes. S. 35. – Debatten, Kolloquia und Vorträge im Philosophischen Arbeitskreis. S. 37–38.] – *Heft 2:* Claus Träger: Johann Gottfried Herder und der Fortschritt als Beförderung der Humanität. Leipzig 1996. 35 S.

TEXTE ZUR HOCHSCHULPOLITIK

Heft 1: 4. Alternativer Hochschultag (11. März 1995). Leipzig 1995. 124 S. [Enthält: Vorwort. S. 5. – Torsten Bultmann: Zu den Thesen »Hochschule als gesellschaftliches Risiko« des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. S. 7–11. – Markus Gunkel: Die gesellschaftlichen Widersprüche bleiben ausgeblendet. Zwei kritische Bemerkungen zu den Thesen des BdWi »Hochschule als gesellschaftliches Risiko«. S. 13–17. – Barbara Höll: Frauen in der Wissenschaft. S. 19–21. – Astrid Franzke: Frauen unter Hochschulgesetzen. Bilanz, Grenzen, Auswege. S. 23–33. – Rainer Rilling: Mit der Datenautobahn in den Elfenbeinturm? Was Hochschulpolitik mit G-7, World Wide Web und nicht nur mit der PDS zu tun hat. S. 35–40. – Peter Döge und Brigitte Fenner: Orientierungspunkte und Leitlinien einer sozial-ökologischen Umgestaltung der Forschungs- und Technologiepolitik. S. 41–56. – Peer Pasternack: Die Zusammenführung der Defizite. Zu Risiken und Nebenwirkungen des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus. S. 57–64. – Siegfried Kiel: Zu dominierenden Wertungen der konservativen Hochschulerneuerung. S. 65–70. – Ludwig Elm: Aufarbeitung von Vergangenem als Zukunftsaufgabe der Hohen Schulen. S. 71–80. – Werner Bramke: Landeshochschulpolitik zwischen Vision und mittelfristigem Ansatz. S. 81–88. - Uwe Hirschfeld: Politikwissenschaft an ostdeutschen Fachbereichen und Hochschulen für Sozialarbeit. Vertane Chancen, Stand und mögliche Perspektiven S. 89–97. – Werner Grahn: Hochschulen und Staat in Thüringen. S. 99–101. – Andreas Trunschke: Brandenburgische Hochschulreförmchen in der Krise. S. 103–114.]

OSTEUROPA IN TRADITION UND WANDEL

Heft 2: Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (I). Leipzig 1995. 88 S. [Enthält: Zum Geleit. S. 5. – Erhard Crome: Vergleichende Osteuropaforschung. Einige methodische und theoretische Aspekte. S. 7–17. – Eckart Mehls: Zum Transformationsprozeß in Polen. Bemerkungen eines Historikers. S. 19–35. – Bernd Koenitz: »Wir sind ein kleines Volk«. Zu den Existenzbedingungen der tschechischen Nation und ihren Wirkungen. S. 37–53. – Dietmar Endler: Südslawische Literaturen im Spannungsfeld zwischen nationaler Identitätssuche und zwischennationalen Gemeinsamkeiten. S. 55–69. – Olaf Kirchner: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa. S. 71–76. – Zu den Autoren dieses Heftes. S. 77–78. – Kolloquia der Gesellschaft für Kultursoziologie für 1996. S. 79.] – *Heft 3: Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (II). Leipzig 1996. 128 S.* [Enthält: Vorwort. S. 5–6. – Jörg Roesler: Ökonomische Transformation in Ostmitteleuropa – eine vergleichende Betrachtung. S. 7–36. – Ernstgert Kalbe: Historische Aspekte nationaler Identitätssuche und nationaler Konflikte in Südosteuropa, insbesondere im ehemaligen Jugoslawien. Thesen. S. 37–53. – Erhard Crome: Politische Konstellationen im ungarischen Umbruch. S. 55–74. – Sarkis Latchinian: Der Konflikt um Berg-Karabach. Hintergründe und Aussichten. S. 75–95. – Olaf Kirchner: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa. S. 97–109.]

ROHRBACHER MANUSKRIPTE

Heft 1: Globale Probleme im Meinungsstreit. Leipzig 1995. 84 S. [Enthält: Vorwort. S. 5–7. – Rudolf Rochhausen: Ist unser Planet noch zu retten? S. 9–32. – Gerhard Poppei: Die globalen Dimensionen der Energie. S. 33–47. – Gerhard Gruhn: Alternative Energien. S. 49–58. – Reinhard Grienig: Globale Zivilisationskrise – gibt es einen Ausweg? S. 59–67. – Manfred Jödecke: Dialog als lokales Problem (menschlichen) Überlebens. S. 69–72. – Kurt Reiprich: Wissenschaft und Wert. S. 73–78.] – *Heft 2:* Beiträge zur Methodologie der Wissenschaften. Leipzig 1996. 112 S. [Enthält: Vorwort. S. 5–7. – Rudolf Rochhausen: Gibt es einen methodologischen Dualismus zwischen Natur- und »Geisteswissenschaften«? S. 9–19. – Wolfgang Jantzen: Diagnostik, Dialog und Rehistorisierung: Methodologische Bemerkungen im Zu-sammenhang von Erklären und Verstehen im diagnostischen Prozeß. S. 21–40. – Manfred Jödecke: Paradigmenwechsel in der Sonderpädagogik oder wider den methodischen Reduktionismus. S. 41–48. – Horst Pickert: Methoden in der Philosophischen Anthropologie der Gegenwart. S. 49–58. – Gerhard Poppei: Entwicklung und Entropie. Selbstorganisation, Strukturbildung und Entropieproduktion. Reflexionen über ein womöglich allgemeingültiges Prinzip. S. 59–69. – Hans Eigler: Methoden bei der Entwicklung und Überleitung mikroelektronischer Bauelemente und Mikrosysteme und ihr Gültigkeitsbereich. S. 71–80. – Jan-Peter Domschke: Die Rezeption philosophischer Auffassungen von Natur- und Technikwissenschaftlern in der Philosophie. S. 81–90. – Roland Opitz: Russische Schriftsteller in der deutschen Emigration. S. 91–101.]

MONOGRAPHIEN UND PROTOKOLLBÄNDE

Ansichten zur Geschichte der DDR. Band V. Im Auftrag der PDS/Linke Liste im Deutschen Bundestag und des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. Leipzig hrsg. von Jochen Černý, Dietmar Keller und Manfred Neuhaus. Bonn, Berlin 1994. 177 S. [Enthält: Vorwort S. 7–8. – Dieter Wittich: Ideologische, methodische und pragmatische Aspekte des Berichtes der Enquete-Kommission. S. 9–18. – Stefan Bollinger: »Geschichtsaufarbeitung« – Machtinstrument oder Erkenntnishilfe? Einige Anmerkungen. S. 19–28. – Günter Benser: Bundestagsdrucksache 12/7820 – auch methodisch ein Dokument voller Widersprüche. S. 29–39. – Harald Neubert: Die Vorgeschichte der deutschen Zweistaatlichkeit im internationalen Bedingungsgefüge (Thesen). S. 41–48. – Jürgen Hofmann: Deutschlandpolitik als bundesdeutsche Einbahnstraße. Nachtrag zu einem defizitären Kapitel des Abschlußberichtes. S. 49–67. – Hans Jürgen Friederici: Das Thema »Antifaschismus« im Enquete-Bericht – Kritische Anmerkungen. S. 69–75. – Jörn Schütrumpf: Einige ungeplante und trotzdem nicht vermeidbare Bemerkungen zu Hans Jürgen Friederici. S. 77–80. – Manfred Weißbecker: Nachdenken über den Antifaschismus. S. 81–98. – Ernst Wurl: Die »SED-Diktatur«. Überlegungen im Kontext einer Kritik des Begriffs aus dem Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages. S. 99–121. – Walter Friedrich: Regierte die SED ständig gegen die Mehrheit des Volkes? S. 123–147. – Volkmar Schöneburg: Rechtsstaat versus Unrechtsstaat? Vier Argumente gegen eine Schwarz-Weiß-Klassifikation. S. 149–161. – Bernd Okun: Inwieweit ist der Herbst 1989 »identitätsstiftend« für das vereinte Deutschland? Einige Überlegungen.

Rußland & Europa. Historische und kulturelle Aspekte eines Jahrhundertproblems. Hrsg. von Michael Wegner, Claus Remer sowie Erhard Hexelschneider. Leipzig 1995. 325 S. [Enthält: Michael Wegner: Vorbemerkung. S. 9–11. – Manfred Weißbecker: Eröffnung der Tagung »Rußland und Europa – Historische und kulturelle Aspekte eines Jahrhundertproblems«. S. 13–15. – Michael Wegner: Die »Russische Idee« – Geschichte und Wirkung. S. 17–33. – Horst Schmidt: Auf der Suche nach Orientierung. Russische Autoren am Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts. S. 35–48. – Erhard Hexelschneider: Europa und Rußland in zeitgenössischen Reiseberichten von Fonwisin bis A. Turgenjew. S. 49–63. – Elena Annenkowa: Rußland und der Westen in der Konzeption N. W. Gogols und der Slawophilen. S.65–89. – Gregor Schwirtz: Gedanken zum »Westlertum« Iwan Turgenjews. S. 91–99. – Christa Kouschil: Das »Archiv für wissenschaftliche Kunde von Rußland« (1841–1867) als Quelle für das Rußlandbild deutscher Gelehrter. S. 101–120. – Sonja Striegnitz: »... um direkt an die lebenden Quellen des neuesten philosophischen Denkens in Europa zu gelangen«. Zu den philosophischen Studien von Viktor Michailowitsch Tschernow. S. 121–135. – Egbert Lemcke: Das Verhältnis von Freiheit und Macht – ein Grundproblem im Schaffen von B. N. Tschitscherin. S. 137–151. – Lutz-Dieter Behrendt: M. N. Pokrowski über das Verhältnis von Rußland und Europa. S. 153–160. – Erhard John: Rußland und Europa – Rußland in Europa. Alternative oder dialektische Einheit. S. 161–167. – Wolfram Wette: Rußlandbilder der Deutschen im 20. Jahrhundert. Kristallisationspunkte, Haupt- und Nebenlinien. S. 169–179. – Wolfgang Ruge: Europäische und russische Exportgüter: Ideen, Kriege, Revolutionen. S. 181–193. – Michael Hagemeister: Die »Protokolle der Weisen von Zion«. Einige Bemerkungen zur Herkunft und zur aktuellen Rezeption. S. 195–206. – Frank Haney: Russischer Kosmismus und europäische Wissenschaft. S. 207–224. – Claus Remer: Zum Ukrainebild in Deutschland vom 19. zum 20. Jahrhundert. S. 225–243. – Werner Fritsch: Zum Rußlandbild linksdemokratischer Intellektueller in der Weimarer Republik. S. 245–253. – Manfred Weißbecker: Großmacht- und kriegsbesessen. Hitlers rassistisches Rußlandbild und die Folgen. S. 255–267. – Paul Heider: Der Bolschewismus – eine Hauptlinie im prosowjetischen Rußlandbild deutscher Kommunisten und Antifaschisten. S. 269–279. – Holger Politt: Der Schatten des östlichen Nachbarn. Versuch über polnische Schwierigkeiten. S. 281–293. – Horst Fliege: Der Menschlichkeit verpflichtet – Wirkungen russischer Literatur im 20. Jahrhundert. S. 295–301. – Katja Lebedewa: Neoslawophile Tendenzen in der russischen Gegenwartskultur als Seismograph von Modernisierungskonflikten. S. 303–313.]

»Wenn jemand seinen Kopf bewußt hinhielt...« Beiträge zu Werk und Wirken von Walter Markov. Hrsg. von Manfred Neuhaus und Hemut Seidel in Verbindung mit Gerald Diesener und Matthias Middell. Leipzig 1995. 262 S. [Enthält: Vorbemerkungen der Herausgeber. S. 7. – Walter Markov: Wieviel Leben lebt der Mensch? S. 9–10. – Grußworte zur Eröffnung des Walter-Markov-Colloquiums am 16. April 1994 in Leipzig. S. 11–14. – Walter Grab: Walter Markovs Weg und Werk. S. 17–21. – Manfred Kossok: Walter Markov. S. 23–31. – Hannes Schmidt: Erinnerungen an Walter Markovs Wirken in den Jahren 1935 und 1936. S. 33–34. – Herbert Bartholmes: Erinnerungen an Walter Markov 1945–1949. S. 35–39. – Eberhard Wächtler: Erinnerungen an die Fachrichtung Geschichte der Universität Leipzig im Jahre 1951. S. 41–44. – Veit Didczuneit: Walter Markov und die SED-Bezirksleitung Leipzig im Dezember 1956. S. 45–47. – Peter Sebald: Das Markovsche »atmosphärische Umfeld«. S. 49–51. – Bärbel Plötner: Erinnerungen an Walter Markov. Gedankensplitter zum Kolloquium »Jakobinismus und Volksbewegung« zu Ehren seines

80. Geburtstages im Oktober 1989. S. 53–57. – Werner Bramke: »Wenn jemand seinen Kopf bewußt hinhielt...«. Walter Markov und die Widerstandsforschung in der DDR. S. 59–63. – Volker Külow: Von Holzhausen nach Summt. Anmerkungen zum letzten Lebensabschnitt Walter Markovs. S. 65–66. – Jean Suret-Canale: Hommage à Walter Markov. S. 67–68. – Fernand L'Huillier: Souvenirs personnels. S. 69. – Ernstgert Kalbe: Und der schwierige Balkan blieb immer im Blick. S. 73–80. – Werner Bahner: Zu einigen spezifischen Aspekten der rumänischen Aufklärung in Siebenbürgen. S. 81–83. – Erhard Hexelschneider: Markov liest Karamsin – eine Miszelle. S. 85–89. – Georg G. Iggers: Einige Bemerkungen zum historischen Denken und zur Geschichtsschreibung im 18. Jahrhundert in Europa. S. 93–104. – Werner Berthold:Walter Markov zur Geschichte und zu Perspektiven der deutschen Geschichtswissenschaft. S. 105–111. – Matthias Middell: »Gelesen, aber ehrlich gesagt nicht für marxistisch gehalten!« Walter Markov in der DDR-Geschichtswissenschaft. S. 113–126. – Wolfgang Küttler: »Weltgeschichte im Revolutionsquadrat«. Zu Theorieauffassung und Geschichtskonzeption Walter Markovs. S. 127–139. – Michail N. Maschkin: Walter Markov als Universalhistoriker. S. 141–142. – Rigobert Günther: Walter Markovs Forschungsbreite und einige spezielle Probleme des Übergangs von der Antike zum Mittelalter in Westeuropa. S. 143. – Katharina Middell: »Im Niemandsland jenseits von Marat«. Walter Markov über »legitime« und »illegitime« Linke in der Französischen Revolution. S. 147–153. – Waltraud Seidel-Höppner und Joachim Höppner: »Die Freiheiten des Priesters Roux« und die Sozialismus-Forschung. S. 155–163. – Walter Schmidt: Walter Markov und die 1848er Revolutionsforschung in der DDR. S. 165–175. – Hans Jürgen Friederici: Zum Vorlesungszyklus »Geschichte der Revolutionen der Neuzeit«. S. 179–182. – Lothar Rathmann: Walter Markov und die »farbigen Kontinente«. Persönliche Reminiszenzen. S. 183–186. – Hans Piazza: Von der Totalität der Geschichte. S. 187–189. – Sarkis Latchinian: Die nationale Befreiungsbewegung im Werk Walter Markovs. S. 191–193. – Dieter Wittich: Wie berechtigt ist die Metapher »wissenschaftliche Revolution«? S. 197–202. – Hermann Klenner: Rechtsentwicklung von Unten versus Rechtsentwicklung von Oben. Hommage à Walter Markov. S. 203–206. – Uwe-Jens Heuer: Wissenschaft, Politik und Moral gestern und heute. Überlegungen und Erfahrungen. S. 207–212. – Wolfgang Eichhorn: Überlegungen zum Vico-Theorem. S. 213–219. – Klaus-Dieter Eichler: Utopie und Geschichte. Anmerkungen zu Walter Markov und Ernst Bloch. S. 221–236. – Volker Caysa: Wider das klassizistische Ende des Romans. Anmerkungen zu Walter Markov und Georg Lukács. S. 237–248. – Ausgewählte Veröffentlichungen über Walter Markov. S. 251–252.]

Walter Friedrich und Peter Förster: Jugend im Osten. Politische Mentalität im Wandel. Hrsg. vom Rosa-Luxemburg-Verein e. V. Leipzig und dem Kommunalpolitischen Forum Sachsen e. V. Leipzig 1996. 216 S.

Michael Meyen: Leipzigs bürgerliche Presse in der Weimarer Republik. Wechselbeziehungen zwischen gesellschaftlichem Wandel und Presseentwicklung. Leipzig 1996. 325 S. (Hochschulschriften des Rosa-Luxemburg-Vereins.)

SPD – PDS. Stagnation statt Aufbruch – das Jahr 1995. Mit einem Anhang: Über SPD, PDS und linke Mehrheiten von Roland Claus. Hrsg. im Auftrag des Politikwissenschaftlichen Arbeitskreises des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V. und der Leipziger Gesellschaft für Politik und Zeitgeschichte e. V. Leipzig 1996. 148 S.

Menschen ohne Hoffnung. Materialien des Symposiums vom 18. und 19. Juni 1993 in Berlin Veranstalter: Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V. Berlin, Rosa-Luxemburg-Verein e. V. Leipzig, Zeitgenössische Osteuropaforschung e. V. Im Auftrag des Rosa-Luxemburg-Vereins in Verbindung mit Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V. hrsg. von Birgit Schliewenz und Cornelia Domaschke. Leipzig 1996. 192 S. [Enthält: Vorwort. S. 7–8. – Birgit Schliewenz: Einführungsbeitrag für das Symposium »Menschen ohne Hoffnung – Flucht aus Europa«. S. 9–18. – Eugen Faude: Ökonomische Probleme in der GUS als Fluchtursachen. S. 19–30. – Mario Keßler: Zur Emigration osteuropäischer Juden – historische Hintergründe und aktuelle Probleme am Beispiel Rußlands. S. 31–40. – Kirstin Knittel: Aktuelle Probleme der Rußlanddeutschen – Vor-Ort-Bericht. S. 40–45. – Ernstgert Kalbe: Historische Aspekte nationaler Identitätssuche und nationaler Konflikte in Südosteuropa, insbesondere im ehemaligen Jugoslawien. Thesen. S. 47–63. – Zlatomir Popovic: Das Schicksal der nationalen Staaten im Zeitalter des Sieges der nationalen Idee (Auszüge aus dem Konferenzbeitrag). S. 63–71. – Christof Kaiser: Migration und »Rumänisierung« – Emigration und Binnenmigration in der Geschichte Rumäniens. S. 71–92. – Ulrich Clauder: Emigration/Brain drain in der Tschechischen und Slowakischen Republik sowie Reaktionen in beiden Ländern auf die Abschottungspolitik der deutschen Regierung. Thesen. S. 93–99. – Ewa Helias: Deutsch-polnische Arbeitsmigration auf Basis der legalen Beschäftigungsmöglichkeiten. S. 99–113. – Norbert Cyrus: Polnisch-deutsche Arbeitsmigration: Skizze eines Systems ausdifferenzierter Pendelmigration. S. 114–130. – Heidemarie Englert: Minderheiten in Ungarn. S. 130–143. – Burckhard Wagner, Horst Giese, Oswald Kasper: Die Asyldebatte in Deutschland. S. 145–167. – Beate Beyer: Zur Situation von Flüchtlingen in Berlin. S. 168–180.]

Literaturhistorische Streifzüge. Für Hans Mayer von Schülern der Leipziger Zeit. Hrsg. von Alfred Klein, Klaus Pezold und Werner Schubert. Leipzig 1996. 312 S. [Enthält: Vorwort. S. 7–10. – Walter Dietze: Zur aktuellen Rezeption althebräischer Literatur. S. 11–31. – Kurt Schnelle: »Ich versprach, dir einmal Spanisch zu kommen«. S. 33–78. – Siegfried Streller: Staats- und Rechtsauffassung Adreas Gryphius' in »Carolus Stuardus« und »Aemilius Paulus Papianus«. S. 79–97. – Werner Schubert: Mythos und Realität des »klassischen« Weimar. S. 99–116. – Günter Mieth: Das »Iduna«-Projekt Friedrich Hölderlins. S. 117–132. – Helmut Richter: Jugenderfahrung im Alterswerk Theodor Fontanes. S. 133–178. – Günter Albus: »Krieg im Alltag«. Wilhelm Buschs Bildverserzählungen. S. 179–198. – Alfred Klein: »Die Stimme spricht«. Anmerkungen zu einem Gedichtband von Karl Wolfskehl (1869–1948). S.199–219. – Horst Nalewski: Max Kommerell, der unzünftige Germanist. S. 221–241. – Friedrich Albrecht: Zur Gliederung des epischen Raumes bei Anna Seghers. S. 243–254. – Irmfried Hiebel: »Je dunkler die Nacht, desto heller die Sterne«. Anmerkungen zu einem vergessenen Buch Friedrich Schlotterbecks. S. 255–265. – Klaus Pezold: Friedrich Dürrenmatts »Turmbau«. Selbstbetrachtung und Weltschau am Ende des 20. Jahrhunderts. S. 267–276. – Joachim Pötschke: »Entlang des Flusses« und »Spektakel um den Mikrofish«. Anmerkungen zu Sprachpflege und Sprachkultur. S. 277–302.]